



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Arbeit

Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten der
Partizipation an der lokalen/regionalen Agenda 21

Verfasser

Panholzer Peter

angestrebter akademischer Grad

Magister der Naturwissenschaften (Mag. rer. nat.)

Wien, im Juni 2010

Studienkennzahl: A 298

Studienrichtung: Psychologie

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Rainer Maderthaner

Danksagung

Mein herzlicher Dank gilt meinen Eltern Roswitha und Engelbert Panholzer, die mich durch das ganze Studium hindurch unterstützt haben und mir vieles ermöglicht haben. Auch möchte ich mich bei meinen Freunden Stefan und Natalie für ihre konstruktive Kritik bedanken.

Dr. Rainer Maderthaner danke ich für seine geduldige und bereichernde Betreuung.

Besonders dankbar bin ich Martina Strilic für die ausdauernde emotionale Unterstützung und für die lebendigen und bereichernden Diskussionen, durch die ich auch in kritischen Phasen am Ball geblieben bin.

Inhaltsverzeichnis

I. Theoretischer Teil.....	8
1. Politische Partizipation	8
1.1. Begriffsbestimmung.....	8
1.2. Demokratie und Partizipationsformen.....	9
2. Die Agenda 21	11
2.1. Nachhaltigkeit.....	11
2.2. Die lokale Agenda 21	13
2.2.1. Konferenzen der lokalen Agenda 21	13
2.2.2. Die lokale Agenda 21 in Wien	15
2.2.2.1. Evaluierungen der lokalen Agenda 21 in Wien.....	17
2.2.3. Die regionale Agenda 21 Mühlviertler Alm.....	18
3. Erklärungsmodelle politischer Partizipation.....	19
3.1. Historischer Verlauf sozialer Bewegungsforschung.....	19
3.2. Das Stufenmodell der Partizipation von M. Lüttringhaus.....	22
3.2.1. Determinanten politischer Partizipation nach Teilnahmestufen	25
3.3. Motivationspsychologische Ansätze.....	31
3.3.2. Erwartung x Wert-Theorie	34
3.3.3. Instrumentalitätstheoretische Ansätze	35
3.3.4. Handlungstheorie.....	36
3.3.5. Handlungstheoretisches Partialmodell von G. Krampen (2000)	37
3.3.5.5. Empirische Ergebnisse für bereichsspezifische Persönlichkeitsvariablen.....	42
4. In Erklärungsmodellen politischer Partizipation unberücksichtigte Determinanten.....	43
4.1. Glaube an eine gerechte Welt und Rechtfertigung von Ungleichheit.....	43
4.1.1. Funktionen des Glaubens an eine gerechte Welt	44
4.1.2. Immanenter und ultimativer Glaube an eine gerechte Welt	45
4.1.3. Der Glaube an eine gerechte Welt und politisches Engagement	46
4.2. Ortsbezogene Identität.....	48
4.2.1. Entstehung von ortsbezogener Identität	50
4.2.2. Funktionen von ortsbezogener Identität	50
4.3. Geschlechtszugehörigkeit.....	50
II. Empirischer Teil.....	52
5. Fragestellungen und Hypothesen.....	52
6. Durchführung.....	57
6.1. Beschreibung des Erhebungsinstruments.....	57
6.2. Skalen des Erhebungsinstrumentes.....	58
6.2.1. Skala zur Erfassung des Selbstkonzeptes eigener politischer Fähigkeiten (SKP)	58
6.2.2. Fragebogen zur Erfassung von Kontrollüberzeugungen im Bereich des politischen Handelns	59
6.2.3. Skala zum Vertrauen in die Politik und die PolitikerInnen (VERT)	59
6.2.4. Sphären- und modalitätsspezifischer Gerechte-Welt-Fragebogen nach Maes.....	60

6.2.5. Ortsbezogene Identität	61
6.2.6. Dauer Vereinsmitgliedschaft	62
6.2.7. Aktivitäten bei der lokalen Agenda 21	62
6.3. Vorgehensweise.....	63
6.4. Stichprobe.....	66
6.4.1. Alter.....	66
6.4.2. Geschlechtszugehörigkeit.....	67
6.4.3. Familienstand	68
6.4.4. Berufskategorie	69
6.4.5. Bildungsniveau	70
6.4.6. Nettoeinkommen:	71
7. Auswertung und Resultate	73
7.1. Verwendete Verfahren.....	73
7.1.1. Kolmogorov-Smirnov-Test	73
7.1.2. Levene-Test.....	73
7.1.3. Reliabilitätsanalyse.....	73
7.1.4. Faktorenanalyse.....	74
7.1.5. Zweifaktorielle Varianzanalyse.....	74
7.1.6. Kruskal-Wallis-Test	75
7.1.7. U-Test oder Mann-Whitney-Test	75
7.1.8. Binäre logistische Regression.....	75
7.1.9. Multiple lineare Regression.....	76
7.2. Analyse der Skalen.....	76
7.3. Darstellung der Ergebnisse.....	82
7.3.1. Ergebnisse bezüglich der generalisierten Erwartungshaltungen.....	82
7.3.1.1. Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.....	82
7.3.1.2. Internale politische Kontrollüberzeugungen.....	84
7.3.1.3. Externale politische Kontrollüberzeugungen.....	85
7.3.1.4. Fatalistische politische Kontrollüberzeugungen.....	87
7.3.1.5. Vertrauen in die Politik.....	88
7.3.2. Ergebnisse bezüglich Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.....	90
7.3.2.1. Gerechte-Welt-Glaube - emotionaler Bezug.....	90
7.3.2.2. Gerechte-Welt-Glaube – Wahrnehmung.....	91
7.3.2.3. Gerechte-Welt-Glaube – Einflussserwartungen.....	92
7.3.2.4. Gerechte-Welt-Glaube – eigener Beitrag.....	93
7.3.2.5. Rechtfertigung von Ungleichheit.....	94
7.3.3. Ergebnisse bezüglich der ortsbezogenen Identität.....	96
7.3.4. Ergebnisse bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft.....	98
7.3.5.1. Agenda 21-Teilnahme.....	99
7.3.5.2. Bereitschaft zur Teilnahme an der Agenda 21.....	101
7.3.5.3. Intensität der Beteiligung.....	102
8. Interpretation und Diskussion	103
9. Zusammenfassung	108
10. Literaturverzeichnis	110

11. Anhang.....	123
11.1. Abbildungsverzeichnis.....	123
11.2. Tabellenverzeichnis.....	124
11.3. Fragebogen.....	126
Lebenslauf.....	138

“Wir haben nur die Welt, die wir zusammen mit anderen hervorbringen, und nur Liebe ermöglicht uns, diese Welt hervorzubringen” (Maturana & Varela, 1987, S. 267). Diese Arbeit eröffnet sich mit den Worten eines konstruktivistischen Erkenntnistheoretikers Humberto R. Maturana, da sie mir geeignet erscheinen, um den Kerngedanken des ambitionierten lokale Agenda 21-Projekts (Erläuterung Kap. 2.2.) abzubilden Ein Projekt, welches den Mut aufbringt, Verantwortung für nachhaltige Veränderungen zu übernehmen. Die implizierte Aussage obigen Zitats, dass eben doch wir und nicht irgendeine von uns getrennte Gesellschaft die Welt hervorbringen, in welche wir letztlich eingebettet sind, zeichnet auch die Zielgruppe des Agenda 21-Dokuments im Kapitel fünf vor: Die Kommunen mit ihren Bürgern als Experten für lokale Angelegenheiten.

Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir erleben eine zunehmende Ungleichheit zwischen Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie eine fortschreitende Schädigung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt. Durch eine Vereinigung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen und ihre stärkere Beachtung kann es uns jedoch gelingen, die Deckung der Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, einen größeren Schutz und eine bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihlichere Zukunft zu gewährleisten. Das vermag keine Nation allein zu erreichen, während es uns gemeinsam gelingen kann: in einer globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist. (verfügbar unter <http://www.nachhaltigkeit.at>)

Obige Präambel des Dokumentes zeigt den gewaltigen Handlungsbedarf, welcher eine Ergänzung durch direktdemokratische Partizipationsformen dringend benötigt. Entspannend ist dabei nur der „Glokalisierungsgedanke“: Global denken und lokal handeln soll für den an Beteiligung interessierten Bürger heißen, dass es auch bei dem weiten Horizont, welchen das Dokument zweifelsfrei vorgibt, für den einzelnen ausreicht, sein Schaffen auf das unmittelbar Gegenwärtige zu fokussieren: die lokale Arena mit ihren wirtschaftlichen, umweltpolitischen und gesellschaftlichen Zu- und Missständen. Eine Komposition verschiedenster Variablen determiniert das Geschehen.

Nach einer Studie von Garcia-Sanchez und Prado-Lorenzo (2008) sind folgende Implementationen für Fortschritte in der lokalen Agenda 21 relevant: Eine adäquate Organisation der lokalen Agenda 21 und deren Einbindung in die Kommunalpolitik ist notwendig. Technische und ökonomische Unterstützung von nationaler und / oder internationaler Seite tragen ebenfalls zum Erfolg der lokalen Agenda 21 bei. Die

demographische und sozioökonomische Situiertheit der Gemeinde ist bedeutungslos für die Entwicklung. Eine rechts-gerichtete Ideologie hat einen negativen Effekt auf den Erfolg der Agenda 21, vermutlich weil dadurch mehr auf ökonomische Aspekte und weniger auf soziale und umweltbezogene Aspekte eingegangen wird.

Wie aber steht es um die Persönlichkeits- und im weitesten Sinne Umweltdeterminanten, die im Teilnehmer wirken? Dieser für mich spannenden Frage versuche ich mit folgender Untersuchung auf den Grund zu gehen. Eine Reihe von Erklärungsmodellen politischer Partizipation sollen dabei ebenso Antworten liefern wie Überlegungen zum Gerechten Welt Glauben. Die ortsbezogene Identität wird außerdem in ihrer Tauglichkeit als Umweltdeterminante überprüft. Von praktischer Relevanz könnten die Ergebnisse beispielsweise beim Versuch der Anwerbung potentieller lokaler/ regionaler Agenda 21-Mitglieder sein.

I. Theoretischer Teil

Der theoretische Teil gliedert sich in vier Abschnitte: Zunächst wird der Politischen Partizipation mit einer Begriffsbestimmung und dem Zusammenhang von Partizipation und Demokratie auf die Spur gegangen. Der zweite Abschnitt setzt sich mit dem Agenda 21-Dokument und der lokalen Agenda 21 auseinander. Dabei wird das Agenda 21-Dokument unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit vorgestellt. Die lokale Agenda 21 wird sowohl in ihrem historischen Verlauf als auch in der Umsetzung in Wien und der Region Mühlviertler Alm erläutert. Der dritte Abschnitt thematisiert die Erklärungsmodelle politischer Partizipation. Dabei wird der historische Verlauf sozialer Bewegungsforschung ebenso wie das Stufenmodell politischer Partizipation mit den zugehörigen Determinanten nach Lüttringhaus (2000) berücksichtigt. Außerdem werden motivationspsychologische und handlungstheoretische Partizipationsmodelle erläutert. Der vierte Abschnitt beschäftigt sich mit weiteren Determinanten wie dem Glauben an eine gerechte Welt und der Rechtfertigung von Ungleichheit. Abschließend wird der Einfluss von Geschlechtszugehörigkeit auf partizipatives Verhalten analysiert.

1. Politische Partizipation

Dieses Kapitel befasst sich zunächst mit dem Begriff der „Politischen Partizipation“ und Definitionsversuchen verschiedener Autoren. In weiterer Folge wird das Verhältnis von Demokratie und Partizipation, von repräsentativer und direkter Demokratie, sowie von konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation analysiert.

1.1. Begriffsbestimmung

Der Begriff „Partizipation“ stammt vom lateinischen „participare“, was soviel bedeutet wie jemanden an etwas teilnehmen zu lassen, oder an etwas teilzuhaben (Schmidt, 2004). Für Maderthaner (1995) ist Partizipation vor allem ein lebensraumbezogenes Bedürfnis, dessen Befriedigung durch die Gestaltung des Lebensraumes bzw. der Nutzungsbereiche vollzogen wird. Lüttringhaus (2000) ortet vier Wirkbereiche von Partizipation: Politische Partizipation als Interaktion von BürgerInnen und Staat, soziale Partizipation als Interaktion von BürgerInnen mit gesellschaftlichem Alltag, ökonomische Partizipation als aktive Beteiligung an Arbeitsprozessen und der Wirtschaft und kulturelle Partizipation als Teilnahme am kulturellen Geschehen.

„Politische Partizipation“ wird von Opp und Roehl (1990) folgendermaßen definiert:

„Als Politische Partizipation bezeichnen wir solche Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, die Entscheidungen von Politikern oder Bürokratien zu beeinflussen“(S.10). Auch Kaase (1997) schließt sich dieser offenen Formulierung an: „Unter politischer Beteiligung werden in der Regel jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“(S.444). Eine besonders knappe Definition für politische Partizipation findet sich bei Gabriel (1988), welcher darunter den Einfluss der Bevölkerung auf Entscheidungen über öffentliche Entscheidungen versteht.

1.2. Demokratie und Partizipationsformen

Partizipation ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Demokratie. So bezeichnet Lüttringhaus (2000) Partizipation als „Standard einer Demokratie“(S.22) und meint weiters, dass Demokratie, zumindest theoretisch betrachtet eine Herrschaftsform sei, bei der alle Entscheidungen eines Gesellschaftssystems grundsätzlich von unten nach oben gesteuert werden. Die Autorin verweist gleichzeitig auf den utopischen Gehalt dieser Vorstellungen und den dynamischen Aspekt von Demokratie als einen nie abgeschlossenen Prozess, in welchem der beständige Ausbau von Teilnahmemöglichkeiten und Förderungen der Teilnahme auch von nicht staatlich bediensteten Personen und der Öffentlichkeit notwendig ist. Demokratisierung sei somit immer Partizipationsstärkung. Der Autor Kaase (1997) folgt der Unterscheidung zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation. Die Instrumentarien beider Partizipationsformen sind auch Ausdruck eines unterschiedlichen Demokratieverständnisses. Unkonventionelle politische Partizipation wird dabei häufig mit direkter Demokratie, konventionelle politische Partizipation mit repräsentativer Demokratie in Verbindung gebracht (vgl. Lüttringhaus, 2000; Schmidt, 2004).

Zur konventionellen politischen Partizipation zählen Handlungsformen, welche im Rahmen der Verfassung zu den festgelegten Möglichkeiten politischer Mitbestimmung gehören. Die Teilnahme an politischen Wahlen als die gängigste Form, Engagement in politischen Parteien, Wahlhilfe und Wahlkampfunterstützung sind Beispiele dafür. Unkonventionelle politische Partizipation zählt nicht unbedingt zum Instrumentarium des politischen Systems. Dennoch kann sie von der Verfassung geschützt oder unterstützt sein (Lippert, 2002). Angemeldete Demonstrationen sind ebenso wie Mitarbeit in BürgerInneninitiativen oder Teilnahme an Unterschriftensammlungen Formen der unkonventionellen politischen Partizipation. Die Grenzen zwischen legalen

unkonventionellen Formen und konventionellen Formen politischer Partizipation verschwimmen des Öfteren, beispielsweise wenn eine Partei eine Unterschriftensammlung initiiert. Illegale unkonventionelle politische Partizipation lässt sich hingegen leichter abgrenzen. Kaase (1997) zählt dazu neben Teilnahme an einer nicht angemeldeten Demonstration oder an Hausbesetzungen auch politisch motivierte Gewalt, mit Terrorismus als ihrer extremsten Ausformung.

So genannte „realistische Demokratietheorien“ beschreiben Demokratie als eine Methode des politischen Entscheidungsfindungsprozesses (Weth, 1992). Mit dem (alleinigen) Instrument der Wahl reduziert sich die Beteiligungsmöglichkeit der Bevölkerung. Das Mehrheitsprinzip und Funktionalität werden als Begründung für vertikale Strukturen im politisch-administrativen System angeführt. Luhmann (1987) fürchtet durch großflächige, direkte Demokratie Selbstlähmungstendenzen der Organisationen, Unklarheiten und Ineffizienz: „Wie eine Puppe in der Puppe entwickelt sich die Partizipation zu einer Organisation in der Organisation, einer Bürokratie in der Bürokratie. Das Ergebnis lässt sich unter dem Namen Bürokratie tadeln und unter dem Namen Partizipation loben“(S.156). Lüttringhaus (2000) kritisiert an der partizipationspessimistischen Einstellung Luhmanns, dass Effizienz- und Effektivitätsdenken auch bei Diktaturen im Vordergrund stehen würden. Die direkte Demokratie als horizontale Entscheidungsfindung steht der repräsentativen Demokratie gegenüber. Lüttringhaus (2000) beschreibt Volksbefragung, Referendum und Initiative als Instrumentarium direkter Demokratie. Möckli (1994) geht davon aus, dass eher gebildete Mittelschichten diese Teilnahmeform nutzen. So meint Alemann (1977) hierzu, dass auch diese Form der Teilnahme keine sozialen Ungleichheiten beseitigen würde. Wohl aber befähigt es BürgerInnen, gesellschaftliche Gestaltungspotenziale freizusetzen. Selbst- und Sozialvertrauen sowie Gemeinsinn und Solidarität könnten entwickelt werden (Lüttringhaus, 2000). Froessler (1994) betont auch den Wert des Expertenwissens der BürgerInnen, welches durch Partizipationsprozesse gebündelt werden kann.

2. Die Agenda 21

Im Jahr 1992 wurde in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) abgehalten, auf der neben anderen auch das Dokument „Agenda 21“ verabschiedet wurde. Der Begriff Agenda kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie „was zu tun ist“. Die Zahl 21 steht für ein „lebenswertes 21. Jahrhundert“. Die Agenda 21 besteht aus 4 Teilen und insgesamt 40 Kapiteln, die alle wesentlichen Politikbereiche nachhaltiger Entwicklung ansprechen soll. Die Agenda stellt das von mehr als 170 Nationen elaborierte Aktionsprogramm des 21. Jahrhunderts dar. Der erste Teil der Agenda 21 erfasst die soziale und wirtschaftliche Dimensionen nachhaltiger Entwicklung und behandelt beispielsweise die Änderung der Konsumgewohnheiten, die Armutsbekämpfung, aber auch den Schutz und die Förderung menschlicher Gesundheit. Der zweite Teil des Dokumentes widmet sich der Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung, beispielsweise durch die Bekämpfung der Entwaldung, den Schutz der Erdatmosphäre oder die Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft. Die Stärkung von für die Umsetzung wichtigen Gruppen ist Inhalt des dritten Teils, welcher auch Kapitel 28 mit der lokalen Agenda 21 beinhaltet. Zu diesen wichtigen Gruppen zählen nicht-staatliche Organisationen als Partner für eine nachhaltige Entwicklung ebenso wie Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21. Der vierte Teil des Dokumentes behandelt schließlich die Umsetzung der geforderten Maßnahmen und spricht dabei unter anderem die Finanzierung, technologische sowie rechtliche Möglichkeiten an (verfügbar unter <http://www.nachhaltigkeit.at>).

2.1. Nachhaltigkeit

Da Nachhaltigkeit als ein zentraler Begriff im Rahmen der Agenda 21 Projekte angesehen werden kann, soll auf diesen im Folgenden näher eingegangen werden, bevor im nächsten Kapitel die lokale Agenda 21 beschrieben wird. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ kommt ursprünglich aus der Ökologie. Um den Begriff hat sich seit einigen Jahren ein Leitbild für eine zukunftsfähige Entwicklung der Menschheit etabliert. Im Brundtland-Report von 1987 definierte die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung „nachhaltige Entwicklung“ folgendermaßen: „Sustainable development is development that meets the needs of the present generation without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (<http://www.un-documents.net/ocf-ov.htm#I>).

Laut Müller-Christ (1998) kann zwischen ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit unterschieden werden. Ökologische Nachhaltigkeit kann inhaltlich über die drei Ressourcenregeln der Naturnutzung beschrieben werden. Die erste Regel besagt, dass nicht mehr erneuerbare Ressourcen verbraucht werden dürfen, als sich im gleichen Zeitraum neue bilden können. In der zweiten Regel postuliert der Autor, dass nicht mehr erschöpfende Ressourcen verbraucht werden dürfen, als im gleichen Zeitraum an neuen, sich regenerierenden Rohstoffquellen erschlossen werden können. Und zuletzt müsse darauf geachtet werden, dass nicht mehr Schadstoffe emittiert werden, als die Umwelt ohne Beeinträchtigung ihrer Regenerationsfähigkeit absorbieren kann.

Ökonomische Nachhaltigkeit bedeutet für Müller-Christ (1998) nicht nur, die Beachtung der ökologischen Grenzen. Er verlangt auch, dass die UnternehmerInnen Reflexionen darüber anstellen, welche Bedürfnisse sie bei gegebener Knappheit von Rohstoffen zu befriedigen gedenken. Hierfür formuliert der Autor drei Postulate. Im ersten fordert er die Bereinigung des gesamten Produktsortiments von den Produkten, die den neuen Kriterien nicht standhalten. Weiters sei es wichtig, die Suche nach Möglichkeiten aufrechtzuerhalten, mit denen die gegebenen Bedürfnisse auch in Zukunft verallgemeinerungsfähig befriedigt werden können. Ebenso postuliert er die bewusste Übernahme der Verantwortung für die faktische Mitgestaltung von Bedarfsformen und die aktive Prägung von neuen, zukunftsfähigen Bedarfsformen.

Der Autor verbindet soziale Nachhaltigkeit mit der Schaffung und der Erhaltung von Strukturen und Prozessen. Im existentiellen Sinne, um Menschen zu ermöglichen, selbständiger die eigene materielle Existenz zu sichern, im gesellschaftlichen Sinne, um VerursacherInnen von Beeinträchtigungen auszumachen und mit diesen in einen Diskurs einzutreten. Die Aufgabe, Nachhaltigkeit im kulturellen Sinne zu verwirklichen, geht für ihn einher mit dem klaren Bewusstsein, dass kulturelle Schöpfungen auch immer der Bewahrung der natürlichen Schöpfung dienen müssen. Verwirklichung von Prinzipien der Menschlichkeit wie Gerechtigkeit, Fürsorge und Gemeinschaftsfähigkeit schreibt er sozialer Nachhaltigkeit im humanen Sinne zu. Eine ähnliche Definition findet sich bei Spehl (1999):

Soziale Nachhaltigkeit bedeutet, Strukturen der Entscheidungsfindung und der Kooperation zu entwickeln und verbessern, die die Chancen der einzelnen vergrößern, die Konsequenzen ihres Handelns überschauen zu können. Deshalb setzt soziale Nachhaltigkeit darauf, Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen und die

Selbstverantwortung von einzelnen zu fördern. Lebensräume sollen Entscheidungs-, Verantwortungs-, und Wirkungsräume werden, die auf reziproke anstelle asymmetrischer Beziehungen angewiesen sind. (S.27)

2.2. Die lokale Agenda 21

Eine wesentliche Erkenntnis der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro war, dass soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zusammenhängen und nicht isoliert behandelt und gelöst werden können. Das Ziel des Dialoges der Kommunen innerhalb der Lokalen Agenda 21 kann gemäß dem in Rio de Janeiro beschlossenen Kapitel 28 folgendermaßen beschrieben werden: „Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen“ (Diebäcker, 2004, S.17).

Dabei gehört es zu den wesentlichen Aufgaben der lokalen Agenda 21, einen organisatorischen Wandel des politisch-administrativen Systems von „government“ (Regieren im Sinne einer Top-down-Steuerung) zu „governance“ (netzwerkartiges Regieren im Sinne einer flexiblen Steuerung) mitzugestalten (Diebäcker, 2004).

Als intermediäre Organisation wird die LA 21 zu einer vermittelnden Drehscheibe zwischen Verwaltung, PolitikerInnen und BürgerInnen. In den gegründeten Diskussionsplattformen können Interessen verknüpft und Netzwerke gebildet werden.

2.2.1. Konferenzen der lokalen Agenda 21

600 Vertreter von Kommunen, internationalen Organisationen, staatlichen Einrichtungen, Verbänden oder Einzelpersonen hielten im Mai 1994 im dänischen Aalborg die erste „Europäische Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden“ ab. Die Konferenz hatte zum Ziel, den lokalen Agenda Prozess europaweit zu etablieren. Als Ergebnis ging die „Charta von Aalborg“ hervor, mit deren Unterzeichnung sich die Städte und Gemeinden verpflichteten in den Lokalen-Agenda-Prozess einzutreten. Gleichzeitig wurden sie TeilnehmerInnen der „Europäischen Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden“.

Die Charta besteht aus folgenden drei Teilen:

1. Europäische Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit:
Die Durchführung von Strategien der Nachhaltigkeit auf Städte- und Gemeindeebene wurde durch die Unterzeichnung verpflichtend.
2. Die Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden:
Vernetzung der Städte und gegenseitige Unterstützung wurde in diesem Teil behandelt.
3. Kommunale Handlungsprogramme für die Zukunftsbeständigkeit:
Noch einmal bestärkt wurde die Verpflichtung der Unterzeichner zum 28. Kapitel der Agenda 21.

Die zweite europäische Konferenz, zu welcher rund 1000 TeilnehmerInnen reisten, fand 1996 in Lissabon statt. Im Vordergrund standen vor allem die Umsetzung der Grundsätze von Kapitel 28, sowie der Start und die Durchführung eines Prozesses zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21.

Im Februar 2000 fand in Hannover die dritte Europäische Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden statt. Rund 1.300 TeilnehmerInnen aus 52 Ländern präsentierten Ergebnisse zur lebenswerten Gestaltung der Städte und Gemeinden. Die Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Städten und Gemeinden war Schwerpunkt der Konferenz, in deren Verlauf auch 60 Kommunen vor allem aus ost- und südeuropäischen Ländern die Charta von Aalborg unterzeichneten.

Bei der vierten Konferenz 2004, die wieder in Aalborg mit über 1000 TeilnehmerInnen stattfand, wurde die Charta vor allem um die „Aalborg Verpflichtungen“ erweitert. Schwerpunkte wurden beispielsweise in den Bereichen guter Regierungs- und Verwaltungsführung, verbesserter Mobilität, dynamischer und nachhaltiger lokaler Wirtschaft, sozialer Gerechtigkeit und kommunaler Maßnahmen im Gesundheitsbereich gesetzt.

Die fünfte Konferenz fand 2007 in Sevilla statt. 1500 AkteurInnen behandelten vor allem die Umsetzung der Aalborg Verpflichtungen, sowie ein allgemeines Umwelt- und Ressourcenmanagement. Eine bessere Kommunikation von Nachhaltigkeit gehörte ebenfalls zu den Schwerpunkten der fast 100 Workshops zählenden dreitägigen Konferenz (<http://www.nachhaltigkeit.at/article/archive/25709>).

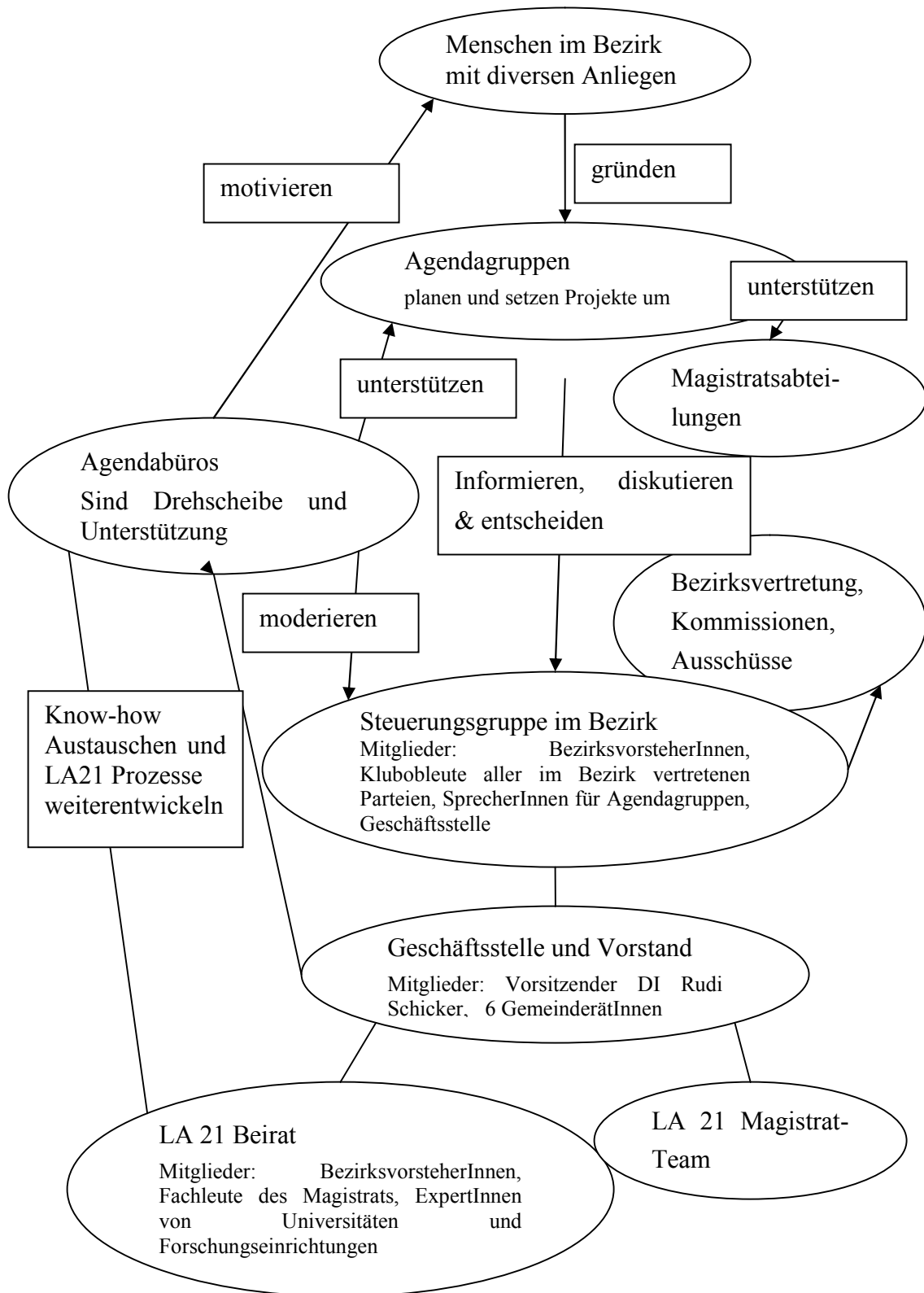
2.2.2. Die lokale Agenda 21 in Wien

Bereits durch die Stadtverfassungsnovelle der Jahre 1986 und 1987 wurde in Wien die Dezentralisierung des politischen Machtapparats schriftlich verankert. Gestärkt wurden die lokalpolitische Stadtpolitik und entsprechende organisatorische und politische Rahmenkompetenzen.

Antanolovsky (1991) postuliert einen „konservativen Wertewandel“ in Österreich: Individuelles Lebensglück würde mehr ins Zentrum des Interesses gerückt, ebenso würden gesellschaftspolitische Zielsetzungen und Ideologien in den Hintergrund treten. Regionales und antizentrales Denken gewinne an Bedeutung und damit auch das Bewusstsein für ökologische Probleme. Diese Entwicklungen begünstigten wohl auch den späteren Erfolg der Einbindung der Lokalen Agenda 21 in die Kommunalpolitik der Stadt Wien.

Andockend an den Pilotversuch der Lokalen Agenda 21 im 9. Bezirk Alsergrund, welche 1998 startete, entwickelte die Stadt Wien ein gesamt-städtisches Modell. Im Jahr 2003 wurde ein dezentraler Ansatz mit der Delegation der Verantwortung an die Agenda 21-Bezirke vorgestellt. Neben einer stärkeren Identifikation mit den Bezirken wurde eine neue Dialogform zwischen Politik und Verwaltung sowie das Umsetzen nachhaltiger Projekte angestrebt. Bis zum Jahr 2007 konnten 80 Agenda 21-Gruppen mit insgesamt 1000 TeilnehmerInnen etabliert werden. Die differenzierte Organisationsstruktur ist in nachfolgender Abbildung graphisch dargestellt.

Abbildung T1: Vereinsstruktur lokale Agenda 21 Wien



Quelle: Verein lokale Agenda 21 Wien, Binder-Zehetner, Taucher, S. 13.

Das Zentrum der von engagierten BürgerInnen entwickelten Agenda 21-Projekte sind die Agenda 21-Gruppen. Das Agenda 21-Büro ist zuständig für Motivation und Rekrutierung von BürgerInnen bei der Projektarbeit. Außerdem steht das Büro für eine

qualitätsvolle Zusammenarbeit und Vermittlung zwischen AkteurInnen. Die Magistratsabteilungen bieten den Agenda 21-Gruppen ihre Expertise zur Unterstützung. Die Steuerungsgruppe bietet einen Ort zum Dialog zwischen Politik und BürgerInnen zur Umsetzung der Agenda 21-Projekte. Der Aufgabenbereich umfasst inhaltliche Schwerpunktsetzung, Beratung über Agenda 21-Projekte, inhaltliche und finanzielle Entscheidungen, Informationsaustausch und –weitergabe. Repräsentativ politische Entscheidungen werden, wenn notwendig, von der Bezirksvertretung getroffen. Kommissionen, Ausschüsse und Arbeitskreise sind weitere Dialogplattformen zwischen Agenda 21-Gruppen und Bezirkspolitik. Finanzierung, Koordination, Wissenstransfer, nationale Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sind Aufgaben der Geschäftsstelle. Der Vorstand der Lokalen Agenda 21 hat Entscheidungsgewalt über inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingungen. Der Beirat bietet dem Vorstand Entscheidungsgrundlagen und formuliert Empfehlungen. Das Magistratsteam ist eine Informationsdrehscheibe und berät die Agenda 21-Büros. Die Plattform der Lokalen Agenda 21 ermöglicht Erfahrungs- und Informationsaustausch für alle Beteiligten und bietet Raum für Reflexionsprozesse (Verein Lokale Agenda 21 Wien, Binder-Zehetner, Taucher, 2007).

2.2.2.1. Evaluierungen der lokalen Agenda 21 in Wien.

Seit dem Bestehen der lokalen Agenda 21 in Wien gab es schon zahlreiche Evaluierungen seitens der Universität Wien, insbesondere im Auftrag von Prof. Dr. Maderthaner von der Fakultät für Psychologie, welcher wissenschaftlicher Beirat der lokalen Agenda 21 in Wien ist. Götz (2000) berichtet von der Wichtigkeit der Betroffenheit für lokale Ereignisse. Bezüglich der Einstellung zu politischen VertreterInnen fällt bei den lokalen Agenda 21-Partizipierenden insbesondere der positive Bezug zu der politischen Bezirksvertretung auf. Die Wirkung des Prozesses auf persönlicher Ebene wurde von den Interviewten vor allem hinsichtlich des Erlernens sozialer Kompetenzen und der Auseinandersetzung mit der Lebensumgebung beschrieben. Das Erleben von Gemeinschaft und interessanten Begegnungen wurde ebenfalls als bereichernd beschrieben. Tausch (2005) konnte bei einer Untersuchung, die mit Wirtschaftstreibenden in Wien durchgeführt wurde, belegen, dass GeschäftsführerInnen eine größere Bereitschaft zur Teilnahme an lokale Agenda 21-Aktivitäten zeigen als Angestellte. Wissen über den Verein fördere ebenfalls eine positive Einstellung. Die Motivation, an Partizipationsprozessen teilzunehmen, stieg

außerdem je schlechter der Wirtschaftsstandort von den Befragten beurteilt wurde. Dieser Umstand lässt sich als ein Indiz für höhere negative Betroffenheit interpretieren. Erkinger (2006) entdeckte beim lokalen Agenda 21-Projekt „Miteinander im Lichtentalerpark“ ebenfalls einen starken persönlichen Bezug zum Park als Voraussetzung für Partizipation und daraus resultierende Betroffenheit.

2.2.3. Die regionale Agenda 21 Mühlviertler Alm

Im Jahr 2001 wurde vom Regionalverband Mühlviertler Alm in Zusammenarbeit mit der Akademie für Umwelt und Natur, sowie der Firma SPES (Studiengesellschaft für Projekte zur Erneuerung der Strukturen) Akademie Schlierbach der Regionalentwicklungsprozess Agenda 21 initiiert. Bei der Mühlviertler Alm handelt es sich um einen Zusammenschluss von 10 Gemeinden im Nordosten Oberösterreichs. Bad Zell, Kaltenberg, Königswiesen, Liebenau, Pierbach, Schönau, St. Leonhard, St. Georgen am Walde, Unterweißenbach und Weitersfelden bilden den Gemeindeverbund. Seit Bestehen des Agenda 21-Abkommens wurden bereits drei Zukunftswerkstätten abgehalten, wo es zu Zusammenkünften von jeweils rund 100 Menschen aus dem Bereichen Kommunalwesen, Landwirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Soziales und Kultur kam. Die Ziele, Leitsätze und Maßnahmen wurden in zwei dieser Zukunftswerkstätten im so genannten „Zukunftsbuch“ gebündelt. Die Leitthemen lassen sich am besten durch ein Zitat von der Homepage der Mühlviertler Alm zusammenfassen:

Nachhaltigkeit bedeutet für uns: Die wirtschaftliche Entwicklung, die sozialen Aspekte, die kulturellen und geistigen Werte sowie unsere Natur als Lebensgrundlage werden gemeinsam und ausgewogen betrachtet. Für unsere eigene Lebensqualität und für die Chancen der nächsten Generationen ist es notwendig, dass alle drei Bereiche im Einklang sind.
(http://muehlviertleralm.at/at/front_content.php?idcatart=65&client=1&lang=1)

Eine Studie von Jungmeier und Seher (2008) räumt der regionalen Agenda 21 bereits große Bedeutung in der Regionalentwicklung ein. Das Kernteam der Agenda 21 sei auch als Steuerungsgruppe für den Verband Mühlviertler Alm von tragender Bedeutung. Dieses setzt sich aus GemeindevertreterInnen, VertreterInnen von Interessensgruppen und Parteien sowie einem Koordinator zusammen. Zu seinen Aufgaben zählen Planung der Prozessmaßnahmen, Erfahrungsaustausch, Berichte aus den einzelnen Gemeinden, Ideenfindung, Entwicklung einer regionalen Zukunftsstrategie, die Ausarbeitung des „Zukunftsbuches“, sowie die Begleitung der

initiierten Projekte. Die Zusammensetzung der Steuergruppe ist auch verantwortlich für eine hohe politische Akzeptanz bei politischen EntscheidungsträgerInnen.

3. Erklärungsmodelle politischer Partizipation

Im folgenden Kapitel wird auf diverse Erklärungsmodelle politischer Partizipation näher eingegangen. Zunächst wird ein Überblick über den historischen Verlauf sozialer Bewegungsforschung gegeben. Das massenpsychologische Modell, das Modell der politischen Kultur, die Ressourcenmobilisierungstheorie, Framing-Theorien und zu letzt die Forschung über neue soziale Bewegungen werden berücksichtigt. Der nächste Abschnitt befasst sich mit motivationspsychologischen Theorien. Ausgehend vom Wertinventar und den Erwartungs-Wert-Theorien wird der Bogen über instrumentalitätstheoretische Ansätze bis hin zum handlungstheoretischen Partialmodell von Krampen gespannt.

3.1. Historischer Verlauf sozialer Bewegungsforschung

Die Ursprünge sozialer Bewegungsforschung finden sich um 1870 in der von Friedrich Engels und Karl Marx entwickelten sozialen Evolutionstheorie, welcher zufolge die gesellschaftliche Entwicklung durch Klassenkämpfe vorangetrieben wurde (Hofmann, 1971). Le Bon (1950, zitiert nach Kern, 2008) begründete die zweite Ära der Bewegungsforschung mit Hilfe der Massenpsychologie. So wäre das Verhalten aufgrund von Ängsten und Affekten nicht mehr rational erklärbar, die Einzelnen würden dadurch ihre Selbstkontrolle verlieren und sich in eine so genannte „Massengesellschaft“ einfügen. Soziale Protestbewegungen wurden dem Faschismus in Italien und Deutschland gleichgesetzt und als dysfunktional und irrational betrachtet (Kornhauser, 1959). Die in den 60er Jahren vorherrschende Theorie kollektiven Verhaltens besagte, dass soziale Protestbewegungen aufkommen würden, wenn Institutionen nicht mehr funktionieren und der Anspruch und die Wirklichkeit zu weit auseinander klaffen würden. Die Betonung lag auf sozialpsychologischen Aspekten (Kern, 2008).

Die moderne politische Kulturforschung wurde 1963 durch Almond und Verba mit ihrem Werk „The Civic Culture“ begründet. Dabei gingen sie von folgender Definition aus: „Die politische Kultur einer Nation ist die jeweilige Verteilung von Orientierungsmustern gegenüber politischen Objekten unter den BürgerInnen“ (vgl.

Almond & Verba, 1963, S. 14f.: eigene Übersetzung Peter Panholzer). Orientierungen können dabei kognitive, affektive und evaluative Ausprägungen besitzen. Politische Objekte können das System als Ganzes sein oder sich auf spezifische Systemkomponenten beziehen. Rollen oder Strukturen, wie das politische Amt des Präsidenten oder die Verwaltung, aber auch die eigene Rolle als politischer Akteur. Die Demokratien Mexikos, Deutschlands, der USA, Italiens und Großbritanniens waren Untersuchungsgegenstand der Studie von Almond und Verba (1963). Drei Idealtypen politischer Kultur konstruierten sie mit ihren Ergebnissen:

1. Die „parochial political culture“ kennzeichnet sich durch Individuen, welche sich ausschließlich an ihrer direkten politischen Umwelt orientieren. Spezifische politische Objekte werden kaum wahrgenommen, eine eigenständige politische Kultur existiert in solchen Gesellschaften praktisch nicht.
2. Die „subject political culture“ entsteht durch Individuen, welche sehr wohl Orientierungen bezüglich des politischen Systems als Ganzes sowie auf die Teilkomponenten besitzen. Die Autorität des Staates sowie seine Regelleistungen werden wahrgenommen, allerdings bemühen sich die Individuen nicht aktiv um Teilnahme, auch wenn sie das politische System ablehnen.
3. Individuen in einer „participant political culture“ besitzen explizite politische Orientierungen in Bezug auf das politische System als Ganzes, sowie auf seine Teilkomponenten. Die BürgerInnen nehmen sich somit auch als politische AkteurInnen wahr.

Für eine funktionierende Demokratie postulierten die Autoren einen Mischtyp als ideal: Traditionelle subnationale Bindungen an Familie, Stamm oder Gemeinde wie in der „parochial culture“ seien ebenso stabilisierend wie die Passivität der Individuen der subject political culture. Die Autoren zweifelten bei einer zu starken „participant political culture“ an der Effizienz der Demokratie und drückten pointiert aus, dass nicht der aktive, sondern der potenziell aktive Bürger entscheidend für das Funktionieren einer Demokratie sei. Pye und Verba (1965) ermittelten 4 wesentliche Faktoren, die zur Differenzierung politischer Kultur beitragen: Generelles zwischenmenschliches Vertrauen und Umgang mit Fremden, Auffassungen von Hierarchien menschlicher Perspektiven, gesellschaftliche Toleranz zu persönlicher Freiheit im Gegensatz zu Zwang und die Ausprägung persönlicher Bindungen.

Gabriel (1986) kritisierte, dass das Model keine zeitliche Entwicklung von

politischer Kultur erlaube, bezüglich ihres Demokratieverständnisses warf Inglehart (1988) den Autoren vor Ethnozentrismus zu betreiben, welcher die westliche Demokratie normativ als überlegen betrachte.

In den 70ern kam die Ressourcenmobilisierungstheorie auf, die den AkteurInnen nicht Irrationalität, sondern kalkulierte Wahl ihrer Mittel zugestand und sich nicht mehr auf die Entstehung, sondern die Mechanismen der Protestmobilisierung konzentrierte (Kern, 2008). Dabei wurden Grundannahmen der Rational Choice-Theorie übernommen. Zum einen seien Kosten-Nutzen-Überlegungen immer Teil der Entstehungsgeschichte sozialer Bewegungen, soziale Koordination sei dabei vonnöten. Zum anderen sei der Einfluss von etablierten Kreisen und Institutionen wie Parteien oder Stiftungen auch bei Protestbewegungen wichtig und auch staatliche Eingriffe zur Kostenverringerung oder –erhöhung dürften nicht außer Acht gelassen werden (Zald, 1992). Weber (1984) definiert Ressourcen als Einflusspotentiale, die es den InhaberInnen ermöglichen, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“(S.89). Aus der Vielfalt möglicher Handlungstribe gibt Schimank (2000) einen Überblick. Geld, Karriere und instrumenteller Eigennutz spielen nur bei einer Minderheit eine Rolle, vielmehr wären Anreize wie Nonkonformität, Bewahrung der eigenen Identität und das Ausleben von Emotionen von Bedeutung. Mobilisierungskampagnen machen sich oft dieses Wissen zu nutze und profitieren vom Auslösen starker Emotionen und der Vermittlung von Anerkennung für Nonkonformität, sowie vom Herstellen von Selbstansprüchen durch Appelle. Weiters beschäftigt sich die Ressourcenmobilisierungstheorie mit der Reichweite von Bewegungen und dem Gelingen von Wissensübermittlung. Auch die Struktur von Bewegungsorganisationen und der damit zusammenhängende Umgang mit Ressourcen sind von Bedeutung.

Aus der Kritik an der Ressourcenmobilisierungstheorie heraus, wonach sie sich nicht mit sozialen Unzufriedenheitspotentialen, Ideen und Problemdeutungen innerhalb der Bewegungen beschäftige, entstand Erving Goffmans (1977) Rahmenanalyse. Das Augenmerk liegt auf kollektiven Deutungsmustern und den Möglichkeiten der AkteurInnen, die Wirkung ihres Deutungsrahmens zu verbessern. Kernaufgaben des Framing-Ansatzes sind nach Snow und Benford (2000, S.615ff) „diagnostic“, „prognostic“ und „motivational framing“. Die Entwicklung von Problemdiagnosen sowie das Angebot von Lösungen als Ergebnis oft komplexer Aushandlungsprozesse innerhalb der Bewegung sind dabei ebenso von Bedeutung wie einen geeigneten

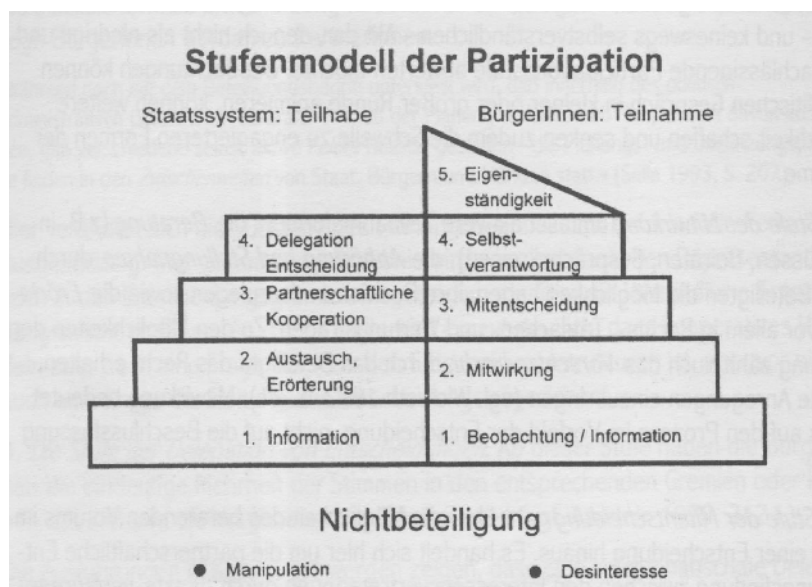
gemeinsamen Motivationsrahmen zu finden.

Ende der 80er entstand die Theorie der neuen sozialen Bewegungen aufgrund des Aufkommens von Frauen- und Friedensbewegungen. Im Gegensatz zu „alten“ Protestorganisationen wird nicht mehr staatspolitischer Einfluss gesucht, sondern auch aufgrund einer gewissen Politikverdrossenheit der Alltag politisiert. Lebensbereiche wie Konsum, Essen, sogar Sexualität und Beziehungsführung wurden dabei an eine gemeinsame Weltanschauung angepasst, Werte wie Selbstverwirklichung und Wahlfreiheit dominieren seither. Die Verlagerung von sozioökonomischen zu kulturellen Konflikten kann mit dieser Theorie analysiert werden. Ein gewisser Ethnozentrismus bleibt jedoch wegen der Beschränkung auf Konflikte einer postmaterialistisch orientierten Gesellschaft zu bemängeln (Kern, 2008).

3.2. Das Stufenmodell der Partizipation von M. Lüttringhaus

Lüttringhaus (2000) erarbeitete ein fünfstufiges Modell der Partizipation, in welchem sie auch zugehörige Determinanten ermittelte. Das Modell mit seinen Stufen ist in nachfolgender Grafik abgebildet:

Abbildung T2: Stufenmodell der Partizipation



Quelle: Lüttringhaus, 2000, S.44

1. Die Stufe der Beobachtung bzw. Information:

Die erste Stufe stellt als ein nicht intervenierender Akt die schwächste Form der Beteiligung dar. Als Beispiele dienen die Verfolgung von Pressemitteilungen, Akteneinsicht oder das Einholen von Auskünften. Arnstein (1972) beschreibt dies als die erste Stufe zu einer aktiveren Form der Teilnahme. Die rein konsumierende Partizipation, wie sie beispielsweise durch das Verfolgen lokalpolitischer Ereignisse gegeben ist, stellt somit bereits einen aktiven und keineswegs selbstverständlichen Prozess der Beteiligung dar. Beobachtungen gehen oft politischen Gesprächen in kleiner oder großer Runde voraus, können weitere Öffentlichkeit schaffen und senken zum Teil die Schwelle zu engagierten Formen der Teilnahme.

2. Die Stufe der Mitwirkung

Die zweite Stufe beinhaltet aktivere Teilnahmeformen: die Beratung (z.B. in Ausschüssen, Beiräten, Gesprächskreisen), die Anhörung und die Stellungnahme. Beteiligte bekommen die Möglichkeit, ihre Positionen zu veranschaulichen. Die Erörterung vor allem in Rechts- Tatsachen und Wertungsfragen wird ebenfalls zu dieser Stufe der Teilnahme gezählt. Aber auch das Vorschlagsrecht, welches Partizipanten das Recht gewährt, konkrete Änderungen einzubringen, findet sich auf dieser Stufe. Mitwirkung fließt folglich auf den Prozess im Vorfeld der ein, die Beschlussfassung selbst sollte nach Arnstein (1972) mit Unterstützung durch FachberaterInnen oder GemeinwesenarbeiterInnen erfolgen.

3. Die Stufe der Mitentscheidung

Diese Ebene geht noch über die Stufe der Mitwirkung hinaus. Den Partizipanten wird es auch ermöglicht, durch partnerschaftliche Entscheidungsfindung zu interagieren. Diese Form findet sich in direkter verfahrensmäßiger Mitentscheidung, durch anwaltliche Mitentscheidung über Institutionen als EntscheidungsträgerInnen oder durch die Zusage der EntscheidungsträgerInnen, ein im vorparlamentarischen Raum ausgehandeltes Ergebnis zu akzeptieren.

4. Die Stufe der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung

Sie stellt das Pendant zur obersten Stufe der Beteiligung zum Modell von Arnstein dar – der Bürgerkontrolle – als Recht, alle finanziellen, organisatorischen und

inhaltlichen Grundlagen autonom bestimmen zu können.

5. Eigenständigkeit

Sie stellt die oberste Stufe dar, in welcher BürgerInnen autonom im Sinne von unabhängig von einer Teilnahmegewährung seitens des Staatssystems agieren.

Teilhabe:

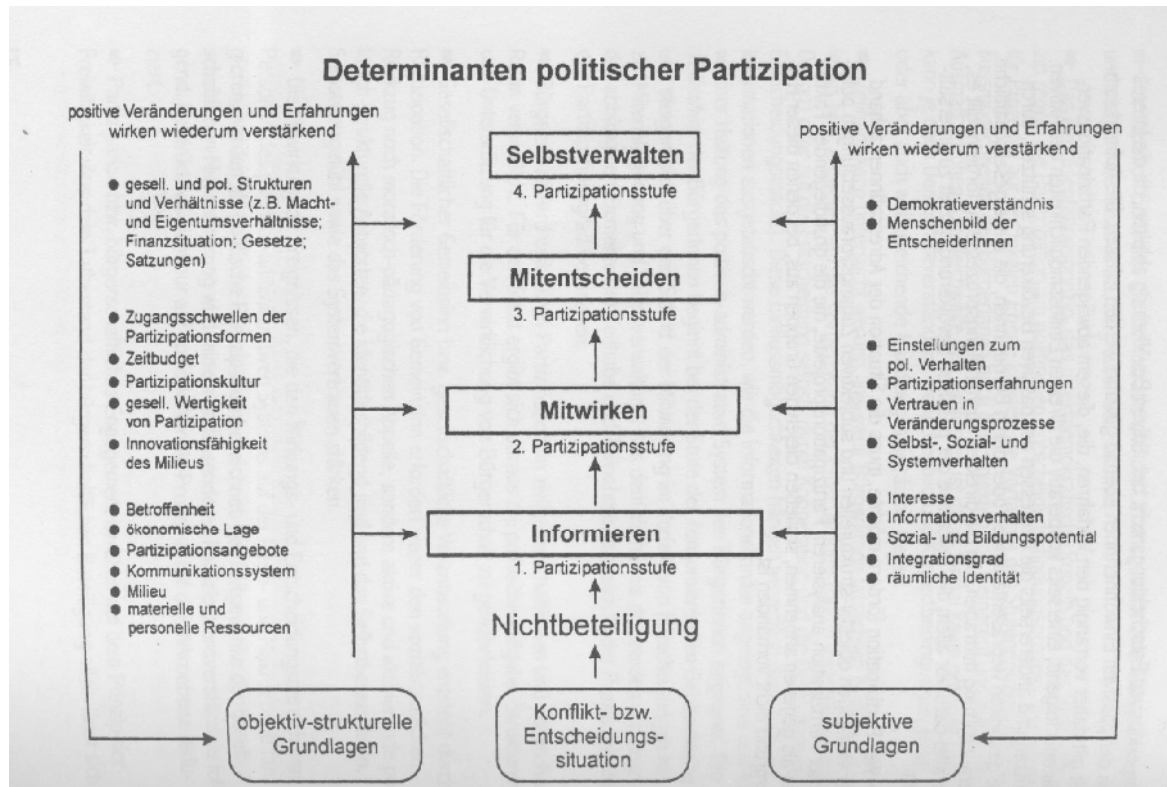
Untersuchungsgegenstand hierbei ist, inwieweit BürgerInnen tatsächlich Einfluss gewährt wird: zum einen auf die Vorbereitung der Entscheidung durch Information und Dialog, zum anderen auf die Entscheidung selbst durch Kooperation und Delegation von Entscheidungen. Diese Einflussmöglichkeiten hängen ab von der Art des Informationsaustausches, von der Beschaffenheit der Informationskanäle und mit welcher Haltung das politisch-administrative System den BürgerInnen begegnet und deren Teilnahme fördert.

Teilnahme:

Beginnend bei der Stufe der konsumierenden Beobachtung steigert sie sich über den Schritt der Mitwirkung im Vorfeld von Entscheidungen hin zur Mitentscheidung, Selbstverwaltung und Eigenständigkeit. Für Handlungskonzepte zur Förderung von Partizipation ist es notwendig, Teilnahme mit den voneinander abhängigen Elementen der Teilnahmegewährung und Förderung integriert beachten zu müssen.

3.2.1. Determinanten politischer Partizipation nach Teilnahmestufen

Abbildung T3: Determinanten politischer Partizipation



Quelle: Lüttringhaus, 2000, S. 61

Lüttringhaus (2000) erarbeitete in Anlehnung an ein Modell von Buse, Nelle und Oppermann (1977) die Vielfalt von Faktoren, die aufeinander wirken müssen, um zu gewissen Partizipationsstufen zu führen. Der Ausgangspunkt für Partizipationsprozesse stellt dabei immer eine Sachlage dar, in welcher zwei oder mehr verschiedene Entscheidungsalternativen bestehen, die einen Aushandlungs- oder Partizipationsprozess benötigen. Das Partizipationsverhalten auf den vier Partizipationsstufen wird jeweils durch subjektive (persönliche) und objektiv-strukturelle (umweltbedingte) Determinanten bedingt, die sich wechselseitig beeinflussen und jeweils eine wichtige Grundlage bilden für den Übergang von einer Teilnahmeform zur nächsten. Die Darstellung der Vielfalt von Faktoren, die für eine Beteiligung notwendig sind, zeigt die Komplexität und Verwobenheit des Sachverhaltes und räumt mit Vorstellungen auf, dass nur durch die Veränderung eines Faktors bereits BürgerInnen in ihrer Beteiligung zur nächsten Partizipationsstufe gehoben werden können.

3.2.1.1. Determinanten der Partizipationsstufe Beobachtung.

Der Faktor der Betroffenheit ist wesentlich zur Wahrnehmung eines Sachverhaltes. Buse et al. (1977) verstehen darunter nicht nur den Aspekt der Opposition aus negativer Betroffenheit (Verschlechterung einer Situation), sondern auch der Nutznießung (Verbesserung einer Situation). Edlinger und Botymka (1989) unterscheiden dabei zwei weitere Kategorien von partizipierender Bürgerschaft bei politischen Prozessen: Die direkt betroffene Öffentlichkeit, die als PlanerInnen bzw. InvestorInnen und Beplante materiell und somit objektiv-strukturell betroffen ist. Subjektiv von den Planungsvorhaben betroffen ist die indirekt tangierte Öffentlichkeit. Postuliert wird weiters, dass die direkte Betroffenheit stärker ist, wenngleich sie mit zunehmender räumlicher Distanz abnimmt (Froessler, 1994). BürgerInnen sind häufiger interessiert an kleinen, qualitativen Verbesserungen, da sie hier eher mit dem Planungsgegenstand vertraut sind.

Engagierte Menschen, insbesondere Ältere, denken primär an die Nachkommenschaft. Das Motiv, Verantwortung für die nächste Generation zu haben und deswegen entscheidende Schritte zur Verbesserung deren Situation einzuleiten, lässt ebenfalls eine Form von Betroffenheit erkennen (De Haan, Kuckartz & Rheingans-Heintze, 2000).

Buse et al. (1977) sieht in persönlichem Interesse, Informationsverhalten und dem daraus resultierenden Wissensstand den zentralen Auslöser für Teilnahme. Bourdieu (1983) unterscheidet drei Kategorien, die Teilnahme beeinflussen. „Ökonomisches Kapital“ wie beispielsweise Einkommen und Vermögen, „Soziales Kapital“, zu welchem persönliche Kontakte und Netzwerke zählen, sowie „Kulturelles Kapital“, welches Bildung und kulturelle Kompetenzen mit sich bringt. In diesen drei Dimensionen finden sich wesentliche Orientierungspunkte, aus denen die gesellschaftliche Positionierung und die Handlungskompetenzen resultieren. Für Franz (1989) ist der Bildungsgrad als ein Element des kulturellen Kapitals die wichtigste Variable für Aktionsbereitschaft. Eine als angenehm empfundene Zusammenarbeit in Partizipationseinrichtungen kann ebenso Beweggrund sein (De Haan et al., 2000).

Rinke (1984) beschreibt Partizipationsbarrieren. Zum einen die mangelnde Fähigkeit, die Komplexität von anstehenden Entscheidungen zu erfassen, aber auch fehlendes Abstraktionsvermögen, welche durch entsprechenden Erfahrungshintergrund oder durch ein hohes Ausbildungsniveau weniger gegeben sind. Artikulationsschwierigkeiten

wirken sich ebenfalls restriktiv aus (Rinke, 1984; Franz, 1989). Als Resümee erkennt Rinke (1984) diese Barrieren als allgemeines Bildungsproblem, sieht aber auch einen Zusammenhang mit der strukturellen Ebene. Zum einen drücken sich Planungseliten nicht verständlich aus, das heißt, sie verlassen ihren Fachjargon nicht und sind kaum in der Lage, komplexe Zusammenhänge verständlich zu erklären. Diese Bildungsfaktoren stehen wiederum in enger Koppelung zum strukturellen Faktor der ökonomischen Lage, die die Wahrnehmung und Interpretation eines Sachverhaltes beeinflussen. Schulze (1996) geht davon aus, dass eine kritische ökonomische Lage für viele Menschen Voraussetzung ist, damit ihnen die Demokratie am Herzen liegt.

Soziale Ungleichheit und die Zunahme vor der Angst von mangelnder sozialer Absicherung führen aber zu einer Zunahme von Sicherheitswerten und einer gleichzeitigen Abnahme von Entfaltungswerten. Selbstbestimmung und Einmischung durch Partizipation wiederum wird zu den Entfaltungswerten gerechnet (Bundesvorstand der SPD, 1997). Eine Bestätigung dieser These findet sich in Statistiken über Wahlbeteiligung, die deutlich zeigt, dass Wahlenthaltungen dort besonders hoch sind, wo die ökonomischen Verhältnisse knapp sind (Stadt Essen, 1993).

Lutz (1986) bestätigt, dass die Nachfrage nach Meta-Bedürfnissen wie der Teilnahme an politischen Entscheidungen dort steigt, wo nur noch ein Bruchteil der Zeit für die Befriedigung von Grundbedürfnissen aufgewendet wird. Kaase (1982) resümiert, dass der sozioökonomische Status einer Person im Wesentlichen das Ausmaß an politischer Beteiligung bestimmt.

Da Grund- und Hausbesitzer unmittelbar von Planungsprozessen betroffen sind (z.B. durch Wertverlust), stellt dies auch einen ökonomischen Faktor dar. Laut Franz (1989) stellt dies einen besonders partizipationsfördernden Faktor dar.

Einen Einfluss auf das Partizipationsverhalten hat auch das Milieu, in welchem sich das Individuum aufhält. Unter Milieu werden Personengruppen mit ähnlichen Lebenszielen und Lebensstilen verstanden (Gukenbiehl, 1995). In diesen Gruppen werden oft Leitvorstellungen und Wertorientierungen sowie Handlungsmuster geprägt, welche sich in der Bewertung von Partizipation widerspiegeln. Schichtzugehörigkeit verliert zwar durch neue Strukturmerkmale wie die neuer Lebensziele, Lebensformen und Erwerbsbiographien an Relevanz (Dangschat, 1996). Schnierer (1996) nimmt aber an, dass das Arbeitermilieu, sowie das kleinbürgerliche Milieu sich bei einer ähnlich empfunden unsicheren sozialen Lage weniger an postmaterialistischen

Selbstverwirklichungszielen orientieren, sondern eher an traditionellen materiellen Sicherheitszielen (vgl. Rommelspacher, 1996; Gabriel, 1988).

Strohmeier (1996) sieht unter Eingebundenheit in lokale soziale Netzwerke einen wichtigen partizipationsfördernden Faktor. Lokale Netzwerke sind ihm zufolge in der Lage, die Identifikation mit dem Wohnumfeld zu stärken und unterstützen die dadurch mögliche „Mund-zu-Mund-Propaganda“. Als weitere Partizipationsbarriere sind die im Zuge der urbanen Modernisierung entstandene Entwicklung der sich auflösenden örtlichen Bindungen, sowie die soziale Desintegration anzuführen. Allerdings können lokale Netzwerke z.B. bei stark negative Einstellungen zum politischen Verhalten auch partizipationshemmend wirken. Strohmeier (1996) stellt jedoch auch Auflösungsprozesse ohne soziale Kompensation durch neue Vergesellschaftungsformen insbesondere im Arbeitermilieu fest. Örtliche Netzwerke und das Interesse an politischer Partizipation sind vor allem in benachteiligten Stadtteilen gestört. So ist vor allem weniger die individuelle Armut als vielmehr die milieugeprägte Konzentration von Armut verantwortlich für den politischen Rückzug. Bei ökonomisch gut gestellten Singles lässt sich aber dasselbe Phänomen erkennen. Deren Eingebundenheit in relativ ortsungebundene Gemeinschaften bildet ebenfalls eine unzureichende Grundlage für örtliches bzw. nachbarschaftliches politisches Engagement. Schulze (1996) beschreibt solche Phänomene als gemeinsamen politischen Raum in sozialen und geographischen Sinne, spricht aber in weiterer Folge auch von der Identität für politische Partizipationsprozesse. Lokale Identität ist anregend für den Austausch Betroffener über politische Ereignisse.

Für Franz (1989) hat der Bildungsfaktor mehr Bedeutung als die Integration. Der Bildungsgrad ver helfe den Betroffenen über die Stadtgrenzen hinaus unterschiedlichste Netzwerkbeziehungen einzugehen. Kontakte zu Medien, zu Politik und anderen BündnispartnerInnen gehören dazu.

3.2.1.2. Determinanten der Mitwirkung.

Zu den bedeutenden sozio-strukturellen Variablen gehört ein kommunikations- bzw. beteiligungsfreundliches, partnerschaftliches Klima, welches vom politisch-administrativen System geschaffen werden kann. Die Überschaubarkeit des Sachverhalts gehört ebenfalls zu den förderlichen Kriterien. Edlinger & Botymka (1989) geben zu bedenken, dass in Stadtentwicklungsprozessen BürgerInnen bei kleinen betroffenen Planungsräumen eher ihre Vorstellungen als bei großen komplexen Themen

preisgeben.

Zeit als Faktor hat sowohl eine subjektive als auch eine objektiv-strukturelle Komponente. Die persönlichen Lebensumstände müssen es zeitlich zulassen, sich an Stadtentwicklungsprozessen zu beteiligen. Hollihn (1978) appelliert an die Raumplaner, ein möglichst frühzeitiges und fortlaufendes Beteiligungsangebot zu bieten, da dieses am ehesten die Partizipationskultur im Gemeinwesen beeinflusst. Förderlich ist das vor allem für die Betroffenheit der BürgerInnen. Die Planverwirklichung sollte ebenfalls kurzfristig verwirklicht werden, wobei die Pläne nicht zu abstrakt dargestellt werden sollten.

Ein weiterer wesentlicher objektiver Partizipationsanreiz ist die Aussicht auf tatsächlichen Einfluss durch die Teilnahme (Buse et al., 1977). Die Teilnahme sollte zudem auch belohnt werden. Zu den fördernden oder hindernden milieuspezifischen Faktoren politischer Partizipation gehört auch die Partizipationskultur bzw. der räumliche und soziale Kontext. Wesentliche Einflussfaktoren der Partizipationskultur sind Partizipationserfahrungen in Vereinigungen wie beispielsweise Vereinen, Parteien oder Gewerkschaften.

Vertrauen ist laut Strohmeier (1996) ein wesentlicher partizipationsfördernder subjektiver Faktor:

Vertrauen ist der ‚Kitt‘ der Sozialwelt [...] Vertrauen setzt gleichzeitig ‚Vertrautheit‘ voraus. Vertrauten Menschen vertraue ich eher als Fremden [...] Vertrauensfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit sind die Kennzeichen sozialer Integration im Sinne sozialer Mitgliedschaft [...] Sozialvertrauen ist der subjektive Ausdruck gesellschaftlicher Integration und die Voraussetzung, die Menschen motiviert und befähigt, sich als Bürger auch politisch zu engagieren. (S.67)

Die Fähigkeit zu Vertrauen resultiert nach Strohmeier (1996) aus dem Selbstvertrauen, welches bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen in vielen Fällen erschüttert ist. Offe (1996) bezeichnet das Gemenge des Sozialvertrauens als „horizontales Vertrauen“ (S.155). Aus diesem könne Personenvertrauen entstehen als eine risikoreiche Vertrauensform, bei der man anderen Personen vertraut, ohne Detailwissen um die Kompetenzen der anderen beteiligten AkteurInnen. Personenvertrauen im Alltag führt zu Systemvertrauen bzw. „vertikalem Vertrauen“ (S.155) als Vertrauen in die Personen des politisch- administrativen Systems.

Mehrere Untersuchungen von Buck und Bierhoff (1986) konnten jedoch eine Null-Korrelation zwischen generalisiertem und spezifischem Vertrauen feststellen. Dieser

Zwiespalt offenbart sich, wenn eine ganze Bevölkerung an ihrem politischen System mitsamt den Politikern zu zweifeln beginnt und sich einem einzelnen charismatischen Führer anschließt, der einen Weg aus der Sackgasse zu weisen scheint. In Hinblick darauf, dass sich Wahlkämpfe zunehmend auf Spitzenkandidaten fokussieren, gelangen Bendig und Bierhoff (2003) auch zu einer weiteren Differenzierung von Personenvertrauen. Die Dimension von Vertrauenswürdigkeit, die mit der Integrität der Person zusammenhängt und die Verlässlichkeit, die mit der Einhaltung von Abmachungen und Versprechungen einhergeht. Wenngleich zwischen Personenvertrauen und generalisiertem Vertrauen keine Korrelation zu bestehen scheint, steht das Systemvertrauen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem generalisierten Vertrauen. Wiederum lässt sich das generalisierte Vertrauen weiter differenzieren. Gabriel & Kunz (2002) befassten sich mit der Höhe der Vertrauenszuschreibung in gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen. Sie unterschieden dabei zwischen:

- Vertrauen in den Parteienstaat (Regierungen, Parteien, Parlamente, Politiker)
- Vertrauen in Output-Institutionen (Bundesverfassungsgericht, Polizei, Gerichte, Behörden und Ämter)
- Vertrauen in kommunale Institutionen (Stadtverwaltung, Bürgermeister, Gemeinderat, Kommunalpolitiker)

Das Vertrauen in den Parteienstaat sei dabei generell geringer ausgeprägt, als das Vertrauen in die Output-Institutionen und das Vertrauen in die kommunalen Institutionen. Mangelndes Vertrauen lässt sich folglich in besonders benachteiligten Regionen vorfinden (Rommelspacher, 1996). BürgerInnen, aber auch StadtteilmilitarInnen in erodierten Sozialmilieus setzen daher tendenziell auf traditionelle Entwicklungspfade und stabilisieren so vertraute Strukturen. Das soziale Klima ist von Unsicherheit geprägt und somit ist auch das Vertrauen in anstehende Veränderungsprozesse in der Zukunft nur gering (Strohmeier 1996). Mangelndes Vertrauen führt aber nicht immer zu Apathie und Resignation. Es kann sogar handlungsweisend werden, wenn ein Gefühl der Selbstwirksamkeit vorhanden ist. Zu diesem Schluss kommt jedenfalls Krampen (1991). Eine Untersuchung von Klinger und Baumert (2003) widerlegt jedoch diese Hypothese. Der Studie zufolge steht Systemvertrauen vielmehr in einem positiven Zusammenhang mit konventioneller politischer Partizipation und auch niedriges Vertrauen in die Politik führt nicht zwingend zu unkonventioneller Beteiligung.

Reinders und Youniss (2005) konnten nachweisen, dass das Ausführen gemeinnütziger Tätigkeiten von Jugendlichen zu erhöhter politischer Partizipationsbereitschaft führt. Bei vorhandener Vereinsmitgliedschaft in verschiedensten Verbänden gehören solche Aufgaben zum Alltag. Im empirischen Teil wird daher auch die Vereinserfahrung erhoben.

3.2.1.3. Determinanten der Mitentscheidung.

Strukturelle Bedingungen bilden die Eckpfeiler der höheren Ebenen der Stadtteilentwicklung. Dazu gehört die rechtliche und finanzielle Abhängigkeit vom ortsansässigen oder anzuwerbenden Gewerbe (Rinke, 1984). Dies sind auch die Bedingungen der Handlungsebene und somit den Projekten der Stadtteilentwicklung vorgelagert. Zu den subjektiven Faktoren auf dieser Ebene zählt das Demokratie- und Herrschaftsverständnis der EntscheidungsträgerInnen, welches sich zwischen den Polen von hierarchischen und offenkoooperativen Politikformen bewegt (Buse et al., 1977).

3.3. Motivationspsychologische Ansätze

„Der Begriff Motivation bezieht sich auf die aktivierende Ausrichtung des momentanen Lebensvollzugs auf einen positiv bewerteten Zielzustand“ (Rheinberg, 2009, S.669). Eine weitere Definition findet sich bei Rollinson (2008):

a state arising in processes that are internal and external to the individual, in which the person perceives that it is appropriate to pursue a certain course of action (or actions) directed at achieving a specified outcome (or outcomes) and in which the person chooses to pursue those outcomes with a degree of vigour and persistence. (S.196)

Das Kapitel motivationspsychologischer Ansätze beginnt mit der psychologischen Wertforschung nach Rokeach (1970, 1973). Weiters werden die Kernannahmen der Erwartungs-Wert-Theorien sowie der instrumentalitätstheoretischen Ansätze und der Handlungstheorie erläutert. Abschließend wird das handlungstheoretische Partialmodell nach Krampen (2000) vorgestellt.

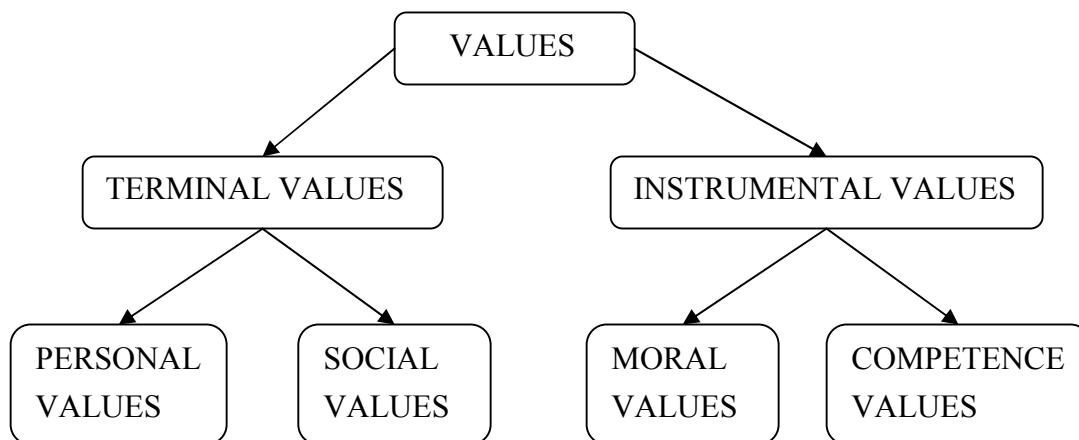
3.3.1. Das Wertinventar von Rokeach

Die Definition des Wert-Begriffes wird von Rokeach folgendermaßen vorgenommen: „[...] an enduring belief, that a specific mode of conduct or endstate of existence is personally or socially preferable to an opposite or converse mode of conduct or end-state of existence“ (Rokeach 1970, S.5).

Ein Wertesystem wird von ihm definiert als: „[...] enduring organisation of beliefs concerning preferable modes of conduct of endstates of existence along a continuum of relative importance“ (Rokeach, 1970, S.6).

Einige Annahmen über die Beschaffenheit von Werten liegen diesen Definitionen zugrunde. Zum einen garantieren Werte personale und soziale Kontinuität, sind also diesbezüglich stabil. Als Merkmal personalen und sozialen Wandels sind sie jedoch instabil. Zum anderen sind Werte entlang einer Prioritätenachse hierarchisch organisiert. Gemäß einer Definition von Lovejoy (1950, zitiert nach Krampen, 2000) wird zwischen zwei Wertearten differenziert: „Terminal values“ beschreiben wünschenswerte Endzustände für sich selbst als intrapersonale Werte, oder für eine Gemeinschaft, als interpersonale Werte. „Instrumental values“ beschreiben Lebensweisen. Haben diese Lebensweisen interpersonales Verhalten zum Ziel, sind sie moralischer Natur. Wenn persönliche Kompetenz angestrebt wird, charakterisiert sich das Verhalten durch logische, intelligente und phantasievolle Handlungen.

Außerdem werden Werten im motivationalen Gefüge bestimmte Funktionen zugeschrieben. In der Funktion als Standard leiten und determinieren sie das Handeln, die Einstellungen gegenüber Objekten und Situationen ebenso wie die Selbstdarstellung gegenüber anderen. Werte ermöglichen Bewertung, Beurteilung, Rechtfertigung und Vergleiche des Selbst bezogen auf andere, sind aber auch essentiell in ihrer Anpassungs-, Ego-defensive- und Selbstverwirklichungsfunktion. Stiksrud (1982) gibt eine Übersicht über die Struktur der Werte und ihre Beziehung zueinander. Dies wird in folgender Abbildung veranschaulicht:

Abbildung T4: Struktur des Werteinventars

Quelle: Stiksrud, 1982, S.40

Für das Werteinventar war es erforderlich, Ziel- und Instrumentalwerte zu erfassen. Jeweils 18 Aussagen, die instrumentelle und Zielwerte repräsentieren, sollten von den Probanden in eine Prioritätenrangreihung gebracht werden. Beispiele für Zielwerte sind Gleichheit, Freiheit, Glück, oder innere Harmonie, für Instrumentalwerte hilfreich, ehrlich, unabhängig oder gehorsam.

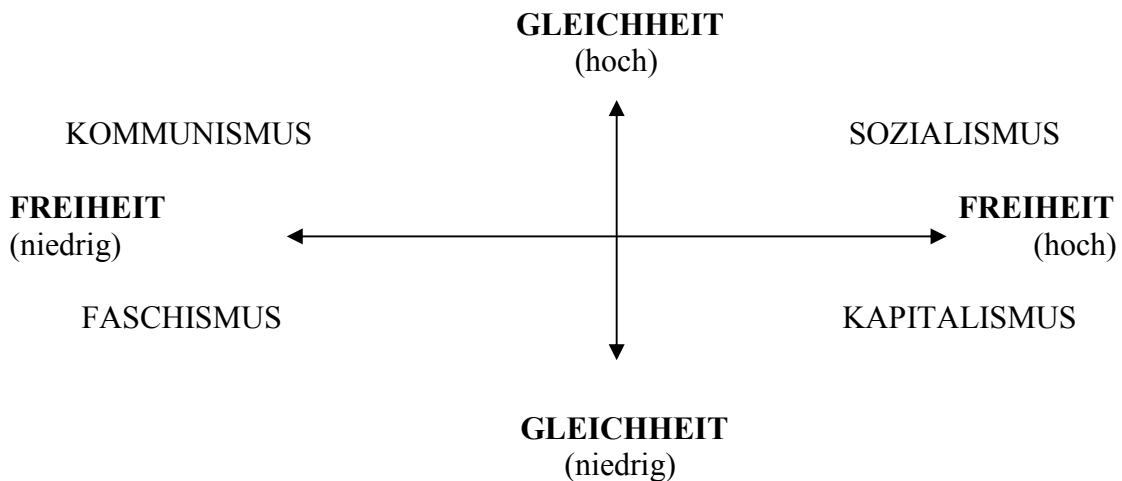
Das Werteinventar birgt jedoch auch gewisse Problematiken. Meyer und Rüegg (1979) bemängeln den Umfang der Wertvorgaben, da sie nicht den gesamten Werthorizont erfassen können. Die Prioritätenliste führt den Autoren zufolge weiters dazu, dass die Probanden genötigt werden, gleichwichtige Werte in eine Rangreihe zu bringen, weshalb die Probanden eine Beurteilung der Wichtigkeit für günstiger halten. Einige EmpirikerInnen und TheoretikerInnen zweifeln auch an dem Vorhandensein eines kohärenten und jederzeit abrufbaren Wertesystems aller Personen (Kitwood, 1976).

3.3.1.1. Das Zwei-Werte-Modell der politischen Ideologie von Rokeach.

Unter Berücksichtigung der Kritik, dass die Erstellung des Werteinventars nicht theoriegeleitet war, erstellte Rokeach (1973) ein „Werte-Quadrat“. An den Werten Freiheit und Gleichheit, so seine Hypothese, lassen sich alle größeren Varianten politischer Orientierung festmachen. Repräsentative theoretische Texte von E. Fromm, W.I. Lenin, A. Hitler und B. Goldwater wurden zur Darstellung von Sozialismus, Kommunismus, Faschismus und Kapitalismus ausgewählt und einer Inhaltsanalyse

unterzogen, die sich auf die Nennung der Werte Freiheit und Gleichheit bezogen. Die Zuordnung der politischen Ideologien zu dem zweidimensionalen, bipolaren Schema lässt sich wie folgt darstellen:

Abbildung T5: Wertequadrat



Quelle: Stiksrud, 1982, S. 40

KommunistInnen sind dem Inventar zufolge an hohen Gleichheits- und niedrigen Freiheitswerten orientiert. Faschisten bewerten sowohl Freiheit als auch Gleichheit niedrig. Eine hohe Bewertung von Freiheit und Gleichheit findet sich bei Sozialisten, Humanisten und liberalen Demokraten. Der Kapitalismus und die Gefolgschaft aus konservativen Parteien zeichnen sich durch ein hohes Maß an Freiheit und einem niedrigerem Maß an Gleichheit aus.

3.3.2. Erwartung x Wert-Theorie

Der Kern der Annahme dieser Theorien drückt sich in den Hypothesen aus, dass menschliches Handeln durch (1) subjektive Bewertungen von Handlungsergebnissen bzw. Handlungsfolgen und (2) subjektive Erwartungen darüber, dass einer bestimmten (intendierten) Handlung ein Ereignis folgt oder nicht folgt, beschrieben, erklärt und vorausgesagt werden kann. In diesem allen Erwartungs-Wert-Theorien gemeinsamen Grundmodell werden Valenzen (bezeichnet als subjektive Ziel-, Ereignis-, Ergebnis-, oder Folgebewertungen) und subjektive Erwartungen (bezeichnet als instrumentelle Überzeugungen, Instrumentalitäten, Erwartungen) als handlungssteuernde Variablen postuliert (Krampen, 2000).

Das zugrunde liegende Menschenbild ist teils rationalistisch, folgt aber auch dem Ansatz des subjektiven Rationalismus. Rationalistisch, da der Mensch als ein aktiv auf

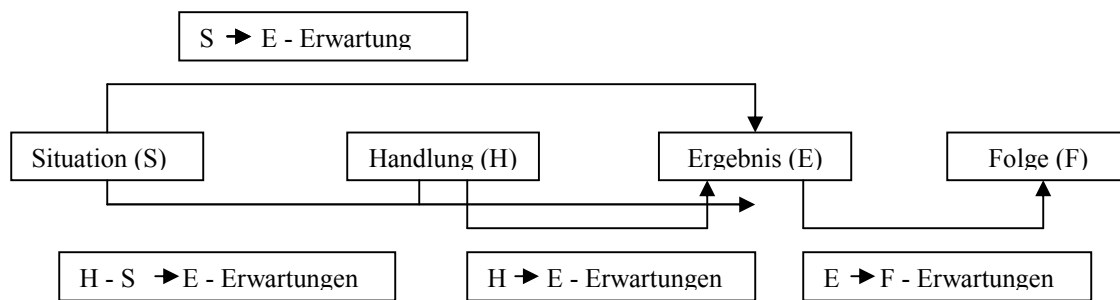
seine Umwelt einwirkendes, zukunftsbezogenes Individuum betrachtet wird, welches sich Ziele setzt, subjektiv rationalistisch, da Rücksicht auf die Beschränktheit seiner Kapazität zur Informationsaufnahme und -verarbeitung (im Sinne der „Bounded Rationality“; Dörenbach, 1982) genommen wird.

3.3.3. Instrumentalitätstheoretische Ansätze

Instrumentalitätstheoretische Ansätze gehören zur Familie der Erwartungs- Wert-Modelle, stellen aber eine Weiterentwicklung ebendieser dar. Die Valenz-Instrumentalitäts-Erwartungs-Theorie nach Vrooms (1964) bringt Differenzierungen von Handlungsergebnisse und Handlungsfolgen mit sich. Valenz ist die Bezeichnung für die subjektive Bewertung von Handlungsergebnissen oder Handlungsfolgen. Unter Instrumentalität versteht der Autor die Art der Verknüpfung zwischen Handlungsergebnissen und Folgen, also subjektive Annahmen darüber, ob und welche Ergebnisse zu welchen Folgen führen. Die Erwartungen betreffen die Ausführbarkeit von Handlungen. Das Modell ist in der Lage, die Stärke der Intention einer Handlung vorherzusagen.

Fishbein und Ajzen (1975) weiteten das Grundmodell um eine Modellkomponente aus, die die Variablen der subjektiven Bezugsgruppenwahrnehmung und der subjektiven Konformität zu den Bezugsgruppen umschließt. Diese sozialpsychologischen Aspekte sind bei der inhaltlichen Füllung von möglichen Handlungsfolgen oder –ergebnissen bedeutsam. So sollten beispielsweise „Anerkennung von Kollegen“ und „Beliebtheit bei Bezugsgruppen“ miteinbezogen werden.

Im erweiterten kognitiven Motivationsmodell von Heckhausen (1977) findet sich neben der Differenzierung zwischen Handlungsergebnissen und Handlungsfolgen auch noch die Berücksichtigung der Situation. Daraus ergibt sich nun auch auf Ebene der Erwartung die Unterscheidung zwischen Handlungs-Ergebnis-Erwartungen (bei Vroom: Erwartungen) und Ergebnis-Folge-Erwartungen (bei Vroom: Instrumentalitäten). Neu am Modell sind die Situations-Ergebnis-Erwartung, welche sich auf subjektive Annahmen der Eintrittswahrscheinlichkeit des Ergebnisses ohne eigenes Zutun bezieht, sowie die Handlungs-bei-Situations–Ergebniserwartung. Sie bezieht sich auf die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, mit der die Situation Kontingenz zwischen Handlung und Ergebnis herbeiführt.

Abbildung T6: Instrumentalitätstheoretisches Modell

Quelle: Kirchler und Rodler, 2001, S.46

Das Modell lässt Vorhersagen auf 4 Ebenen zu:

1. Die Ergebnisvalenz ergibt sich aus der Verknüpfung von Folgevalenzen und Ergebnis-Folge-Erwartungen („Valenzmodell“ bei Vroom), das heißt, die Verknüpfung der subjektiven Bewertung von Folgen und Erwartungshaltungen bezüglich dem Nach-sich-ziehen von Folgen bei gewissen Ergebnissen.
2. die Handlungsvalenz ergibt sich aus der Verknüpfung von Ergebnisvalenzen und Handlungs-Ergebnis-Erwartungen.
3. neu ist die Situationsvalenz, welche als Verknüpfung von Ergebnisvalenzen und Situations-Ergebnis-Erwartungen bezeichnet.
4. Die resultierende Handlungstendenz ergibt sich durch die Subtraktion der Situationsvalenz von der Handlungsvalenz.

Auch eine Reihe von person- und situationsspezifischer Determinanten des Motivationsprozesses, wie Kausalattribution, Bezugsnormorientierung, zeitspezifische Zielstrukturierung haben dazu geführt, dass sich das dargestellte Motivationsmodell im Bereich der Leistungsmotivationsforschung bewährt hat. Dennoch fehlen die von Bandura (1977) postulierten Selbstwirksamkeitsüberzeugungen. Krampen (2000) arbeitet diese über die Situations-Handlungs-Erwartung in sein Modell ein.

3.3.4. Handlungstheorie

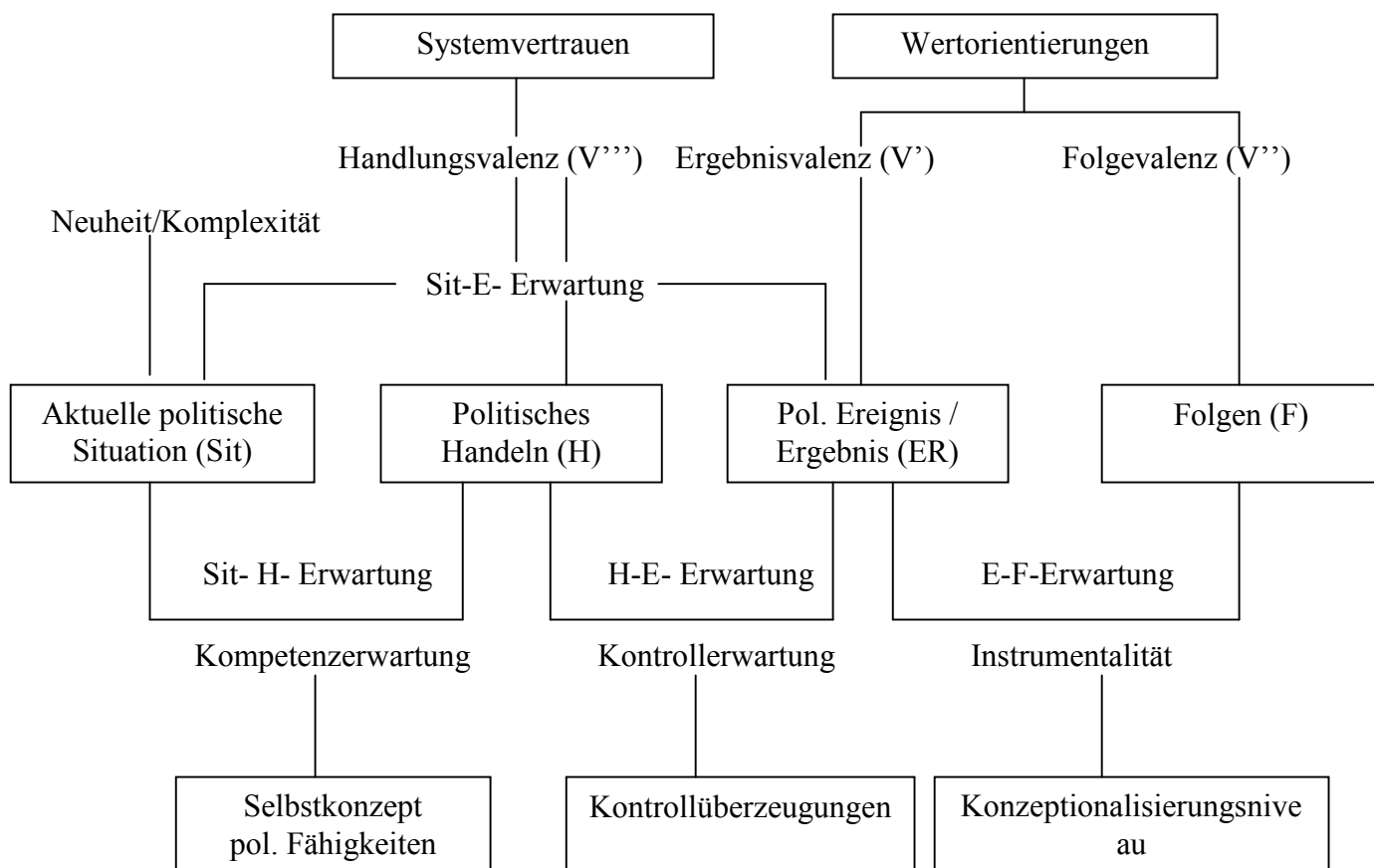
Herrmann (1982) betont die grundlegenden Gemeinsamkeiten handlungstheoretischer Ansätze. Dazu gehört die Annahme, dass das Handeln von Akteuren als der Teil des beobachtbaren Verhaltens interpretiert wird, der sich mit den Attributen wie zielgerichtet, erwartungsgesteuert, intentional, reflexiv etc. versehen lässt. Dem Handelnden wird die Fähigkeit zugeschrieben, dass er Situationen interpretiert, vorliegende Erfahrungen nutzt, bestimmte Ereignisse oder Zielzustände bewertet.

Dadurch werden Verhaltensweisen, die von den AkteurInnen nicht kontrollierbar sind (Reflexfähigkeit), ausgeschlossen.

3.3.5. Handlungstheoretisches Partialmodell von G. Krampen (2000)

Aufgrund mangelnder Integrationsversuche vorhergehender Autoren konzipierte Krampen (2000) ein sehr umfassendes Modell, welches sowohl fehlende Valenzen der Handlung selbst, als auch die Neuheit und Komplexität der Situation berücksichtigt. Ferner findet er über den Weg generalisierter Erwartungshaltungen Anschluss an die Persönlichkeitspsychologie mit den für die Theorie relevanten Konzepten. Abbildung T7 gibt einen Einblick in die teils recht komplexen Verflechtungen von Erwartungen, Valenzen und Formen von generalisierten Erwartungshaltungen.

Abbildung T7: Handlungstheoretisches Partialmodell der Persönlichkeit für politische Partizipation



Quelle: Krampen, 2000, S. 12

Das differenzierte Erwartungs-Wert-Modell postuliert folgende Basiskonzepte:

1. Situation-Ergebnis-Erwartungen (S) als die subjektiven Erwartungen eines Individuums, dass ein bestimmtes Ergebnis (ER) in einer gegebenen Situation (Sit) auftritt oder verhindert wird, ohne dass das Individuum aktiv wird und handelt.
2. Valenz der Folgen (V') als subjektive Bewertung der Folgen (F) von Handlungs- oder Situationsergebnissen (ER).
3. Ergebnis-Folge-Erwartungen/Instrumentalitäten (I) als subjektive Erwartungen darüber, dass bestimmten Ergebnissen (ER) bestimmte Konsequenzen (F) folgen.
4. Situations-Handlungs-Erwartungen (SK) als subjektive Erwartungen darüber, dass in der gegebenen Situation (Sit) der Person Handlungen (H), jedoch zumindest eine Handlung (H) – zur Verfügung stehen (Kompetenzerwartungen).
5. Handlungs-Ergebnis-Erwartungen (K) als subjektive Erwartungen darüber, dass auf eine Handlung (H) bestimmte Ergebnisse (ER) folgen oder nicht (Kontrollerwartung).
6. Neuheit und Komplexität der Situation (N) für das Individuum als die subjektive Strukturierung und Repräsentation der gegebenen Handlungssituation.
7. Valenz oder Wertigkeit der Tätigkeit selbst (V'') als subjektive Bewertung des Ausführungsteils einer Handlung.

Weiters lassen sich aus den sieben genannten Basiskonstrukten weitere Konstrukte direkt ableiten:

8. Valenz der Ergebnisse (V) als subjektive Bewertungen von Handlungs- oder Situationsergebnissen (ER). Entsprechend dem Valenzmodell Vrooms (1964) lässt sich das Konstrukt aus der Valenz der Folgen (V') und den Instrumentalitätserwartungen (I) ableiten: $V = \sum V' \times I$
9. Einfluss-Erwartungen E als subjektive Erwartungen darüber, den Eintritt /Nichteintritt eines Ergebnisses (ER) durch Handeln(H) beeinflussen zu können. Die multiplikative Verknüpfung von Kompetenzerwartungen(SK) und Kontrollerwartungen(K) ist bedeutsam für dieses Konstrukt:
 $E = \sum K \times SK$
10. Die Valenz einer Handlung (Vh) ist eine Funktion der subjektiven Situationsbewertungen durch Bezug auf (a) die Ergebnisvalenzen (V) und (b) die Einfluss-Erwartung (E):
 $V_h = (\sum V' \times I) \times (\sum K \times SK) = V''$
11. Die Valenz der Situation (Vsit) ist Funktion der subjektiven Situationsbewertung durch Bezug auf (a) die Ergebnisvalenzen (V) und (b) die Situations-Ergebnis-Erwartung (S), die sich auf den Auftritt bestimmter Ereignisse ohne eigenes Zutun beziehen. Formalisiert:
 $V_{sit} = \sum V \times S$
 $V_{sit} = \sum (\sum V' \times I) \times S$

12. Die in einer Situation (Sit) vorliegende Handlungstendenz (P) kann dann als Funktion von Handlungsvalenzen und Situationsvalenzen wie folgt dargestellt werden:

$$P = V_h - V_{sit}$$

$$P = \sum (V_h - V_{sit})$$

$$P = (\sum V_x E) - (\sum V_x S)$$

$$P = ((\sum V' \times I) \times (\sum K \times SK)) - (\sum (\sum V' \times I) \times S)$$

3.3.5.1. Bezug von Persönlichkeitskonstrukten zum differenzierten Erwartung x Wert-Modell.

Das differenzierte Erwartung x Wert-Modell bezieht sich in Beschreibung und Vorhersage menschlichen Handelns zunächst auf situationsspezifische Kognitionen. Von diesen ausgehend entwickelt Krampen (2000, S.122) ein hierarchisches Modell, in der sich eine zunehmende Generalisierung situationsspezifischer Kognitionen zu Erwartungshaltungen ausdrückt.

Ebene I wird durch die situationsspezifischen Erwartungshaltungen konstruiert, auf Ebene II finden sich situationsübergreifende, handlungsspezifische Erwartungen. Diese Erwartungshaltungen sind zwar situationsübergreifend stabil, jedoch beschränken Sie sich in diesem Beispiel auf den Bereich der Politik. Auf Ebene III finden sich dann situationsübergreifende und bereichsunspezifische Erwartungshaltungen wie Kontrollüberzeugungen oder das Selbstkonzept eigener Fähigkeiten als allgemeines Persönlichkeitskonstrukt. Ebene IV erweitert die Erwartungshaltungen um andere Persönlichkeitskonstrukte (z.B. „Neurotizismus“).

Bereits Rotter (1955, 1972) behandelt in seiner sozialen Lerntheorie das Ausbilden von Generalisierungen, die die Problemlösestrategien betreffen. Vor allem in neuen Handlungssituationen greifen Individuen auf gelernte Überzeugungen zurück, das Generalisierungslernen führt zu zeitlich und situativ relativ stabilen Variablen. Die Funktion des hierarchischen Modells besteht nach Krampen (2000) ebenfalls vor allem darin, dass:

nach dem differenzierten Erwartung x Wert- Modell der Vorhersagewert situationsspezifischer Variablen (Ebene I) mit der zunehmenden subjektiven Komplexität und/oder Neuheit einer Handlungssituation abnimmt. Bei Handlungsentscheidungen in subjektiv neuen und/oder ambiguiden Situationen, die kognitiv nicht gut strukturierbar und repräsentierbar sind, nimmt dagegen die prognostische Bedeutung generalisierter Erwartungen zu. (S.125)

Die für diese Studie operationalisierten Erwartungshaltungen gehören der Ebene der bereichsspezifischen Erwartungshaltungen an, die sich aufgrund der Komplexität der Handlungssituation anbietet. Das verwendete Vertrauen ins politische System-Konstrukt ist demnach die Generalisierung von Situations- Ergebnis- Erwartungen, das Selbstkonzept politischer Fähigkeiten die Generalisierung von Situations- Handlungs- Erwartungen und die politischen Kontrolltheorien die Generalisierung von Handlungs- Ergebnis-Erwartungen. Die nächst höhere Ebene der bereichsunspezifischen Erwartungshaltungen (Vertrauen, Selbstkonzept eigener Begabungen,...), ist für die Voraussage politischer Partizipation jedoch nicht mehr relevant.

3.3.5.2. *Vertrauen in die Politik.*

Vertrauen ist als Persönlichkeitskonstrukt konzipiert, welches aus einer Generalisierung von Situations-Ergebnis/Ereignis-Erwartungen über verschiedene Situationen und Zeitpunkte resultiert. Vertrauen steht für die Überzeugung, dass auch ohne eigenes Zutun in vielen Lebenssituationen subjektive angenehme positiv bewertete Ereignisse und/oder Folgen auftreten. Misstrauen kann durch mehrerlei Verknüpfungen entstehen, etwa, wenn mit oder ohne eigenes Zutun subjektiv unangenehme, negativ bewertete Ereignisse und/oder Folgen auftreten. Krampen (2000) kennzeichnet Misstrauen zusätzlich durch die Überzeugungen, dass Handeln in vielen Lebenssituationen notwendig ist, damit positiv Bewertetes auftritt, und dass man in vielen Situationen handeln muss, um negativ bewertete Folgen und/oder Ereignisse zu verhindern. Dadurch gelangt er zu folgendem bipolarem Klassifikationsschema:

Abbildung T8: Handlungstendenz resultierend aus Wertigkeit von Ereignissen und Vertrauen/Misstrauen

Handlungstendenz	subjektive Wertigkeit von Ereignissen	
	positiv	negativ
Nicht-Handeln	Vertrauen	Misstrauen
Handeln	Misstrauen	Misstrauen

Quelle: Krampen, 2000, S.99

Die empirischen Befunde zum Vertrauen ins politische System wurden bereits weiter oben ausführlich diskutiert (siehe Kapitel 3.2.1.2.).

3.3.5.3. *Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.*

Das Selbstkonzept eigener Fähigkeiten umfasst aus handlungstheoretischer Sicht zeitlich und situativ relativ stabile Einstellungen über das Ausmaß der zur Verfügung stehenden Handlungsalternativen. Bandura (1977) prägte den Begriff der Selbstwirksamkeit und bezeichnet damit das subjektive Erleben von Kompetenz bzw. fehlender Kompetenz in einer gegebenen Handlungssituation. Im politischen Kontext unterscheidet er zwischen zwei Arten von Selbstwirksamkeitserwartungen. Unter den persönlichen versteht er Überzeugungen, selbst einen Einfluss auf das politische Geschehen ausüben zu können, während er im zweiten Faktor Überzeugungen behandelt, die die Annahme betreffen, dass das soziale System fähig sei, individuelle Bedürfnisse zu befriedigen.

Im politischen Bereich bestätigen Untersuchungen von Marsh (1977) und Balch (1974) den positiven Einfluss politischer Selbstwirksamkeitsüberzeugungen auf Partizipation in diesem Feld. Aber auch schon bei Almond und Verba (1963) finden sich Annahmen über die Bedeutung des politischen Selbstkonzepts auf die Partizipationsbereitschaft.

3.3.5.4. *Kontrollüberzeugungen.*

Das von Rotter (1966) entwickelte Kontrollkonzept geht der Frage nach, ob Menschen die Ursachen für ihr Verhalten bzw. damit verknüpfte Ereignisse in sich selbst oder außerhalb ihrer eigenen Einflussmöglichkeiten lokalisieren, ob sie ihr Leben als von innen oder von außen bestimmt begreifen. Levenson (1972) unterschied im Gegensatz zu Rotter zusätzlich die fatalistischen Formen des Kontrollbewusstseins von der externalen Kontrollüberzeugungen. Hoff (1982) kritisierte am Konzept, dass interaktionistischen Verläufen zu wenig Raum gegeben wurde. Er verstand das „Locus of control“-Konzept als eine Fortsetzung des Paradigmenstreits der Persönlichkeitspsychologie, die internalen versus der externalen Kontrollzuschreibungen seien Spiegel der Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des behavioristischen Situationismus und des traitpsychologischen Personalismus. Er erweiterte die Kontrollideologien um ein interaktionistisches Bewusstsein, in welchem sich das Individuum in einem dialektischen Prozess mit der Umwelt versteht, somit gleichzeitig ständig durch die Umwelt bestimmt ist, andererseits diese von Individuen durch aktives, zielgerichtetes Handeln verändert wird.

Levenson (1974) stellte keinen Zusammenhang zwischen externalen

Kontrollüberzeugungen mit Glauben an den Einfluss mächtiger Anderer und politischem Engagement fest. Doch wiesen politisch passive Probanden höhere Werte im fatalistisch bedingten Externalitätswert auf als aktive Personen.

Preiser (1982) untersuchte den Zusammenhang zwischen politischen Kontrollüberzeugungen und politischem Engagement. Dabei fand sich eine positive Korrelation zwischen externalen Kontrollüberzeugungen und dem Engagement. Das Korrelat begründet er damit, dass Menschen, die an den Einfluss gesellschaftlicher Bedingungen auf die Qualität des eigenen Lebens glauben, durch politische Partizipation positiven Einfluss auf ebendiese Bedingungen nehmen können.

3.3.5.5. Empirische Ergebnisse für bereichsspezifische Persönlichkeitsvariablen.

In einer Studie von Krampen (1988) wurde der Vorhersagewert bereichsspezifisch politischer Persönlichkeitsvariablen für die Häufigkeit politischer Aktivitäten von Jugendlichen erhoben. Das statistisch signifikante Gesamtmodell klärte mit seinen Prädiktoren 27% der Kriteriumsvarianz auf. Dabei trugen vor allem das Selbstkonzept eigener politischer Fähigkeiten, das politische Wissen, die (auf politisches Handeln bezogene) Internalität und der geringe politische Fatalismus in bedeutsamer Weise zur Prognose der politischen Aktivität im Längsschnitt bei. Die systembezogenen Variablen des Vertrauens und der Zufriedenheit waren für die Vorhersage nicht relevant.

Tabelle T1: Zeitverschobene multiple Regression der 1987 erfassten politischen Handlungsorientierungen auf die 1988 erfasste Häufigkeit politischer Aktivitäten im Alltag (N=139)

Prädiktor (1987)	politische Aktivität (Tipp-H, 1988)		
	ra	beta	Strukt.
Selbstkonzept politischer Fähigkeiten (SKP)	.42**	.24	.79
Politische Internalität (IPC-I)	.28**	.11*	.53
Politische sozial bedingte Externalität (IPC-P)	-.12	.02	-.23
Politischer Fatalismus (IPC-C)	-.25**	-.13	-.47
Politisches Wissen (WIS-G)	.32**	.09	.60
Vertrauen in die Politik (VERT)	-.03	-.01	-.06
Politische Zufriedenheit (ZUF)	-.03	-.04	-.06
**p<.01, *p<.05,			
ra = Prädiktor- Kriteriums- Korrelation, beta= Beta- Gewicht, Strukt. = Regressions- Faktor-Struktur- Koeffizient			

Quelle: Krampen 1988, S. 335

Aufgrund des gegebenen Vorhersagewerts der bereichsspezifischen Erwartungshaltungen werden die Prädiktoren auch als mögliche Determinanten in meine Studie aufgenommen. Analog zum Vorgehen Krampens (1988) wird im empirischen Teil auf die Erhebung der Valenzen verzichtet.

4. In Erklärungsmodellen politischer Partizipation unberücksichtigte Determinanten

Wenngleich die vorgestellten Partizipationsmodelle eine Fülle von zu untersuchenden Determinanten liefern, soll in dieser Studie noch im Besonderen auf bisher wenig beachtete Einflussfaktoren eingegangen werden. Zum einen wird der Einfluss von Glauben an eine gerechte Welt und die Rechtfertigung von Ungleichheit berücksichtigt. Wenngleich Krampen in seinen empirischen Arbeiten das Konstrukt des Gerechte-Welt-Glaubens nicht verwendet, findet es Erwähnung als mögliche Determinante (Krampen, 2000). Dass ortsbezogene Identität potentiellen Einfluss auf Beteiligungsprozesse an der lokalen Agenda 21 haben dürfte, ist nicht nur intuitiv nahe liegend, sondern auch logisch zwingend, da sie den bereits mehrmals erwähnten Faktor der persönlichen Betroffenheit potenziert.

4.1. Glaube an eine gerechte Welt und Rechtfertigung von Ungleichheit

Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung mit dem Glauben an eine gerechte Welt bildete eine Studie von Lerner und Simmons (1966). Die Probanden wurden mit einem leidenden Opfer konfrontiert, welchem geringe oder keine Selbstverschuldung an seinem Leiden zuzuschreiben war. Unter diesen Bedingungen entschädigten die Probanden das Opfer, handelten also mit Mitgefühl. Ließ sich die Situation, unter welcher das Opfer litt, nicht beenden, kam es zu einer Abwertung des Charakters der Betroffenen. Beide Reaktionen wurden von den Autoren als Ergebnis einer Auseinandersetzung mit Gerechtigkeitsvorstellungen interpretiert. Sie nahmen an, dass die Menschen den Glauben daran bräuchten, dass die Welt ein gerechter Ort ist, in dem Individuen bekommen, was sie verdienen. Zur Erhaltung des Glaubens an eine gerechte Welt formulierte Lerner (1980) neun Hauptstrategien, die er in rationale, non-rationale und protektive Strategien unterteilte.

Zu den zwei rationalen Strategien zählte er Prävention und Entschädigung, also ein Handeln mit dem Ziel, Ungerechtigkeiten vorbeugend zu vermeiden und Gerechtigkeit in ungerechten Situationen wiederherzustellen. Dies kann durch die Entschädigung der

Opfer als auch dadurch geschehen, dass Prioritäten gesetzt werden, wem zu welchem Zeitpunkt geholfen werden soll. Rationalität wird diesen Strategien insofern unterstellt, als dass sie die Präsenz von Ungerechtigkeit akzeptieren.

Zu den vier non-rationale Strategien zählen die Weigerung, die Präsenz von Ungerechtigkeit zu akzeptieren sowie drei Wege, ein Erleben von Ungerechtigkeit umzuinterpretieren. Eine Möglichkeit bietet sich durch das Uminterpretieren der Ursache (z.B. Selbstverschuldungsvorwürfe, eine Neuinterpretation des Charakters der Opfer, Abwertung des Charakters von Opfern). Weiters möglich ist die Aufwertung von Menschen, die von Ungerechtigkeiten profitieren sowie eine Re-Interpretation der Folgen der Ungerechtigkeit (z.B. Leiden als Charakterstärkung).

Den protektiven Strategien zugezählt wird der Glaube an eine ultimative Gerechtigkeit, stehend für den Glauben daran, dass sich Ausgleich und Entlohnung oft erst spät im Leben oder erst danach einstellen. Manche Menschen retten sich auch in den Glauben an die Koexistenz mehrerer Welten, wobei auftretende Ungerechtigkeiten anderen Sphären der Existenz zugeschrieben werden.

Als „penultimate defense“ bezeichnet Lerner zuletzt, wenn Menschen für sich und andere vorgeben, an keine gerechte Welt zu glauben. Dadurch wäre garantiert, dass zumindest keine unangenehme Bedrohung eines Glaubens an eine gerechte Welt auftreten kann.

4.1.1. Funktionen des Glaubens an eine gerechte Welt

Bereits in frühen Schriften von Lerner (1977) taucht der Begriff des persönlichen Vertrags im Zusammenhang mit der Funktion des Gerechte-Welt-Glaubens auf. Dessen primäre Funktion sei es, den Individuen zu ermöglichen, entsprechend gesellschaftlichen Regeln für Verdienste in Langzeitziele zu investieren. Nur im Vertrauen auf eine gerechte Welt lässt sich demnach gewährleisten, auch die erwarteten Belohnungen zu erhalten. Zwei Studien von Hafer (2000) konnten diese Hypothese belegen. Personen, die stark in Langzeitziele investierten, neigten laut dieser Studie eher dazu, ein unschuldiges Opfer, dessen Situation via Video gezeigt wurde, abzuwerten, indem sie dessen Charakter schlecht bewerten als solche, die nur wenig Sorge um Langzeitziele trugen. Partizipierende, die höher auf einer Delinquenzskala rangierten, d.h. ihre Ziele als nicht nur gesellschaftlich akzeptiert erreichen wollten, zeigten ebenfalls weniger Engagement, um den bedrohten Gerechte-Welt-Glauben zu erhalten, als PartizipantInnen ohne Neigungen zu unehrlichem und unfairem Verhalten. Personen

mit solchen Neigungen zeigten eine geringere Tendenz, das Opfer für sein Schicksal verantwortlich zu machen und distanzierten sich auch weniger von ihm. Die Hypothese, dass das Ergreifen von Strategien zur Aufrechterhaltung des Gerechte-Welt-Glaubens bei dessen Bedrohung stärker ausgeprägt ist, wenn Langzeitziele gerade im Bewusstsein präsent sind, konnte ebenfalls belegt werden. Versuchspersonen, die zur Aufgabe hatten, einen Aufsatz über ihre Langzeitziele und deren Erreichen durch faires und ehrliches Verhalten zu schreiben, neigten eher dazu, Opfer zu beschuldigen und ihren Charakter negativ zu bewerten. Versuchspersonen unter den anderen beiden Bedingungen, in welchen Aufsätze über das Erreichen von Zielen durch unehrliches und unfaires Verhalten bzw. Themen, die nichts mit Langzeitzielen zu tun hatten, geschrieben wurden, beschuldigten die Opfer weniger und werteten auch ihren Charakter weniger ab. Abseits der ursprünglichen Konzeption von Lerner postuliert Dalbert (2002) in unfairen Lebenssituationen eine Pufferfunktion gegen Wut, die zu Wohlbefinden führt.

4.1.2. Immanenter und ultimativer Glaube an eine gerechte Welt

Eine der in der ursprünglichen Theorie von Lerner enthaltenen Möglichkeiten, den Glauben an eine gerechte Welt aufrechtzuerhalten, wird in der Differenzierung von immanentem und ultimativem Gerechtigkeitsglauben beschrieben. Als Beispiel für immanente Gerechtigkeitsvorstellungen führt Maes (1998) Sichtweisen von Kindern an, die Ereignisse als direkte und gerechte Entgeltung für vergangene Taten sehen. Anhaltende Ungerechtigkeiten können dem Autor zufolge aber auch besser ertragen werden, wenn zukünftige Ereignisse für alle auftretenden Ungerechtigkeiten entlohnend. Dabei ist die zeitliche Limitation unbegrenzt, selbst über den Tod hinaus kann der Mensch das erhalten, was er verdient. Beispiele für Überzeugungen beider Arten finden sich auch zahlreich in den kulturellen Ursprüngen der jüdisch-christlichen Gemeinde (Kushner, 2004). In seiner Studie konnte Maes (1998) belegen, dass Personen, welche an immanente Gerechtigkeit glauben, signifikant öfter Krebskranken Verantwortung für ihr Leiden zuschreiben, als Personen, die an Formen ultimativer Gerechtigkeit glauben. Der Glaube an immanente Gerechtigkeit führte auch zu einer schlechteren Bewertung der Opfer, zu geringerer Befürwortung des Ausbaus von Gesundheitsservices und zu geringeren Abgaben freiwilliger Spenden.

4.1.3. Der Glaube an eine gerechte Welt und politisches Engagement

Preiser (2003) beschäftigt sich mit Prozessen der Entsolidarisierung und Ideologien der Ungleichheit im Zusammenhang mit dem Glauben an die gerechte Welt. Mittels eines Fragebogens erhob der Autor Skalen in Bezug auf den allgemeinen Glauben an eine gerechte Welt, das Selbstkonzept eigener politischer Fähigkeiten (SKP), Bereitschaft zu politischem und sozialem Engagement sowie tatsächliches Engagement, außerdem politisches Interesse und Rechtfertigung von Ungleichheit. Der Gerechte-Welt-Glaube (GWG) allein zeigte hier leicht gegenläufige Tendenzen zu politischem und sozialem Engagement. Die Rechtfertigung von Ungleichheit und soziales und politisches Engagement stehen in einer gegenläufigen Beziehung.

Personen mit hohem Gerechte-Welt-Glauben-Score wurden unterteilt in solche, die hohe bzw. niedrige SKP-Ausprägungen aufwiesen. Das Selbstkonzept eigener politischer Fähigkeiten war nicht in der Lage, den Gerechten-Welt-Glauben in ein Motiv für Gerechtigkeit förderndes Engagement zu verwandeln, ebenso wenig vermeidet es die Rechtfertigung von Ungleichheit. Die Wahrnehmung von Ungleichheit, beispielsweise bei Behinderten, Arbeitslosen, Menschen in wirtschaftlicher Not, EinwanderInnen, Frauen und Menschen in Entwicklungsländern, bleibt weiter Bedrohung für einen Gerechten Welt Glauben. Preiser (2003) vermutet, dass Ideologien der Ungleichheit, Hauptkennzeichen der alten und der „Neuen Rechten“ - aus diesem Grund auch bei gebildeten Menschen Zuwachs finden.

Zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang die fehlende Differenzierung des Autors zwischen immanenten und ultimativen Gerechtigkeitsvorstellungen. Dass der Glaube an eine gerechte Welt als Präferenz von rechten und konservativen Parteien gebunden ist, belegen auch Maes, Schmitt und Seiler (2000) anhand von Studien in den USA, Deutschland und Großbritannien. Mit dem Bedürfnis nach „law and order“, Kontinuität, Stabilität und Vorhersagbarkeit begründet Schmitt (1998) den Zusammenhang mit diesen Präferenzen. Mit zunehmendem Gerechte-Welt-Glauben verstärkte sich auch die Tendenz zur Abwertung Benachteiligter, zur Rechtfertigung eigener Privilegien, sowie zu Selbstverschuldungsvorwürfen (Dalbert, Montada & Schmitt, 1987).

Wenngleich ein Großteil der Untersuchungen im Zusammenhang mit einem hohen Glauben an die gerechte Welt von gleichzeitiger Abwertung und Beschuldigung der Opfer berichten, beschäftigten sich Mohiyeddini und Montada (1998) mit Studien, in welchen Opfer nicht abgewertet wurden. Der Gerechte-Welt-Glaube wurde variiert, um mögliche Gründe für dieses Verhalten aufzudecken. Zwei Konzepte wurden im

Vorfeld erarbeitet. Zunächst wurde erlebte Selbstwirksamkeit, um Gerechtigkeit in die Welt zu bringen, operationalisiert. Die Überzeugung, Ungerechtigkeiten korrigieren oder zumindest reduzieren zu können, wäre eine Vorbedingung, um eine gerechte Welt als operatives Ziel zu haben. Solche Überzeugungen können Voraussetzung sein für die Aufwertung von Opfern oder das Zeigen von Sympathie als Mittel zur Kompensation der Ungerechtigkeit. Tatkräftige Unterstützung sowie die Anforderung von politischen Hilfestellungen sind dabei ebenfalls denkbar. Das Konstrukt wird als unabhängig vom Glauben an eine gerechte Welt betrachtet, da Menschen durchaus die gegenwärtige Situation als ungerecht empfinden können und dennoch glauben, wirksam zu einer gerechteren Welt beitragen zu können. Im zweiten Konzept, der Hoffnung auf eine gerechte Welt, finden sich Analogien zum Glauben an ultimative Gerechtigkeit. Wenngleich die derzeitige Welt nicht als gerecht betrachtet werden muss, hofft man auf eine Besserung in der Zukunft. Das Konstrukt schließt den Glauben an immanente Gerechtigkeit allerdings nicht aus.

Tatsächlich konnte in der von Montada und Mohiyeddini (1998) durchgeführten Studie für alle Ausprägungsgrade des Gerechte-Welt-Glaubens ein moderierender Effekt der gerechte-Welt-spezifischen Selbstwirksamkeit in Bezug auf die Hilfsbereitschaft festgestellt werden. Hohe Selbstwirksamkeitsüberzeugungen erhöhten die Hilfsbereitschaft sowohl bei Personen mit geringem als auch mit hohem Gerechte-Welt-Glauben und waren der einzige Prädiktor für Hilfsbereitschaft ($r=.23$). Gerechte-Welt-Glauben wiederum war der einzige Prädiktor für Selbstverschuldungsvorwürfe ($r=.25$). Große Hoffnung auf eine gerechte Welt diente als einziger Prädiktor zur Voraussage von Sympathie für die Opfer. Überraschend ist das Ergebnis des Zusammenhangs mit tatsächlichem Engagement in politischen und sozialen Organisationen: Selbstwirksamkeit weist eine positive Korrelation von .41 auf, während Hoffnung auf eine gerechte Welt einen negativen Zusammenhang mit Partizipation hat ($-.34$).

4.2. Ortsbezogene Identität

Die Forschungsergebnisse zur ortbezogenen Identität sind sehr heterogen. Zum einen verwenden die diversen AutorInnen einen unscharfen Begriff von „Ort“. Nicht nur das Haus, die Wohnung oder die Nachbarschaft, auch die Bindung an die räumliche Umwelt spielt eine Rolle in der Begriffsbildung, da diejenigen Orte im Vordergrund stehen, welche für die Person direkt erlebbar und subjektiv bedeutsam sind. Die theoretischen Fundierungen fallen ebenfalls sehr unterschiedlich aus. In dieser Arbeit wird der Begriff ortsbezogene Identität für die Identifizierung mit einem Ort verwendet, in welcher der Bezug der Person zum Ort im Vordergrund steht. Die Bezeichnung „lokale Identität“, wie sie von Göschel und Lettko (1984) verwendet wird, bezieht sich hingegen auf die Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit eines Ortes und wird hier nicht näher behandelt. Für Proshansky, Fabian & Kaminoff (1983) ist Ortsidentität „a cognitive sub-structure of self-identity (that) consists of an endless variety of cognitions related to the past, present, and anticipated physical settings that define and circumscribe the day-to-day existence of the person“ (S.62). Das Individuum erwirbt also Kognitionen durch die Auseinandersetzung mit seiner Umwelt und wandelt Erfahrungen in Erinnerungen, Interpretationen und Vorstellungen um. Wenngleich der kognitive Aspekt in dieser Definition überwiegt, findet auch der emotionale Aspekt Eingang in die Theorie. Gegenstands- oder ortsbezogene Gefühle werden ebenso berücksichtigt wie „place-belongingness“ (Proshansky et al., 1983, S.76) als Ergebnis überwiegend positiv bewerteter Kognitionen.

Lalli (1989) systematisierte die theoretischen Wurzeln der Ortsidentitätsforschung. Dabei differenziert er zwischen einer soziologischen, einer kognitiven, einer phänomenologischen, und einer sozialpsychologischen Perspektive.

Aus der soziologischen Perspektive führte Durkheim (1893, zitiert nach Lalli, 1989) das Konstrukt des sozialen bzw. soziologischen Raums ein. Die soziale Stellung der Person im Geflecht von sozialen Beziehungen, Gruppen und verschiedenen sozialen Strukturen - kurz subjektive und soziologische Dimensionen - stand zunächst im Vordergrund. Chombart de Lauwe (1956, zitiert nach Lalli, 1989) fügte dem eine objektiv-physikalische Ebene hinzu. Treinen (1965) verstand Ortsbezogenheit als Ergebnis eines Symbolisierungsprozesses, entstanden durch die Assoziation von sozialen Handlungen mit situativen Merkmalen. In der ebenfalls zu dieser Strömung zählenden Stadtsoziologie fand die Zivilisationskritik Eingang. Das negative Bild der Stadt, in der sich Bewohner kalt, distanziert und rational verhalten (Simmel, 1903, zitiert nach Lalli,

1989), wurde erst spät relativiert („Neue Urbanität“, vgl. Häußermann und Siebel, 1987).

In der kognitiven Theorierichtung, die sich kaum mit der Thematik auseinandersetzte, beschränkte sich das Interesse auf die kognitive Repräsentation des Raumes und kognitive Landkarten (Downs & Stevens, 1973). Die Verarbeitung von Informationen über Umwelten, z.B. in Städten, Gebäuden oder Gebäudekomplexen und die Orientierungsprozesse stehen im Vordergrund. Die emotionale und soziale Komponente findet keinen Eingang.

Aus Sicht der Phänomenologie steht die subjektive Erfahrung der Lebenswelt im Vordergrund. Die Analyse der Lebenswelt gibt Aufschluss über emotionale, kognitive oder behaviorale Bedeutungen von Dingen, Umwelten oder Personen. Die Person-Umwelt-Beziehung versteht sich als eine Wirklichkeit als Teil persönlicher Erfahrung, die zwischen dem Menschen und der Realität vermittelt (Graumann, 1988).

Die theoretischen Wurzeln der sozialpsychologischen Perspektive liegen im symbolischen Interaktionismus und in den kognitiven Selbstkonzepttheorien (James, 1890, zitiert nach Lalli, 1989) Ein sozialer Differenzierungsprozess, der Personen befähigt, zwischen sich, der Außenwelt und anderen Personen zu unterscheiden, trägt zur Entstehung des Selbst bei. Auch Gegenstände und Orte können Bedeutung besitzen, die von anderen Interaktionspartnern geteilt werden. Dadurch ist ihre Bedeutung intersubjektiv (Wilson, 1980), soziale und kulturelle Werte, Regeln und Erwartungen aber auch persönliche Erfahrungen werden dazu gezählt.

Ortsidentität kann als Teil der Selbstidentität aufgefasst werden, welche spezifische und bewusste Überzeugungen, Interpretationen und Bewertungen über die eigene Person umfasst. Einschränkend sei erwähnt, dass die Rolle der räumlichen Umwelt für die Identität vergleichsweise gering einzustufen ist (Haußer, 1983).

4.2.1. Entstehung von ortsbezogener Identität

Der Entstehung von Ortsidentität liegen mehrere Faktoren zugrunde. Der Geburtsort beispielsweise spielt eine Rolle, allerdings nur, wenn in selbigen ein über die Jugendzeit hinausgehender Lebensabschnitt verbracht wurde (Treinen, 1965). Mit zunehmender Wohndauer wird die Bindung an die räumliche und soziale Umgebung ebenfalls stärker (Becker & Keim, 1973). Bahrdt (1971) reiht auch noch die Unverwechselbarkeit einer Stadt an, welche durch langjährige Erfahrung zur eigenen wird. Sozialbeziehungen sind für die ortsbezogene Identität ebenfalls von Bedeutung. So hat die Anzahl der Freunde Relevanz für die emotionale Bindung an einen Ort, besonders in unteren sozialen Schichten ist die Angewiesenheit auf soziale Kontakte in näherer Umgebung ausgeprägt. Thum (1981) konnte aber eine Tendenz zu neuen Beziehungsmustern belegen, in der eine gewisse räumliche Distanz mit Freiheit von allzu engen Sozialkontakten assoziiert wird.

4.2.2. Funktionen von ortsbezogener Identität

Auf der personalen Ebene beschreiben Proshansky, Fabian & Kaminoff (1983) mehrere Funktionen. Zunächst lässt ortsbezogene Identität das Individuum eine stabile Umwelt wahrnehmen, in der sich die Erfahrung von Kontinuität von Orten und Räumen ebenso wie eine kontinuierliche Wahrnehmung der Person ergibt. In ihrer Ausdrucksfunktion dient ortsbezogene Identität als Kanal für affektive und ästhetische Präferenzen. Die wahrgenommenen Möglichkeiten zur Einflussnahme in Veränderungen der Umgebungen sind für das Individuum wichtig, um eine optimale Raumaufteilung zu gewährleisten. In ihrer defensiven Funktion schließlich vermittelt die Ortsidentität durch Kognitionen Sicherheit vor Gefahren und Bedrohungen der Umwelt.

4.3. Geschlechtszugehörigkeit

Zu einer ausführlichen Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Unterschieden im politischen Engagement entwarf Hoecker 1987 in ihrer Studie ein Erklärungsmodell zur Nutzung von Partizipationschancen. Sie erarbeitete folgende Postulate: Erstens können Frauen aufgrund gesellschaftlicher Ungleichheiten die für eine politische Karriere erforderliche höhere berufliche Position nicht vorweisen. Zweitens haben sie aufgrund von höherer Belastungen seitens der Aufgabenstellung in der Familie nicht ausreichend Zeit für den Aufstieg. Drittens erhalten sie innerhalb der Parteien von den vorwiegend männlichen Kollegen nicht genügend Unterstützung.

In ihren späteren Veröffentlichungen (Hoecker, 1998) operiert die Autorin mit dem Erklärungsansatz der „politischen Kultur“. Relevant dabei erscheint ihr die politische Kultur bezüglich der dominanten Einstellungen gegenüber der Rolle von Frauen in der Gesellschaft, sowie im politischen Leben. So stimmten in Deutschland 1987 im Euro-Barometer 33,8 % der Befragten der Aussage zu, dass „Politik eher Sache der Männer sei“ (Hoecker, 1998, S.387). Während Frauen im konventionellen Bereich unterrepräsentiert sind, engagieren sie sich annähernd gleich viel im unkonventionellen Bereich. Lippert (2002) konnte ebenfalls belegen, dass geschlechtsspezifische Unterschiede bei unkonventionellen politischen Partizipationsformen wie Unterschriftensammeln, Teilnahme an legalen Demonstrationen oder Mitarbeit in Bürgerinitiativen im Vergleich zu jenen von konventionellen Beteiligungsformen relativ gering ausgeprägt sind. Kaase (1997, S.447) schreibt darüber: „Frauen haben sich in der gegenwärtigen historischen Periode offenbar für die Sicht entschieden, dass ihre Mitwirkungschancen im konventionellen Bereich so blockiert wird, dass sich politisches Engagement – wenn überhaupt – eher im unkonventionellen Raum lohnt“. Für das hohe Engagement von Frauen sieht Hoecker (1998) mehrere mögliche Erklärungen. So stelle eine unkonventionelle Beteiligung für Frauen die traditionelle Handlungsform dar, da sie von der konventionellen Beteiligungsform ausgeschlossen wären. Weiters ginge von konkreten, lebensnahen Themen mit unmittelbarem Bezug auf das alltägliche Leben eine große Anziehung auf Frauen aus. Diese begründe sich aufgrund ihrer Sozialisation, sich eher für konkrete Probleme einzusetzen, als die in der konventionellen Politik abstrakte Ziele zu verfolgen. Die geringere Ressourcenausstattung von Frauen wird ebenfalls als Erklärung herangezogen. So kämen Organisationsformen unkonventioneller politischer Aktivitäten dem Alltag vieler Frauen eher entgegen: Der Einklang mit Ansprüchen aus Familie und Beruf sei wegen größerer Flexibilität und Spontaneität eher möglich.

II. Empirischer Teil

Der empirische Teil gliedert sich in sieben Kapitel. Zu Beginn werden Fragestellungen und Hypothesen erörtert, welche auf den Grundlagen des vorangegangenen Theorieteils basieren. Danach wird das Material vorgestellt, die Methode beschrieben und die Vorgehensweise erläutert. Außerdem werden Verfahren zur inferenzstatistischen Hypothesenprüfung und zur Analyse der Skalen vorgestellt. Die Skalen werden in weiterer Folge dargestellt und analysiert. Den zentralen Teil der Studie bildet die Präsentation der Ergebnisse. Diese gliedert sich in die Darstellung der Stichprobe, die Ergebnisse bezüglich der generalisierten Erwartungshaltungen, der Modalitäten des Gerechte Welt Glaubens und der Rechtfertigung von Ungleichheit, der Umweltdeterminante der ortsbezogenen Identität und der Vereinsbeteiligung. Den Abschluss bildet die Interpretation und Diskussion sowie die Zusammenfassung.

5. Fragestellungen und Hypothesen

Die vorliegende empirische Untersuchung beschäftigt sich mit Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten, welche im Zusammenhang mit der Beteiligung an Agenda 21 Prozessen und der Intensität der Beteiligung stehen. Für die festgesetzten Determinanten werden jeweils deren Ausprägungen zwischen den beiden Versuchsgruppen der lokalen Agenda 21 und der Kontrollgruppen ermittelt. Des Weiteren werden auch die Ausprägungen hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Geschlechtern analysiert. Angelehnt an die Untersuchung von Krampen (1988) werden zunächst die Gruppen- und Geschlechterausprägungen bezüglich der generalisierten Erwartungshaltungen (Krampen, 2000) unter die Lupe genommen. Die zweite potentielle Determinantengruppe stellen Modalitäten des Glaubens an eine gerechte Welt, sowie die Rechtfertigung von Ungleichheit dar. Da die Anzahl und Art der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens erst durch die Faktorenanalyse des der Skala zugrunde liegenden Fragebogens geklärt werden muss, kann an dieser Stelle nur eine recht globale Hypothese zur Überprüfung herangezogen werden. Zudem wird als dritter Schritt ortsbezogene Identität als potentieller Umweltfaktor berücksichtigt. Die vierte Fragestellung betrifft die Ausprägungen in Gruppen und Geschlechtern bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft. Zum Abschluss werden dann die Determinanten auf ihre Vorhersagekraft für die Agenda 21 Teilnahme, für die Teilnahmebereitschaft und die Intensität der Beteiligung geprüft.

Die Generierung der durch den empirischen Teil gewonnenen Hypothesen erfolgte anhand folgender Leitfragen:

A) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Ausprägungen der generalisierten Erwartungshaltungen?

A1) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Ausprägungen des Selbstkonzepts politischer Fähigkeiten? (H1,H2)

H10: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich dem Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.

H11: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich dem Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.

H20: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich dem Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.

H21: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich dem Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.

A2) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Ausprägungen der internalen politischen Kontrollüberzeugungen? (H3, H4)

H30: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich den internalen politischen Kontrollüberzeugungen.

H31: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich den internalen politischen Kontrollüberzeugungen.

H40: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich den internalen politischen Kontrollüberzeugungen.

H41: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich den internalen politischen Kontrollüberzeugungen.

A3) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Ausprägungen der externalen politischen Kontrollüberzeugungen? (H5, H6)

H50: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich den externalen politischen Kontrollüberzeugungen.

H51: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich den externalen politischen

Kontrollüberzeugungen.

H60: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich den externalen politischen Kontrollüberzeugungen.

H61: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich den externalen politischen Kontrollüberzeugungen.

A4) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Ausprägungen der fatalistischen politischen Kontrollüberzeugungen? (H7, H8)

H70: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der fatalistischen Kontrollüberzeugungen.

H71: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der fatalistischen Kontrollüberzeugungen.

H80: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der fatalistischen Kontrollüberzeugungen.

H81: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der fatalistischen Kontrollüberzeugungen.

A5) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Ausprägungen des Vertrauens in die Politik? (H9, H10)

H90: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich des Vertrauens in die Politik.

H91: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich des Vertrauens in die Politik.

H100: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich des Vertrauens in die Politik.

H101: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich des Vertrauens in die Politik.

B) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens und der Rechtfertigung von Ungleichheit? (H11-H14)

H110: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

H111: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

H120: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

H121: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

H130: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der Rechtfertigung von Ungleichheit.

H131: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Rechtfertigung von Ungleichheit.

H140: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der Rechtfertigung von Ungleichheit.

H141: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Rechtfertigung von Ungleichheit.

C) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Umweltdeterminanten? (H15, H16)

H150: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der ortsbezogenen Identität.

H151: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der ortsbezogenen Identität.

H160: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der ortsbezogenen Identität.

H161: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der ortsbezogenen Identität.

D) Gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen und den Geschlechtern hinsichtlich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft? (H17, H18)

H170: Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft.

H171: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft.

H180: Die Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft.

H181: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft.

E) Gibt es ein Gesamtmodell, das die Agenda 21 Teilnahme, die Teilnahmebereitschaft und die Intensität der Teilnahme voraussagen kann? (H19-H21)

H190: Die erhobenen Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können Agenda 21 Teilnahme nicht voraussagen.

H191: Die erhobenen Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können Agenda 21 Teilnahme voraussagen.

H200: Die erhobenen Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können Teilnahmebereitschaft nicht voraussagen.

H201: Die erhobenen Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können Teilnahmebereitschaft voraussagen.

H210: Die erhobenen Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können die Intensität der Teilnahme nicht voraussagen.

H211: Die erhobenen Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können die Intensität der Teilnahme voraussagen.

6. Durchführung

In der vorliegenden Untersuchung wurde die Methode der schriftlichen Befragung nach Bortz&Döring (2002). Dabei wurden einige Variationen der Fragebogenvorgabe genutzt. Neben der persönlichen Kontaktaufnahme, die bezüglich der beantworteten Bögen in 56 % der Fälle zum Einsatz kam, wurde der Fragebogen per e-mail (23%) und per Post (17%) versendet.

Die genaue Beschreibung des Erhebungsinstrumentes mit seinen Skalen ist Inhalt dieses Kapitels. In weiterer Folge wird das Augenmerk auf die Vorgehensweise bezüglich der Fragebogentestung gelegt. Die Stichprobe wird außerdem in Bezug auf deskriptive Merkmale und der Vergleichbarkeit der Kontrollgruppe mit den beiden Versuchsgruppen analysiert.

6.1. Beschreibung des Erhebungsinstrumentes

Nach einer kurzen Erläuterung des Zwecks und der Rahmenbedingungen der Studie, sowie der ausdrücklichen Bitte um das Ausfüllen des gesamten Fragebogens finden sich allgemeine Hinweise zur Beantwortung der Fragen. Der nächste Abschnitt beinhaltet Fragen zur Person, großteils Angaben zu soziodemographischen Variablen wie Alter, Geschlecht, Schulbildung, Einkommen usw. aber auch die Frage nach der Mitgliedschaft in Vereinen und der etwaigen Mitgliedsdauer in Jahren. Im Anschluss daran folgen sechs Skalen zur Erhebung folgender Variablen:

- Selbstkonzept politischer Fähigkeiten
- Kontrollüberzeugungen im Bereich des politischen Handelns (internal, external, fatalistisch)
- Vertrauen in die Politik und PolitikerInnen
- Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens
- Rechtfertigung von Ungleichheit
- Ortsbezogene Identität

Die Fragen zu den angesprochenen Skalen lassen sich mit einem siebenstufigem Antwortformat bearbeiten. Die Antwortmöglichkeiten reichen dabei von „Diese Aussage trifft für mich überhaupt nicht zu“ bis „Diese Aussage trifft für mich sehr zu“. Abschließend befasst sich der Fragebogen mit der lokalen/ regionalen Agenda 21. Nach einer knappen Erläuterung des Vereins und Vorstellung der Bereiche, in welcher die Projekte angesiedelt sind, werden verschiedene Aktivitäten bei der lokalen Agenda 21

angeführt. Gefragt wird, ob jene Tätigkeiten von den Probanden in der Vergangenheit schon ausgeführt wurden, oder ob die Probanden dazu bereit wären. Insgesamt umfasst der zwölfseitige Fragebogen 118 Items, die in 10-20 Minuten zu bewältigen sind.

6.2. Skalen des Erhebungsinstrumentes

In Folge werden die einzelnen Skalen vorgestellt. Sofern vorhanden, finden sich zur Beschreibung bereits die Reliabilitätswerte aus bestehender Literatur. Außerdem werden Beispielitems zur besseren Veranschaulichung vorgestellt.

6.2.1. Skala zur Erfassung des Selbstkonzeptes eigener politischer Fähigkeiten (SKP)

Die Skala erfasst selbstbezogene Kognitionen in Hinblick auf politische Partizipation und politisches Handeln, vor allem wird der Bezug zur Person des Probanden/der Probandin und zu seinem Leben berücksichtigt. Aus diesem Grund beziehen sich die Items direkt auf die Selbstwahrnehmungen eigener politischer Fähigkeiten und die entsprechenden Situations-Handlungs-Erwartungen. Eine Vermischung mit Handlungs-Ergebnis-Erwartungen (Kontrollüberzeugungen) soll auf diese Weise vermieden werden. Die Skala wurde faktorenanalytisch überprüft und ist nachweislich eindimensional. Sie besteht aus 12 Items, deren interne Konsistenz in Krampens (1998) Überprüfung bei $\alpha=.84$ liegt.

Beispiel- Item:

Diese Aussage trifft für mich...

überhaupt.....sehr zu
nicht zu

3. Aufgrund meiner Fähigkeiten eigne ich mich für
politische Arbeit.

o	o	o	o	o	o	o
---	---	---	---	---	---	---

6.2.2. Fragebogen zur Erfassung von Kontrollüberzeugungen im Bereich des politischen Handelns

Levensons IPC-Skalen (1972, 1974) wurden von Krampen (1998) bearbeitet und ins Deutsche übersetzt. Der Fragebogen dient der Erfassung, der auf den politischen Bereich bezogenen, generalisierten Kontrollerwartungen. Der ursprünglich für Jugendliche konzipierte Fragebogen wurde von Moises (2004) überarbeitet, um eine bessere Passung für Erwachsene zu gewährleisten und den direkten Bezug zu Österreich herzustellen.

Die generalisierten Kontrollerwartungen werden in drei Subskalen unterteilt:

- internale Kontrollüberzeugung (I), als die persönliche Überzeugung, politische Ereignisse durch das eigene Handeln beeinflussen zu können.
- Externale Kontrollüberzeugung (P), als die erlebte Abhängigkeit von anderen, mächtigen Personen.
- Fatalistische Kontrollüberzeugung (C), als die Überzeugung, politische Ereignisse würden durch Schicksal, Glück oder Pech hervorgerufen.

Die Internen Konsistenzen wurden bei Krampen (1998) mit $\alpha=.69$ (I), $\alpha=.76$ (P) und $\alpha=.72$ (C) angegeben. Moises (2004) wies in ihrer Studie interne Konsistenzen von $\alpha=.57$ (I), $\alpha=.65$ (P) und $\alpha=.57$ (C) nach.

Beispiel- Item:

Diese Aussage trifft für mich.....

überhaupt.....sehr zu
nicht zu

1. Ich brauche jemanden, der mich antreibt, wenn ich mich mit einem politischen Thema beschäftigen soll.

o	o	o	o	o	o	o
---	---	---	---	---	---	---

6.2.3. Skala zum Vertrauen in die Politik und die PolitikerInnen (VERT)

Bezogen auf das handlungstheoretische Modell beschreibt das Vertrauen in die Politik und die agierenden PolitikerInnen für diesen Bereich generalisierte Situations-Ereignis-Erwartungen. Die Skala enthält 6 Items, deren interne Konsistenz bei $\alpha=.72$ liegt (Krampen, 1988).

Beispiel-Item:

Diese Aussage trifft für mich...

überhaupt.....sehr zu
nicht zu

1. Die meisten PolitikerInnen meinen ihre Wahlversprechen ernst.

o	o	o	o	o	o	o
---	---	---	---	---	---	---

6.2.4. Sphären- und modalitätsspezifischer Gerechte-Welt-Glauben-Fragebogen nach Maes

Dieser Fragebogen zeichnet sich dadurch aus, dass verschiedene Sphären und Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens getrennt abgefragt wurden, während in älteren Fragebogen Konfundierungen der verschiedenen Facetten zu Interpretationsschwierigkeiten führten. Die Sphären, welche die Bereiche der Welt spezifizieren, in welchen die Gesetzmäßigkeiten wirken sollten, wurden jedoch auf die Sphäre Glaube an Gerechtigkeit in Österreich reduziert, da diesem Bereich das primäre Interesse der Untersuchung gilt. Maes (persönliche Mitteilung, 01.11.2003, zitiert nach Ajuba, 2007, S. 67) nahm a priori acht Faktoren mit je drei Items an:

- Der Glaube an eine gerechte Welt (BJW=Belief in a justice World)
- Der Glaube an eine ungerechte Welt (BUW = believe in an unjust world)
- Der Glaube an eine mögliche gerechte Welt (PJW = possible just world)
- Das Bedürfnis nach einer gerechten Welt (NJW = need just world)
- Hoffnung auf eine gerechte Welt (HJW = hope for a just world)
- Kompetenz zu einer gerechten Welt beizutragen (KJW = competence to just world)
- Erlebter eigener Beitrag zur gerechten Welt (CJW = contribution for a just world)
- Die Wichtigkeit der gerechten Welt(IJW = importance of a just world).

Der Fragebogen wurde jedoch nicht veröffentlicht, Gütekriterien fehlen daher. Die Zusammensetzung der Faktoren wurde lediglich a priori angenommen. Im Rahmen dieser Studie wurde jedoch mit einer empirisch belegten faktorielle Lösung gearbeitet. Die Faktorenanalyse und die Reliabilitätsanalyse der Skalen finden sich bei Kapitel 8.3.

Beispiel Items zu den Faktoren:

Diese Aussage trifft für mich...

überhaupt.....sehr zu
nicht zu

- (BJW): 1. Alles in allem geht es in Österreich gerecht zu.
 (BUW): 3. Vieles, was in Österreich passiert, ist ungerecht.
 (HJW): 1. Ich sehne mich danach, dass Österreich morgen gerechter sein wird als heute.
 (PJW): 3. Gerechtigkeit in Österreich ist ein realistisches Ziel.
 (KJW): 1. Ich kann etwas dazu beitragen, dass es in Österreich gerechter zugeht
 (CJW): 1. Ich tue einiges, damit Österreich gerechter wird.
 (NJW): 1. Ich wäre glücklich, wenn es in Österreich gerechter zuginge.
 (IJW): 1. Es würde mich sehr beruhigen, wenn die Welt gerechter wäre

o	o	o	o	o	o	o
o	o	o	o	o	o	o
o	o	o	o	o	o	o
o	o	o	o	o	o	o
o	o	o	o	o	o	o
o	o	o	o	o	o	o
o	o	o	o	o	o	o
o	o	o	o	o	o	o

6.2.5. Ortsbezogene Identität

Die Grundlage der Skala der ortsbezogenen Identität bildet die Urban Identity Scale von Lalli (1989), eine Skala zur Erfassung Bedeutung von stadtbezogener Identität bzw. des Ausmaßes der Identifikation mit einer Stadt. Für die inhaltliche Erfassung stadtbezogener Identität verweist der Autor jedoch auf qualitative Verfahren.

Da die Stichprobe teils aus ländlichen Gebieten stammt, wurde der Begriff der Stadt durch jenen des Wohnortes ersetzt. Das fünfstufige Antwortformat des Originals wurde durch die sich durch den Fragebogen ziehende siebenstufige Variante ersetzt. Die Urban Identity Scale besteht aus 20 Items mit fünf Subskalen zu je vier Items. Allerdings ist es nach Lalli (1989) zulässig, einen Summenwert für alle Items als Gesamtwert zu errechnen. Aus diesem Grund wurden elf für die Gesamtskala repräsentativ erscheinenden Items ausgewählt. Dennoch werden die Teilaspekte der ortsbezogenen Identität kurz beschrieben:

- Die Außendarstellung umfasst den „bewertende(n) Vergleich zwischen der eigenen Stadt und anderen Orten und die wahrgenommene Einzigartigkeit und Besonderheit der Stadt“ (Lalli, 1989, S.26).
- Die Fragen zur aktuellen Vertrautheit befassen sich mit dem Gefühl der

Zugehörigkeit und der Vertrautheit mit dem Wohnort, welches sich im Alltag bemerkbar macht.

- Heimatgefühle für den Wohnort sind Thema der Subskala der Allgemeinen Identifikation.
- Der Teilaspekt des Vergangenheitsbezugs wird mit Fragen zur Beziehung zwischen Wohnort und Lebensgeschichte ermittelt.
- Die Subskala Zukunftsorientierung ermittelt den Stellenwert des Wohnorts für die persönliche Zukunft.

Lalli (1989) gab für seinen Fragebogen keine Reliabilitätswerte an, die Faktorenlösung wurde a priori angenommen.

Beispiel-Item:

Diese Aussage trifft für mich...

überhaupt.....sehr zu
nicht zu

Für mein tägliches Leben ist diese Stadt äußerst
wichtig.

o	o	o	o	o	o	o
---	---	---	---	---	---	---

6.2.6. Dauer Vereinsmitgliedschaft

Die Erhebung der Vereinsmitgliedschaft in Jahren erfolgte mittels einer bewusst offen gestellten Frage, da von der Annahme ausgegangen werden kann, dass Mitgliedschaft in Vereinen jeglicher Art partizipatives Verhalten fördert (Reinders & Youniss, 2005).

Items:

Sind oder waren Sie schon einmal in einem Verein Mitglied ? ja o nein o

Wie lange sind Sie schon Mitglied ? _____ Jahre

(bei mehreren Vereinen bitte Mitgliedsdauer addieren)

6.2.7. Aktivitäten bei der lokalen Agenda 21

Um einen adäquaten Tätigkeitskatalog für die Befragung anbieten zu können, wurden die Angebote der Wiener lokalen Agenda 21 analysiert (<http://la21wien.at/projekte>). Da eine Auflistung aller konkreten Tätigkeiten den Rahmen gesprengt hätte, wurden abstrahierte Beteiligungsmöglichkeiten aufgelistet (z.B.: Teilnahme an Workshops und

Informationsabenden). Außerdem angeführt wurden die Bereiche, in welchen Projekte angesiedelt sind (z.B.: Soziales, Verkehr, Raumplanung). Die Skala besteht aus 16 Items, bei welchen es zu beantworten gilt, ob angeführte Tätigkeiten schon gemacht wurden, oder die ProbandInnen dazu bereit seien, diese auszuführen. Für schon gemachte Tätigkeiten, sowie für jene, für die der/die ProbandIn Bereitschaft mitbringt, werden durch die Addition von angekreuzten Items Summenscores berechnet. Kritisch anzumerken ist, dass die Tätigkeiten als nicht gleichwertig betrachtet werden könnten, und die Summe der Tätigkeiten oder der Aktivitäten, für welche man bereit ist, nicht aussagekräftig ist. Relevant ist diese Kritik für den Versuch, ein Gesamtmodell für die Intensität der Teilnahme und das Ausmaß der Bereitschaft zu finden.

Beispiel- Item:

Schon gemacht?

Dazu bereit?

Organisation von Vorträgen, Workshops
oder Diskussionsreihen.

nein	ja		nein	ja
o	o		o	o

6.3. Vorgehensweise

Für die drei Untersuchungsgruppen - zum einen die Partizipierenden der Wiener lokalen Agenda 21, zum anderen die TeilnehmerInnen der regionalen Agenda 21 Mühlviertler Alm, sowie der Kontrollgruppen aus Wien und dem Mühlviertel - wurden verschiedenen Wege der Fragebogenvermittlung gewählt.

Der Hauptuntersuchung ging eine Vorstudie an 30 ProbandInnen zuvor, welche vom 07. bis 15.08.2009 durchgeführt wurde. Diese diente einer ersten Einschätzung der Skalengüte und der Relevanz einzelner Skalen. In diesem Stadium der Untersuchung wurde die Skala des politischen Konzeptionalisierungsniveaus mit zehn Wissensfragen zum politischen Bereich ausgesondert, da die Vorgabe des Fragebogens per Post oder e-mail für das Abprüfen von gesammeltem Wissen nicht geeignet erschien. Der Aufforderung, keine Hilfsmittel zur Beantwortung der Fragen zu verwenden, wären wohl manche TeilnehmerInnen nicht gefolgt, was nicht relevante Ergebnisse mit sich gebracht hätte.

Nach der Auswertung der Vorstudie folgte die Hauptuntersuchung. Die Fragebögen für die Teilstichprobe der Wiener lokalen Agenda 21 Partizipierenden ebenso wie für die Kontrollgruppe wurden im Zeitraum vom 01.09.2009 bis zum 01.12.2009 via e-mail versandt, durch persönliche Kontaktaufnahme vermittelt oder postalisch übermittelt.

Die damit einhergehenden unterschiedlichen Untersuchungsbedingungen zählen zu den Schwächen dieser Untersuchung. Für die Untersuchungsgruppe der Region Mühlviertler Alm war ein konsistenteres Vorgehen möglich. Die Fragebögen wurden im Zeitraum von 01.11.2009 bis zum 1.12.2009 postalisch versandt. Tabelle E1 gibt die Verteilung des Rücklaufs bezüglich der ProbandInnen auf die Regionen Wien und Mühlviertel wieder.

Tabelle E1: Fragebogenrücklauf bezüglich der Herkunft nach Gruppe

Herkunft	Kontrollgruppe		Agenda 21	
	N	%	N	%
Mühlviertel	36	53,8	35	53,7
Wien	31	46,2	30	46,3
N ges. 132	67		65	

Bezüglich der Herkunft ist das Sampling der Kontrollgruppe gelungen, 35 Mitgliedern der regionalen Agenda Mühlviertler Alm stehen 36 MühlviertlerInnen gegenüber, auf 30 Mitglieder der Wiener lokalen Agenda 21 kommen 30 Wiener ProbandInnen, die bis dato am Prozess nicht beteiligt waren. In Wien wurden Mitglieder des lokale Agenda 21 Prozesses aus dem 3., 4., 5., 8., 9., 20. und dem 22. Bezirk berücksichtigt. Die Herkunft der Probanden der regionalen Agenda 21 ist Tabelle E2 zu entnehmen. Auf die genaue Darstellung der Herkunft der Kontrollgruppe wurde aufgrund fehlender Relevanz verzichtet.

Tabelle E2: Fragebogenrücklauf bezüglich Herkunft der Probanden nach Versuchsgruppen

		Frequenz	Prozent
RA 21	Bad Zell	4	6,2
	Freistadt	3	4,6
	Kaltenberg	5	7,7
	Königswiesen	1	1,5
	Liebenau	4	6,2
	Mönchdorf	1	1,5
	Pierbach	3	4,6
	Regau	2	3,0
	Schönau	4	6,2
	St. Georgen am Walde	3	4,6
	St. Leonhard	1	1,5
	Unterweißenbach	2	3,1
	Weitersfelden	2	3,1
LA 21	3. Bez. Landstraße	8	12,3
	4. Bez. Wieden	4	6,2
	5. Bez. Margareten	2	3,1
	8. Bez. Josefstadt	9	13,8
	9. Bez. Alersbach	2	3,1
	20 Bez. Brigittenau	2	3,1
	22. Bez. Donaustadt	3	4,6
	Total	65	100,0

Für die Gruppe der regionalen Agenda 21, an die 100 Fragebögen versandt wurden, konnte eine recht zufrieden stellende Rücklaufquote von 35% erreicht werden. Die Rücklaufquote der Wiener Agenda 21 belief sich auf etwa 25 %. Für das Sample der Kontrollgruppe fand sich in Wien ein leichtes Übergewicht für Menschen, die im sozialen Bereich tätig sind, in der Region Mühlviertel kam es zu einer recht ausgewogenen Mischung aus BesucherInnen von Tanzkursen, LehrerInnen, MalkursteilnehmerInnen, Landwirten usw. Für die Kontrollgruppe ergab sich eine Rücklaufquote von 95%. Der Versuch, eine vor allem auch hinsichtlich der soziodemographischen Variablen vergleichbaren und adäquaten Stichprobe zu erstellen, kann nach Vorliegen der im folgenden dargestellten Ergebnisse als gelungen betrachtet werden. Für die Gesamtauswertung konnten 132 Fragebögen verwendet werden.

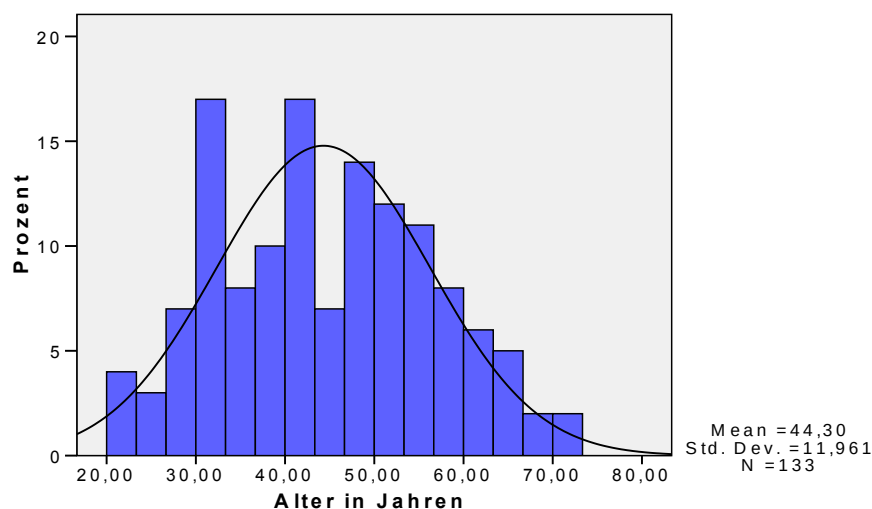
6.4. Stichprobe

In diesem Abschnitt wird die Stichprobe vorgestellt. Diese wird hinsichtlich Alter, Geschlechtszugehörigkeit, Familienstand, Berufskategorie Bildungsniveau und Einkommen präsentiert. Außerdem wird analysiert, inwieweit eine gleichmäßige Verteilung zwischen den beiden Agenda 21-Versuchsgruppen und der Kontrollgruppe hinsichtlich der demographischen Variablen gelungen ist.

6.4.1. Alter

In der Gesamtstichprobe sind die ProbandInnen zwischen 20 und 73 Jahre alt. Der Mittelwert beträgt 44,3 Jahre (SD = 12,0). In Abbildung E1 ist die Verteilung der gesamten Stichprobe dargestellt.

Abbildung E1: Alter in Jahren Gesamtstichprobe



Teilt man die Stichprobe in Versuchs- und Kontrollgruppe, betragen die Mittelwerte bei Mitgliedern 45,23 Jahre (sd = 12,49) und 43,22 Jahre (sd = 11,40) bei Nicht-Mitgliedern. Die Versuchsgruppe und die Kontrollgruppe unterscheiden sich nicht, der Unterschied ist laut T-Test für unabhängige Stichproben nicht signifikant ($p = 0,34$).

Bezüglich der beiden Versuchsgruppen ist der Altersschnitt nahezu identisch, nämlich 45,2 (SD = 13,23) Jahre bei der lokalen Agenda 21 im Vergleich zu 45,3 (SD = 9,76) Jahren bei der regionalen Agenda 21.

6.4.2. Geschlechtszugehörigkeit

Abbildung E2: Kreisdiagramm Geschlechtszugehörigkeit Gesamtstichprobe

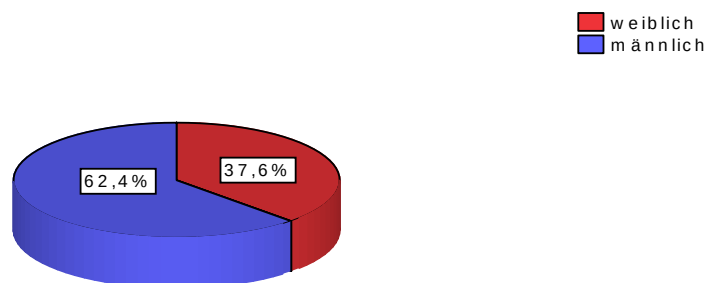


Tabelle E3: Kreuztabelle Geschlecht und Gruppenzuordnung

Geschlecht	Kontrollgruppe		Agenda 21	
	N	%	N	%
weiblich	32	47,8	18	27,7
männlich	35	52,2	47	72,3
N ges. 132	67		65	

Die Gesamtstichprobe besteht bezüglich des Geschlechts aus 82 männlichen (62,4 %) und 50 weiblichen (37,6 %) Versuchspersonen.

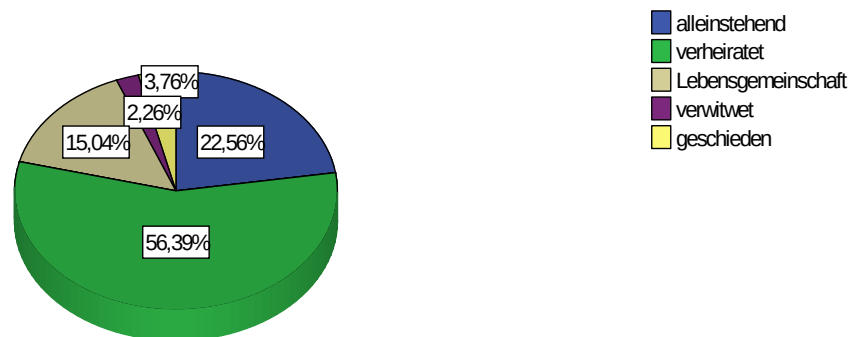
Bei Nicht-Mitgliedern ist mit 32 weiblichen und 35 männlichen ProbandInnen die Verteilung ausgewogen, bei den Agenda 21-TeilnehmerInnen jedoch stehen 18 weibliche 47 männlichen Agenda 21-TeilnehmerInnen gegenüber, die damit 72,3 % der Teilstichprobe ausmachen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich innerhalb der beiden Agenda 21-Gruppen. Jeweils 9 Frauen stehen 21 (LA 21) beziehungsweise 26 (RA 21) Männern gegenüber.

6.4.3. Familienstand

Die Stichprobe setzt sich mit 56,39 % (75 Personen) zum größten Teil aus verheirateten Versuchspersonen zusammen. An zweiter Stelle stehen allein stehende Personen mit 22,56% (30 Personen), gefolgt von in Lebensgemeinschaft lebenden Untersuchungsteilnehmern mit 15,04 % (20 Personen). Geschiedene (5 Personen) und Verwitwete (3 Personen) sind in dieser Stichprobe eher marginal repräsentiert.

Abbildung E3: Kreisdiagramm Familienstand Gesamtstichprobe



6.4.4. Berufskategorie

Tabelle E4: Verteilung der Berufskategorien Gesamt und zwischen Versuchs- und Kontrollgruppe

Beruf	Kontroll- gruppe		Agenda 21		Gesamt	
	N	%	N	%	N	%
1. AngestellteR	30	44,8	30	46,2	60	45,1
2. ArbeiterIn	6	9,0	5	7,7	11	8,3
3. Selbständig	10	14,9	15	23,1	25	18,9
4. SchülerIn	1	1,5	0	0	1	0,8
5. StudentIn	4	6,0	2	3,1	6	4,5
6. FachhochschülerIn	1	1,5	0	0	1	0,8
7. Hausfrau/mann	1	1,5	1	1,5	2	1,5
8. Arbeitslos	0	0	1	1,5	1	0,8
9. PensionistIn	7	10,4	4	6,2	11	8,3
1. + 3.	5	7,5	4	6,2	9	6,8
1. + 5.	1	1,5	2	3,1	3	2,3
2. + 3.	0	0	1	1,5	1	0,8
2. + 5.	1	1,5	0	0	1	0,8
N ges.	67		65		132	

Der überwiegende Teil der Stichprobe steht in einem Angestelltenverhältnis (45,5%), wobei sich die Verteilung zwischen Agenda 21 und Kontrollgruppe mit je 30 ProbandInnen gleichmäßig verteilt. Die zweitgrößte Gruppe stellen die Selbständigen mit insgesamt 18,9 % dar, bei welchen ein leichtes Übergewicht bei den ProbandInnen der Agenda 21 festzustellen ist (15 zu 10). Auf die übrigen Kategorien erfolgt die Verteilung gleichmäßig.

Bezüglich der Verteilung auf die beiden Versuchsgruppen, regionale Agenda mit 35 und die lokale Agenda mit 30 Versuchspersonen, finden sich Unterschiede bei den Angestellten. Die regionale Agenda 21 Mühlviertler Alm besteht zu 54,3% (19) aus selbigen, im Vergleich zu 36,7% (11) bei der lokalen Agenda 21 in Wien, die zweitgrößte Gruppe stellen wieder die Selbständigen mit 20% (7) bei der regionalen Agenda 21 bzw. 26,7% (8) bei der lokalen Agenda 21. Außerdem weist die regionale Agenda 4 Versuchspersonen auf, die sowohl angestellt als auch selbständig sind (13,3

%), die Wiener Agenda hat keinen solchen Probanden.

6.4.5. Bildungsniveau

Abbildung E4 gibt eine Übersicht über die Verteilung des Bildungsniveaus in der Stichprobe. 40,6% (54) der ProbandInnen weisen einen Abschluss ohne Matura auf, 28,57% (38) einen Maturaabschluss und 30,8 % (41) einen Universitätsabschluss bzw. vergleichbaren Abschluss.

Abbildung E4 : Kreisdiagramm Bildungsniveau in Gesamtstichprobe

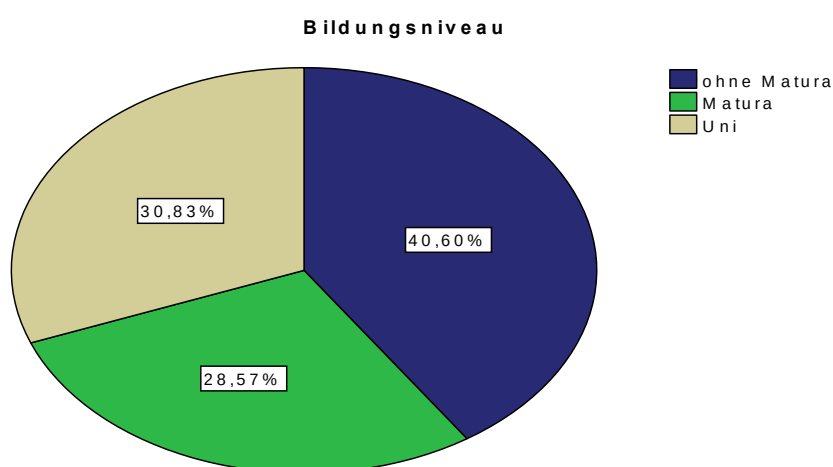


Tabelle E5: Verteilung Bildungsniveau auf Versuchs- und Kontrollgruppe

	Agenda 21		Kontrollgruppe	
Schulbildung	N	%	N	%
keine Matura	24	36,9	29	43,3
Matura	18	27,7	20	29,9
Uni	23	35,4	18	26,9
N ges. 132	65		67	

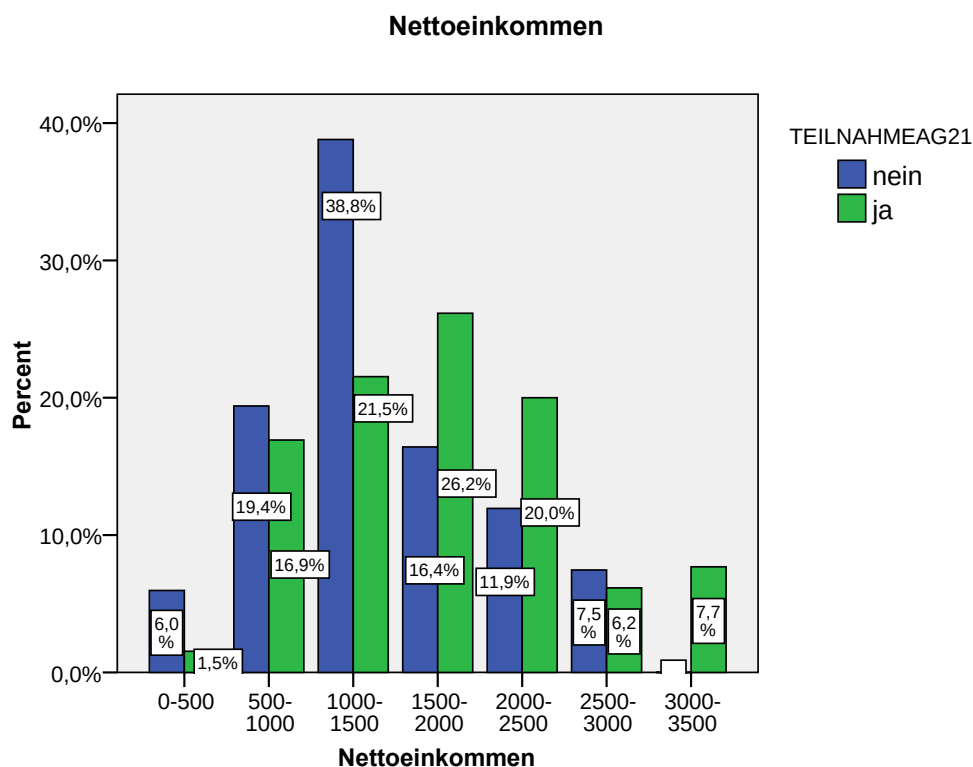
Tabelle E5 gibt die Verteilung zwischen Agenda 21 und der Kontrollgruppe wieder. Während in der Kontrollgruppe ProbandInnen ohne Maturaabschluss überwiegen (43,3 %), können Agenda 21-TeilnehmerInnen etwas öfter eine universitäre Ausbildung vorweisen als die Probanden der Kontrollgruppe (35,4 %). Der U-Test zur Überprüfung signifikanter Stichprobenunterschiede ergibt jedoch kein Ergebnis ($z=-1$, $p=0,32$). Die Variable Bildung wird also zwischen den Gruppen konstant gehalten.

Tabelle E6 : Verteilung Bildungsniveau zwischen den Agenda 21-Gruppen

	regionale Agenda 21		lokale Agenda 21	
Schulbildung	N	%	N	%
keine Matura	20	57,1	4	13,3
Matura	8	22,9	10	33,3
Uni	7	20,0	16	53,3
N ges.	35		30	65

Die beiden Versuchsgruppen weisen jedoch ein recht unterschiedliches Bildungsniveau auf, was der Tabelle E6 zu entnehmen ist. Während in der regionalen Agenda 21 ProbandInnen ohne Maturaabschluss überwiegen (57,1%), kann die überwiegende Anzahl der Wiener Agenda 21-TeilnehmerInnen einen universitären Abschluss vorweisen (53,3 %). Der U-Test belegt die hochsignifikanten Gruppenunterschiede ($z=-3,62$, $p=0,000$)

6.4.6. Nettoeinkommen:

Abbildung E5: Verteilung Nettoeinkommen nach Agenda 21-Teilnahme

Auffallend an dem Stichprobenvergleich bezüglich Nettoeinkommen der Versuchs- und der Kontrollgruppe ist, dass Nicht-TeilnehmerInnen in den ersten drei Einkommenskategorien von 0 bis 1500 Euro wesentlich häufiger vertreten sind. 64,2% der Versuchsgruppe verdienen zwischen 0 und 1500 Euro im Vergleich zu 39,9% der Agenda 21-TeilnehmerInnen. Die höheren Einkommenskategorien werden aber fast durchwegs von der Versuchsgruppe dominiert, die höchste Kategorie (3000–3500 Euro) wird ausschließlich von der Agenda 21-Gruppe besetzt (5 Versuchspersonen).

Die Aufteilung des Einkommens erfolgt zwischen den beiden Versuchsgruppen der Wiener und der Mühlviertler Agenda 21 jedoch recht harmonisch. Der Mann-Whitney-U-Test stellt keine signifikanten Gruppenverteilungsunterschiede fest ($Z = 0,954$, $p = 0,34$).

Tabelle E7: Verteilung Nettoeinkommen nach Agenda 21-Teilnahme

		Kontroll- gruppe		Agenda 21		Gesamt	
		N	%	N	%	N	%
Nettoeinkommen	0-500	4	6,0	1	1,5	5	3,8
	500-1000	13	19,4	11	16,9	24	18,2
	1000-1500	26	38,8	14	21,5	40	30,3
	1500-2000	11	16,4	17	26,2	28	21,2
	2000-2500	8	11,9	13	20,0	21	15,9
	2500-3000	5	7,5	4	6,2	9	6,8
	3000-3500	0	0	5	7,7	5	3,8
Gesamt		67		65		132	

7. Auswertung und Resultate

Im zentralen Kapitel des empirischen Teils werden zunächst die für die statistische Berechnung verwendeten Verfahren vorgestellt. Danach werden die Skalen hingehend auf Reliabilität und Validität überprüft. Im nächsten Schritt werden die Ergebnisse präsentiert. Entsprechend den erörterten Fragestellungen werden diese unterteilt in die Ergebnisse bezüglich der generalisierten Erwartungshaltungen, der Modalitäten des Glaubens an eine gerechte Welt und der Rechtfertigung von Ungleichheit, der ortsbezogenen Identität, der Vereinsfernung und bezüglich des Gesamtmodells.

7.1. *Verwendete Verfahren*

Die Auswertung der Daten erfolgte mittels SPSS 12.0. Neben den deskriptiven werden auch inferenzstatistische Verfahren verwendet, die im Folgenden kurz beschrieben werden. Eine genaue Erläuterung finden sich bei Field (2007).

7.1.1. *Kolmogorov-Smirnov-Test*

Mittels des Kolmogorov-Smirnov-Tests lässt sich die Verteilung der Variablen auf Normalverteilung hin überprüfen. Bei einem $p < 0,05$ besteht eine signifikante Abweichung.

7.1.2. *Levene-Test*

Der Levene-Test ermittelt die Homogenität der Varianzen. Für die Datengruppen der Varianzanalyse bedeutet das, dass die Varianzen von Versuchsgruppe eins, zwei und der Kontrollgruppe gleich sind. Bei einem $p < 0,05$ ist diese Voraussetzung für Varianzanalysen verletzt, heterogene Varianzen müssen angenommen werden.

7.1.3. *Reliabilitätsanalyse*

Das Verfahren der Reliabilitätsanalyse dient der Messung der Zuverlässigkeit eines Tests. Es erhebt die Genauigkeit, mit der das Merkmal durch den Test erhoben wird. Statistisch erfolgt dies durch die Korrelation der Items untereinander, genannt das Cronbach'sche Alpha. Je höher der Wert, desto zuverlässiger ist der Test. Bortz und Döring (2002) zufolge betrachtet man Werte $> 0,8$ als mittelmäßig und Werte $> 0,9$ als hoch. Neben dem Gesamtwert ist auch die Korrelation des einzelnen Items mit dem Gesamttest, die so genannte Item-Total-Korrelation wichtig. Die Korrelation sollte einen Wert von 0,3 nicht unterschreiten und möglichst hoch sein. Ein weiteres

Ausschlusskriterium ist der „alpha if Item deleted“-Wert, der Auskunft über die Veränderung des Alpha-Wertes nach Löschen des Items gibt. Das Item sollte entfernt werden, wenn dadurch das Alpha erhöht werden kann. bei Skalen mit wenigen Items wurde darauf in der Untersuchung jedoch verzichtet, wenn der notwendige Wert von 0,8 erreicht wurde. Das Vorgehen begründet sich in der Annahme, dass bei einer Skala von beispielsweise nur 3 Items der Informationswert des Items höher als der Schaden für das Gesamtalpha ist.

7.1.4. Faktorenanalyse

Diese Methode hilft, die Daten sinnvoll zusammenzufassen. Dabei werden Variablen zu latenten Faktoren zusammengefügt. Verwendet wird die Faktorenanalyse in dieser Studie zur Überprüfung der Eindimensionalität der Rechtfertigung von Ungleichheits-Skala und der ortsbezogenen Identitätsskala und zur Exploration von Faktorenlösungen beim mehrdimensionalen Fragebogen zum Gerechte-Welt-Glauben. Dazu wird die Hauptkomponentenanalyse berechnet, welche die Faktoren mit ihren Ladungen bei den einzelnen Items und das Ausmaß der Bedeutung des Faktors für das Gesamtmodell wiedergibt. Für diese Kalkulationen sind einige Kennwerte von Bedeutung. Der Eigenwert gibt Auskunft über die Vorhersagekraft der Faktors, wobei nur Faktoren mit einem Eigenwert >1 berücksichtigt werden sollten.

Ebenfalls berücksichtigt wird das Vermeiden von Multikollinearität. Eine zu hohe Korrelation zwischen den Items führt zu Singularitäten. Die vom Modell berechnete Determinante sollte dabei den Wert von 0,0001 nicht unterschreiten.

Der Kaiser-Meyer-Olkin-Test prüft, ob die Stichprobe adäquat und geeignet für eine Faktorenanalyse ist. Im Detail werden dabei quadrierte partielle Korrelationen in Beziehung gesetzt zu quadrierten Korrelationen, um deren Kompaktheit zu überprüfen. Dabei sind Werte zwischen 0,5 und 0,7 akzeptabel, Werte zwischen 0,7 und 0,8 gut und darüber liegende Werte nach Field (2007) als großartig zu bezeichnen.

7.1.5. Zweifaktorielle Varianzanalyse

Die zweifaktorielle univariate Varianzanalyse untersucht den Einfluss von zwei unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. Die abhängige Variable ist im Normalfall auf nominalen oder ordinalen Messniveau. Die Berechnung erfolgt mittels Zerlegung der Quadratsummen. Im Falle der zweifaktoriellen univariaten Varianzanalyse wird die Gesamtvarianz zerlegt in eine Varianz zwischen und innerhalb

der Gruppen.

Die Post Hoc-Berechnung dient zum Vergleich mehrerer Faktorstufen und erfolgt mittels des Games-Howell-Tests, der für ungleiche Stichprobengröße geeignet ist. Die Homogenität der Varianzen wiederum wird mit dem Levene-Test mit einem α -Niveau von 0,05 berechnet, solange das Ergebnis nicht signifikant ist, wird diese Voraussetzung nicht verletzt.

7.1.6. Kruskal-Wallis-Test

Dieser Test zählt zu den nicht-parametrischen Verfahren, welche angewandt werden, wenn die Voraussetzungen wie die Normalverteilung oder Intervallskalenniveau nicht erfüllt werden. Der Kruskal-Wallis-Test ist dabei eine Alternative zur Varianzanalyse, wenn mehr als zwei unabhängige Gruppen gegeben sind, deren Differenz erhoben werden soll.

7.1.7. U-Test oder Mann-Whitney-Test

Der U- Test zählt ebenfalls zu den nicht-parametrischen Verfahren und wird angewandt, um Unterschiede zwischen zwei unabhängigen Gruppen zu ermitteln. Damit stellt er das nicht-parametrische Äquivalent zum T-test dar, welcher mit Rangsummen operiert.

7.1.8. Binäre logistische Regression

Mit diesem Verfahren lässt sich die Abhängigkeit einer dichotomen Variable von anderen unabhängigen Variablen mit beliebigem Skalenniveau untersuchen. Die logistische Regression berechnet dabei die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Ereignis in Abhängigkeit von den Werten der unabhängigen Variable eintritt oder nicht. Die Vorhersagequalität und Signifikanz einzelner Prädiktoren wird durch die Wald-Statistik ermittelt. Die Güte des Gesamtmodells wird durch das Nagelkerke R-Quadrat N beschrieben. Die Selektion der relevanten Prädiktoren erfolgt mit der schrittweisen Methode rückwärts. Nachdem zunächst alle Prädiktoren zur Vorhersage berücksichtigt werden, werden schrittweise jene mit dem niedrigsten Informationswert ausgeschlossen, bis nur noch signifikant informative Prädiktoren verbleiben.

7.1.9. Multiple lineare Regression

Die Multiple Lineare Regressionsanalyse dient dazu, den Wert einer abhängigen Variable aus den Werten anderer unabhängiger Variablen vorherzusagen. Das Maß für die Güte der Modellanpassung ist das Bestimmtheitsmaß R-Quadrat. Es ist der Quotient zwischen dem erklärten Teil der Varianz und der Gesamtvarianz und liegt zwischen 0 und 1. Die Wichtigkeit der einzelnen unabhängigen Variablen wird durch den Beta-Koeffizienten angegeben.

7.2. Analyse der Skalen

Die Aufbereitung der Skalen mittels testtheoretischer Verfahren soll das Thema des folgenden Kapitels sein. Dabei wurden bei noch ausstehender Überprüfung der Gütekriterien bei den Skalen des Gerechte-Welt-Glaubens, der Rechtfertigung von Ungleichheit und der ortsbezogenen Identität Faktorenanalysen zur Identifizierung der Dimensionen oder Faktoren berechnet. Für die gefundene Faktorenlösung bei den erwähnten Skalen, sowie für die übrigen Skalen, bei denen in der Literatur bereits auf die erfolgte Dimensionalitätsprüfung hingewiesen wurde, wurden Reliabilitätsanalysen durchgeführt. Wie bereits in Kapitel 7.1.3. beschrieben wurde, überprüft die Reliabilitätsanalyse die Zusammensetzung von einzelnen Items zu einem Test bzw. Untertest. Dabei überprüft sie, ob die einzelnen Items auch wirklich das messen, was der Gesamttest zu messen vorgibt.

Der Fragebogen zur Ermittlung diverser Facetten des Glaubens an eine gerechte Welt mit der Sphäre Österreich sollte nach Angaben des Autors acht Modalitäten beinhalten. Ajuba (2007) konnte in Ihrer Studie jedoch je nach Sphäre (die gesamte Welt, Österreich, usw.) zwischen vier und fünf Faktoren ermitteln. Die Faktorenanalyse des Fragebogens zum Glauben an die gerechte Welt ergibt zunächst eine massive Multikollinearität. Der a. Determinant liegt bei $2,513 \cdot 10^{-9}$, sollte jedoch größer als 0,00001 sein. Um Singularitäten zu vermeiden, wird in Folge jeweils ein Item der zu homogenen 3er-Frage-Blöcken von den a priori angenommenen Dimensionen gelöscht. Löschkriterium ist dabei eine hohe Korrelation mit den anderen Items derselben a priori angenommenen Dimension, die der Anti-Image-Matrix zu entnehmen ist. Die Determinante verbessert sich somit nach dem Entfernen von 7 Items auf den akzeptablen Wert von 0,00002867. Sie erzielt auch ein besseres Ergebnis als der Versuch, unsystematisch jene Items mit den höchsten Interkorrelationen zu löschen.

Der Kaiser-Meyer-Olkin Test prüft, ob die Stichprobe adäquat und geeignet für eine

Faktorenanalyse ist. Der Wert von 0,813 ist hochsignifikant (,000).

Abbildung E6: Scree plot der Faktorenlösung von Glauben an eine gerechte Welt

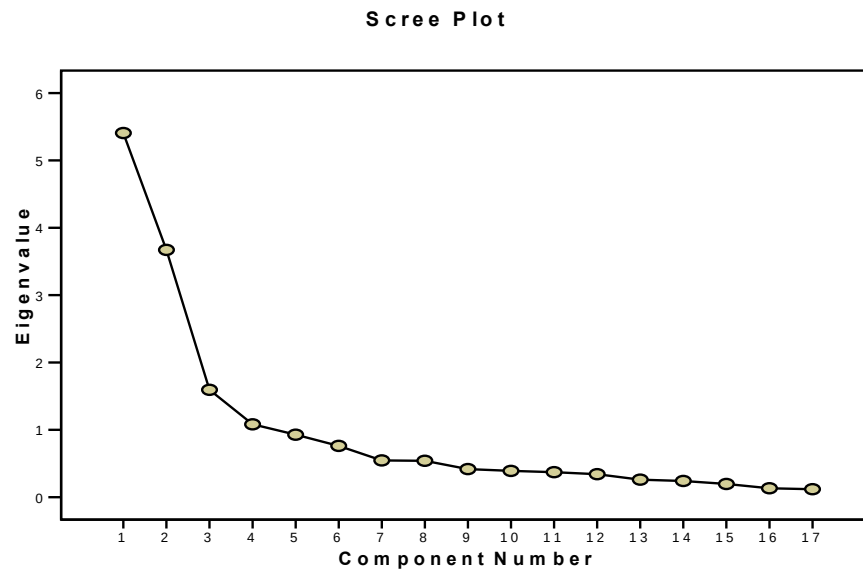


Abbildung E6 gibt den Screeplot der gefunden Faktorenlösung wieder. Der Abbildung ist zu entnehmen, dass 4 Faktoren über dem Eigenwert von eins bleiben. Der erste Faktor hat vor der Rotation einen Eigenwert von 5,4 und erklärt 31,8% der Gesamtvarianz, der zweite Faktor erklärt 21,6% (Eigenwert 3,67), der dritte Faktor erklärt 9,4% (Eigenwert 1,59), der vierte Faktor 6,4% (Eigenwert 1,09).

Das Gesamtmodell erklärt 69,1% der Gesamtvarianz. Nach der Rotation mit Varimax erklärt der 1. Faktor 22,0%, der 2. Faktor 19,3%, der 3. Faktor 17,4% und der vierte Faktor 10,5% der Gesamtvarianz. Tabelle E8 gibt die Faktorladung der Items wieder.

Tabelle E8: Rotierte Faktorenmatrix der Gereche-Welt-Glaubensskala

	Faktor			
	1	2	3	4
Bedürfnis nach einer gerechten Welt-NJW 2	<u>.823</u>			
Wichtigkeit der gerechten Welt-IJW 1	<u>.816</u>			
Bedürfnis nach einer gerechten Welt-NJW 1	<u>.739</u>			
Bedürfnis nach einer gerechten Welt-NJW 3	<u>.651</u>			
Hoffnung auf eine gerechte Welt-HJW 3	<u>.637</u>			
Wichtigkeit der gerechten Welt-IJW 3	<u>.629</u>			
Hoffnung auf eine gerechte Welt-HJW 1	<u>.604</u>			
Glaube an eine gerechte Welt-BJW 1		<u>-.796</u>		
Glaube an eine ungerechte Welt-BUW 3		<u>.785</u>		
Glaube an eine ungerechte Welt-BUW 1		<u>.753</u>		
Glaube an eine gerechte Welt-BJW 3		<u>-.704</u>		
Kompetenz, zu einer gerechten Welt beizutragen-KJW 1			<u>.857</u>	
Glaube an eine mögliche gerechte Welt-PJW 1			<u>.830</u>	
Kompetenz, zu einer gerechten Welt beizutragen-KJW 3			<u>.807</u>	
Glaube an eine mögliche gerechte Welt-PJW 3			<u>.699</u>	
Erlebter eigener Beitrag zu einer gerechten Welt-CJW 3				<u>.867</u>
Erlebter eigener Beitrag zu einer gerechten Welt-CJW 1				<u>.807</u>

Zur Erklärung und Vorhersage der einzelnen Faktoren werden jene Items und Aussagen gewählt, die eine Korrelation $> 0,6$ aufweisen. Das Bedürfnis nach und die Hoffnung auf eine gerechte Welt, sowie die empfundene Wichtigkeit der gerechten Welt bilden den ersten Faktor. Der Glaube an eine gerechte Welt und der Glaube an eine ungerechte Welt bilden Faktor zwei. Die Kompetenz, zu einer gerechten Welt beizutragen, sowie der Glaube an eine mögliche gerechte Welt bilden Faktor drei. Der erlebte eigene Beitrag zu einer gerechten Welt stellt den vierten Faktor dar. Um die Faktoren exakt definieren zu können, ist es notwendig, die einzelnen Items in ihrem Wortlaut zu kennen. Tabelle E9 gibt die Items bezüglich der gefundenen Faktoren wieder.

Tabelle E9: Items des Gerechte-Welt-Glauben-Fragebogen nach Faktorenanalyse

Abkürzungen	Items Gerechte-Welt-Glauben-Österreich
NJW 1	Ich wäre glücklich, wenn es in Österreich gerechter zugehe.
NJW 2	Es wäre eine große Erleichterung für mich, wenn es in Österreich gerechter zugehe.
NJW 3	Ohne Gerechtigkeit in Österreich kann ich nicht wirklich glücklich sein.
IJW 1	Es würde mich sehr beruhigen, wenn Österreich gerechter wäre.
IJW3	Ich würde mich weniger bedroht fühlen, wenn Österreich gerechter wäre.
HJW 1	Ich sehne mich danach, dass Österreich morgen gerechter sein wird als heute.
HJW 3	Wenn ich mir etwas wünschen könnte, dass wäre es mehr Gerechtigkeit in Österreich.
BJW 1	Alles in allem geht es in Österreich gerecht zu.
BJW 3	Die meisten Menschen bekommen in Österreich letztlich das, was sie verdienen.
BUW 1	Die meisten Dinge in Österreich sind ziemlich ungerecht geregelt.
BUW 3	In Österreich werden viele Menschen ungerecht behandelt.
KJW 1	Ich kann etwas dazu beitragen, dass es in Österreich gerechter zugeht.
KJW 3	Es steht auch in meiner Macht, die Gerechtigkeit in Österreich voranzubringen.
PJW 1	Ich halte es für möglich, in Österreich mehr Gerechtigkeit zu erreichen.
PJW 3	Gerechtigkeit in Österreich ist ein realistisches Ziel.
CJW 1	Ich tue einiges, damit Österreich gerechter wird.
CJW 3	Ich versuche, meinen Beitrag zu einem gerechten Österreich zu leisten.

Der erste Faktor des Gerechte-Welt-Glaubens betrifft Aussagen über den unmittelbaren Bezug eines gerechten Österreichs zum persönlichen Glück, zur empfundenen Sicherheit und zum Wunsch oder der Wichtigkeit danach. Man kann diesen Faktor als „Gerechte-Welt-Glauben-emotionaler Bezug“ bezeichnen. Es wird zum Ausdruck gebracht, wie ein gerechtes Österreich zu Wohlbefinden und Glück führt, wie sehr eine Sehnsucht danach besteht und inwiefern ein wahrgenommenes Gerechtes Österreich zu einem Gefühl von Sicherheit führt.

Der zweite Faktor betrifft die kognitive Analyse der Situation in Österreich. Aussagen über vorhandene Ungerechtigkeiten versus Überzeugungen, dass es alles in allem gerecht in Österreich zugeht, werden auf ihre Gültigkeit geprüft. Interessant daran ist die sehr hohe negative Korrelation zwischen Gerechte-Welt-Glauben und den Glauben an eine ungerechte Welt. In der ursprünglichen Definition der Modalitäten werden diese zwei Dimensionen als unabhängig dargestellt haben und nicht, wie dieser Faktorenanalyse zu entnehmen ist, demselben Faktor zugrunde liegend. Der Faktor wird mit „Gerechte-Welt-Glaube-Wahrnehmung“ betitelt.

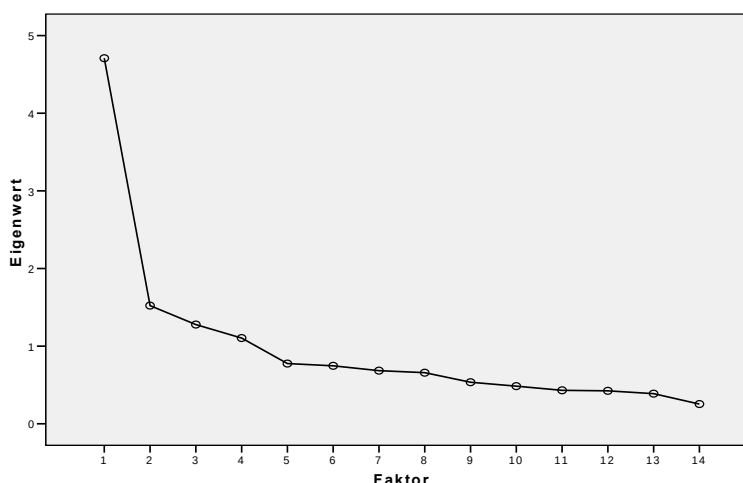
Der dritte Faktor bezieht sich auf Kontrollüberzeugungen im Bereich des Gerechte-Welt-Glaubens: Abgefragt wird, inwieweit ProbandInnen daran glauben, dass sie

persönlich zu einem gerechteren Österreich beitragen können und das es ihnen allgemein als machbar erscheint, Gerechtigkeit in Österreich zu etablieren. Aus diesem Grund wird der Faktor als „Gerechte-Welt-Glaube-Einflusserwartungen“ bezeichnet

Der vierte Faktor bezieht sich auf den tatsächlichen Beitrag der Probanden. Die Probanden bringen durch diese Aussagen zum Ausdruck, wie viel sie ihrer Meinung zufolge schon zu einem gerechten Österreich beigetragen haben und derzeit beitragen. Der Faktor wird als „Gerechte-Welt-Glaube-Beitrag“ definiert.

Eine weitere Skala, die der Faktorenanalyse zur Überprüfung der Eindimensionalität bedurfte, ist die der Rechtfertigung von Ungleichheit. Abbildung E7 gibt den Screeplot der Faktorenanalyse der Skala wieder.

Abbildung E7: Screeplot Faktorlösung von Rechtfertigung von Ungleichheit



Wenngleich vier Faktoren gefunden werden, die einen Eigenwert über 1 aufweisen, findet sich bereits nach dem ersten Faktor der bezeichnende markante Knick in der Kurve. Der Eigenwert von 4,71 des ersten Faktors ist mehr als dreimal so hoch wie der des zweiten Faktors (1,52). Aus diesem Grund wird eine einfaktorielle Lösung angenommen. Sie ist in der Lage 33,64% der Gesamtvarianz zu erklären.

Eine weitere Skala, die der Dimensionalitätsprüfung bedarf, ist die der ortsbezogenen Identität. Abbildung E8 gibt den Screeplot der unrotierten Faktorlösung der Skala wieder. Die Items der Skala wurden aus einem mehrdimensionalen Fragebogen zur Erhebung ortsbezogener Identität ausgewählt. Wie der Screeplot zeigt, kann aber eine einfaktorielle Lösung als gesichert gelten, da danach die Faktorkurve einen bezeichnenden Knick nach dem ersten Faktor erfährt. Der erste Faktor hat einen Eigenwert von 5,12 und erklärt 46,52% der Gesamtvarianz, der zweite Faktor liegt mit einem Eigenwert von 1,22 nur noch unwesentlich über dem Abbruchkriterium.

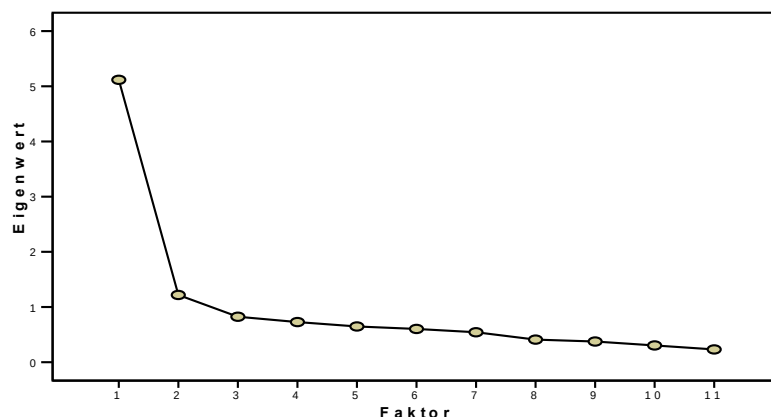
Abbildung E8: Screeplot Faktorlösung von ortsbezogener Identität

Tabelle E10 stellt die zusammengefassten Ergebnisse der Reliabilitätsanalysen dar. Bei drei Skalen war das Entfernen von Items nötig, da entweder die empfohlene Trennschärfe von mind. 0,3 unterschritten wurde, oder das Cronbach alpha durch Entfernen von Items erhöht werden konnte. Auf letztere Vorgehensweise wurde in jenen Fällen verzichtet, in welchen das Cronbach alpha bereits über dem empfohlenen Wert von 0,8 war, und die Gesamtanzahl der Items der Skala gering war. Die alpha-Werte variieren zwischen 0,74 und 0,88. Die Reliabilität kann für sämtliche Skalen bedenkenlos angenommen werden.

Tabelle E10: Reliabilitätsanalysen

Skala	Cronbach alpha gesamt	Items gesamt	Items gelöscht
Selbstkonzept politischer Fähigkeiten	,871	11	1
Internale politische Kontrollüberzeugungen	,77	6	0
Externale politische Kontrollüberzeugungen	,743	3	3
Fatalistische politische Kontrollüberzeugungen	,807	6	0
Vertrauen in die Politik	,827	5	1
Gerechte-Welt-Glaube-emotionaler Bezug	,869	7	0
Gerechte-Welt-Glaube-Wahrnehmung	,807	4	0
Gerechte-Welt-Glaube-Einflusserwartungen	,850	4	0
Gerechte-Welt-Glaube-Beitrag	,778	2	0
Ortsbezogene Identität	,877	11	0
Rechtfertigung von Ungleichheit	,844	14	0

7.3. Darstellung der Ergebnisse

Die Resultate der Hypothesentestungen bezüglich der Skalen sind Thema dieses Kapitels. Dabei werden die Untersuchungsgruppen auf signifikante Unterschiede in Bezug auf die generalisierten Erwartungshaltungen, die Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens, sowie die ortsbezogene Identität und die Vereinserfahrung untersucht. Zur Überprüfung der Unterschiedshypothesen wird eine zweifaktorielle Varianzanalyse angewendet, bei Verletzung der Voraussetzungen der Kruskal-Wallis-Test. Zur Veranschaulichung der Haupteffekte werden dabei neben Tabellen mit Mittelwerten relevanter Haupteffekte und Wechselwirkungen auch Profilplots der signifikanten Effekte zur besseren Interpretierbarkeit der Ergebnisse präsentiert. Sämtliche Skalen, welche mit der Varianzanalyse berechnet werden, haben einen Minimum-Wert von 1 und einen maximalen Wert von 7. Das Signifikanzniveau wird bei $p < 0,05$ festgelegt.

7.3.1. Ergebnisse bezüglich der generalisierten Erwartungshaltungen

Die Ergebnisse bezüglich des Selbstkonzepts politischer Fähigkeiten, der politischen Kontrollüberzeugungen und bezüglich des Vertrauens in die Politik sind Inhalt dieses Abschnitts.

7.3.1.1. Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.

H11: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich dem Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.

H21: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich dem Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.

Der Levene-Test ergibt bei einem F-Wert von 2,335 ein nicht signifikantes Ergebnis (,046). Da in der Literatur von großer Robustheit von Varianzanalysen gegenüber Verletzungen der Varianzenhomogenität berichtet wird (Bortz & Döhring, 2002), wird lediglich das Signifikanzniveau auf $p=0,01$ erhöht.

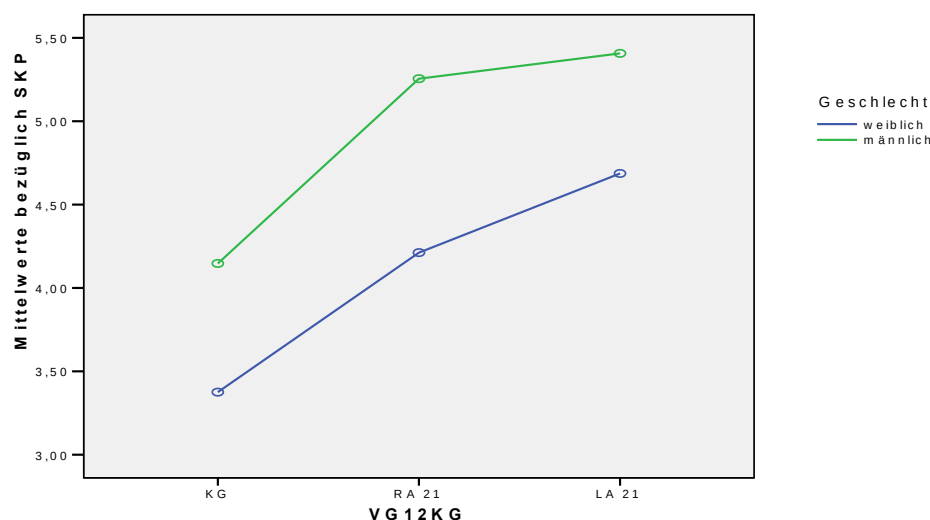
Die Testung der Haupteffekte ergibt ein hochsignifikantes Ergebnis ($p=,000$) für Gruppenzugehörigkeit mit einem F-Wert von 19,024 und Geschlecht mit einem F-Wert von 17,509. Frauen haben insgesamt im Schnitt um 1,06 Punkte weniger beim Selbstkonzept politischer Fähigkeiten als Männer. Der Wechselwirkung von Geschlecht und Gruppenzugehörigkeit ist nicht signifikant.

Tabelle E11 : Deskriptivstatistik, Ergebnisse nach Gruppe und Geschlecht bezüglich Selbstkonzept politischer Fähigkeiten

	MW	S.D.	N
KG	3,77	,98	65
RA 21	4,98	1,10	35
LA 21	5,19	1,17	30
weiblich	3,76	1,22	49
männlich	4,82	1,07	81
Gesamt	4,43	1,24	130

Die Post-Hoc-Testung mittels Games-Howell-Test ergibt hochsignifikante Unterschiede zwischen der Kontrollgruppe und der regionalen Agenda 21 ($p=,000$) und der lokalen Agenda 21 ($p=,000$). Die Mitglieder der regionalen Agenda 21 haben um 1,21, die Mitglieder der lokalen Agenda 21 um 1,41 Punkte mehr als die Kontrollgruppe. Zwischen lokaler und regionaler Agenda 21 gibt es keine signifikanten Unterschiede (2,24 Punkte).

Abbildung E9: Mittelwerte nach Geschlecht und Gruppe vom Selbstkonzept politischer Fähigkeiten



Interpretation

Die beiden Agenda 21-Gruppen haben ein signifikant stärker ausgeprägtes politisches Selbstkonzept als die Kontrollgruppe, Männer haben außerdem ein höher ausgeprägtes Selbstkonzept als Frauen. Der Effekt für die Gruppenzugehörigkeit ist groß ($f=0,56$), der Effekt für Geschlechtszugehörigkeit mittel ($f=0,45$).

7.3.1.2. Internale politische Kontrollüberzeugungen.

H31: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich den internalen politischen Kontrollüberzeugungen.

H41: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich den internalen politischen Kontrollüberzeugungen.

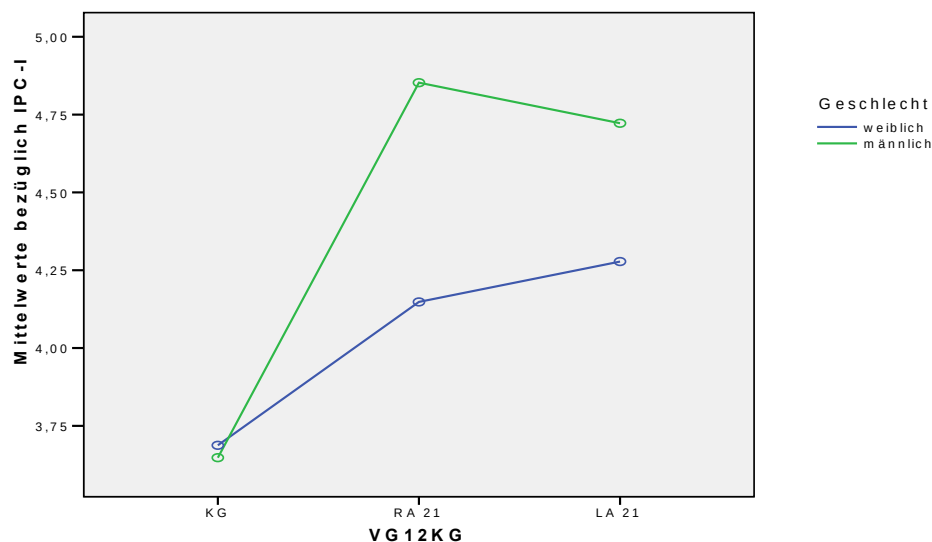
Für die Skala kann Homogenität der Varianzen angenommen, nachdem der durchgeführte Levene-Test mit $F=0,740$ ($p=,595$) nicht signifikant war. Das Ergebnis der zweifaktoriellen Varianzanalyse zeigt einen signifikanten Haupteffekt der Gruppenzugehörigkeit mit einem F-Wert von 9,025 ($p=0,000$) und einer Tendenz beim Haupteffekt der Geschlechtszugehörigkeit mit einem F-Wert von 3,05 ($p=0,081$). Die Wechselwirkungen zwischen Geschlecht und Gruppen sind nicht signifikant ($F= 1,357$, $p=0,251$). Tabelle E12 gibt eine Übersicht über Mittelwerte nach Geschlecht und Gruppe mit Aufschluss über die Richtung der Unterschiede.

Tabelle E12: Deskriptivstatistik nach Geschlecht und Gruppe von internalen politischen Kontrollüberzeugungen

	MW	S. D.	N
KG	3,67	,93	67
RA 21	4,67	1,20	35
LA 21	4,58	1,11	30
weiblich	3,87	1,05	50
männlich	4,30	1,18	82
Total	4,14	1,15	132

Der Games-Howell-Test ergibt signifikante Unterschiede der Kontrollgruppe im Vergleich mit der regionalen Agenda 21 mit einer Mittelwertsdifferenz von 1,00 ($p=,000$) und im Vergleich mit der lokalen Agenda 21 mit einer Mittelwertsdifferenz von 0,91 (0,001). Zwischen den beiden Agenda 21-Gruppen gibt es keine signifikanten Unterschiede.

Abbildung E10: Mittelwerte nach Geschlecht und Gruppe bezüglich internalen politischen Kontrollüberzeugungen



Interpretation

Agenda 21-Mitglieder haben diesen Ergebnissen zufolge signifikant höhere interne politische Kontrollüberzeugungen als die Probandinnen der Kontrollgruppe. Männer, die an einem Agenda 21-Projekt teilnehmen, haben eine tendenziell höhere interne politische Kontrollüberzeugung als ihre Kolleginnen. Der Effekt für die Gruppenzugehörigkeit ist mittel ($f = 0,47$), der Effekt für Geschlechtszugehörigkeit klein ($f = 0,10$).

7.3.1.3. Externale politische Kontrollüberzeugungen.

H51: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich den externalen politischen Kontrollüberzeugungen.

H61: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich den externalen politischen Kontrollüberzeugungen.

Die Varianzhomogenität der Gruppen wird mit einem nicht-signifikanten Ergebnis ($p = 0,065$) durch den Levene Test bestätigt. Die zweifaktorielle Varianzanalyse ermittelt einen hochsignifikanten Haupteffekt für die Gruppenzugehörigkeit mit einem F-Wert von 11,52 ($p = ,000$). Geschlechtszugehörigkeit ($F = 0,365$, $p = 0,547$) und die Wechselwirkung von Geschlechtszugehörigkeit und Gruppe ($F = 0,193$, $p = 0,824$) sind nicht signifikant. Tabelle E13 gibt die Deskriptivstatistik für die Gruppen wieder, auf

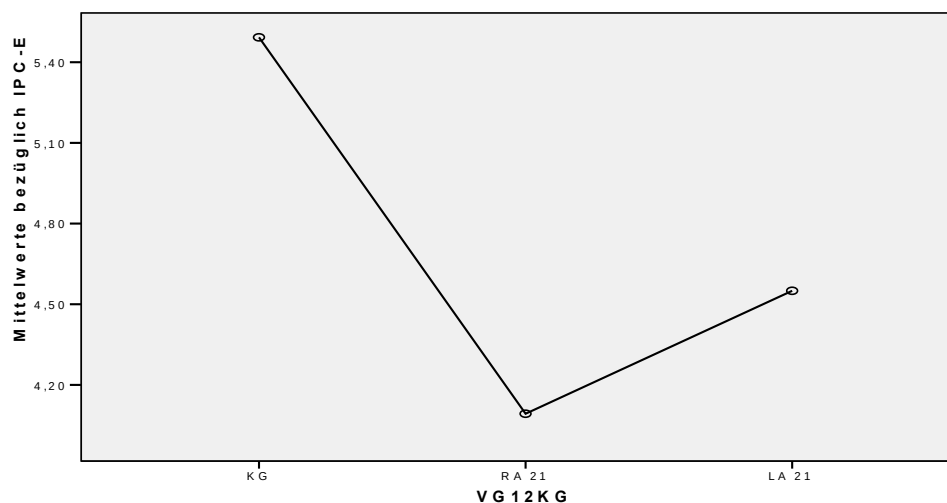
die Darstellung der Geschlechtszugehörigkeit wird aufgrund der nicht- signifikanten Ergebnisse verzichtet.

Tabelle E13: Deskriptivstatistik nach Gruppe von externalen politischen Kontrollüberzeugungen

	MW	SD	N
KG	5,49	0,92	67
RA 21	4,09	1,34	35
LA 21	4,55	0,94	30
Gesamt	4,91	1,21	132

Der Games-Howell-Test ermittelt hochsignifikante Unterschiede zwischen der Kontrollgruppe und der regionalen Agenda 21 ($p=,000$) und der lokalen Agenda 21 ($p=,000$). Die lokale Agenda 21-Gruppe hat im Schnitt um 0,94, die regionale Agenda 21-Gruppe im Schnitt um 1,4 Punkte weniger als die Kontrollgruppe.

Abbildung E11: Mittelwerte nach Gruppe von externalen politischen Kontrollüberzeugungen



Interpretation

Agenda 21-Mitglieder haben signifikant niedrigere externe politische Kontrollüberzeugungen als die Kontrollgruppe.

7.3.1.4. Fatalistische politische Kontrollüberzeugungen.

H7₁: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der fatalistischen Kontrollüberzeugungen.

H8₁: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der fatalistischen Kontrollüberzeugungen.

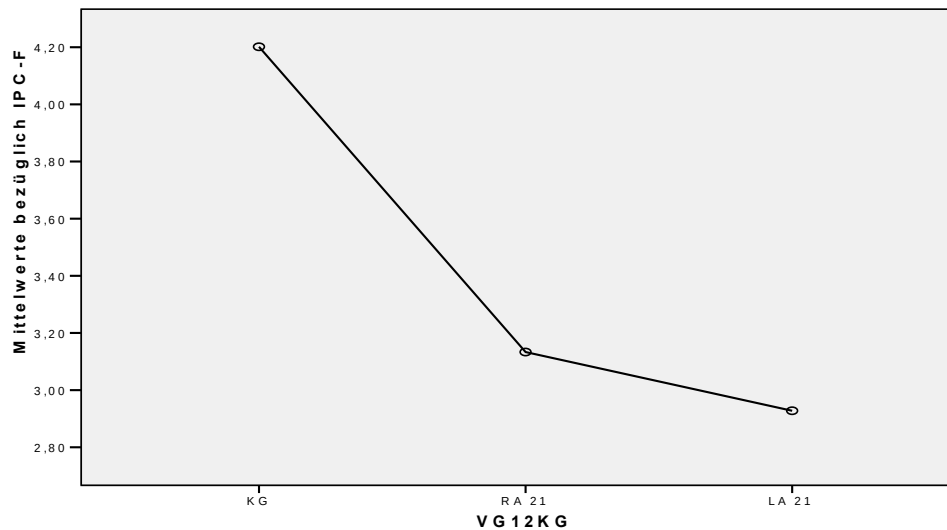
Der hierzu durchgeführte Levene-Test ist nicht signifikant ($F= 1,20$, $p=,312$), die Homogenität der Varianzen kann angenommen werden. Die Ergebnisse der zweifaktoriellen Varianzanalysen zeigen einen hochsignifikanten Haupteffekt der Gruppenzugehörigkeit ($p=,000$; $F=11,49$), der Einfluss des Geschlechts ($F=0,26$, $p=0,611$) sowie Wechselwirkungen von Geschlecht und Gruppenzugehörigkeit ($F=0,823$ $p=0,442$) sind nicht signifikant. Tabelle E14 gibt eine Übersicht der Deskriptivstatistik nach Gruppen.

Tabelle E14: Deskriptivstatistik nach Gruppe bezüglich fatalistischen politischen Kontrollüberzeugungen

	MW	SD	N
KG	4,20	1,22	67
RA 21	3,13	1,37	35
LA 21	2,93	1,09	30
Gesamt	3,63	1,36	132

Der Games-Howell-Test ermittelte hochsignifikante Unterschiede, wenn die Kontrollgruppe mit der regionalen Agenda 21 beziehungsweise mit der lokalen Agenda 21 verglichen wird. Zwischen Kontrollgruppe und regionaler Agenda besteht eine Mittelwertsdifferenz von 1,07 ($p=0,001$), zwischen Kontrollgruppe und lokaler Agenda 21 eine Mittelwertsdifferenz von 1,27 ($p=0,000$). Die Unterschiede zwischen den beiden Agenda 21-Gruppen sind nicht signifikant.

Abbildung E12: Mittelwerte nach Gruppen bezüglich fatalistischen politischen Kontrollüberzeugungen



Interpretation

Die Agenda 21-Mitglieder zeigen signifikant niedrigere Ausprägungen in fatalistischen politischen Kontrollüberzeugungen als die Kontrollgruppe. Der Einfluss der Geschlechtszugehörigkeit ist nicht signifikant. Für die Gruppenzugehörigkeit wird ein großer Effekt ermittelt ($f=0,56$).

7.3.1.5. Vertrauen in die Politik.

H91: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich des Vertrauens in die Politik.

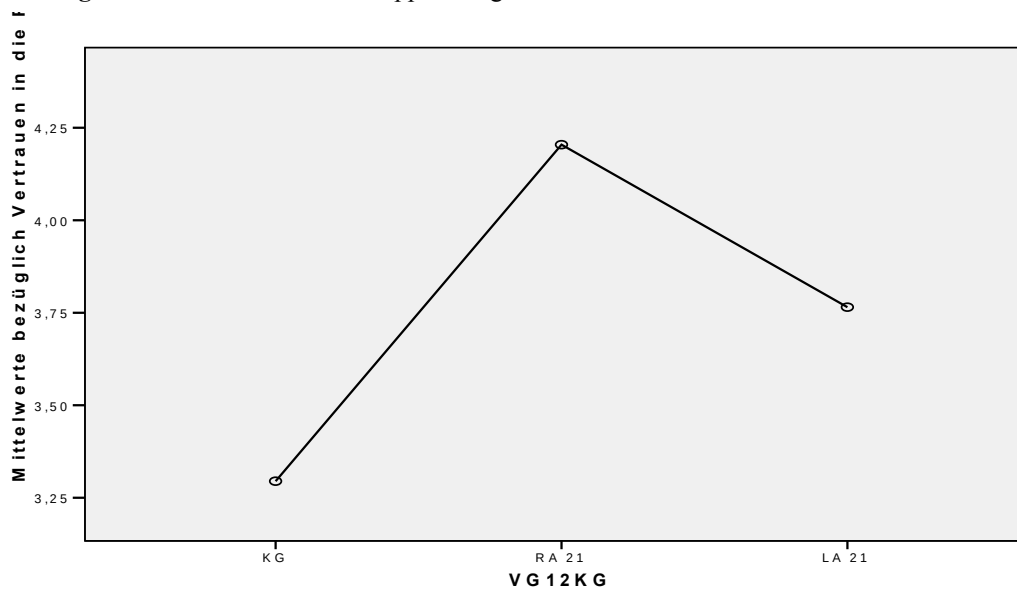
H101: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich des Vertrauens in die Politik.

Die Varianzhomogenität der Gruppen wird mit einem nicht-signifikanten Ergebnis ($F=1,20$, $p=0,315$) durch den Levene-Test bestätigt. Die zweifaktorielle Varianzanalyse ergibt einen tendenziellen Haupteffekt der Gruppenzugehörigkeit ($F=2,14$, $p=,065$), der Effekt des Geschlechts ($F=0,009$, $p=0,926$) ebenso wie die Wechselwirkungen ($F=0,210$, $p=0,811$) sind nicht signifikant.

Tabelle E15: Deskriptivstatistik nach Gruppe bezüglich Vertrauen in die Politik

	MW	SD	N
KG	3,29	1,23	67
RA 21	4,22	1,55	35
LA21	3,79	1,19	30
Gesamt	3,65	1,36	132

Der Games-Howell-Test ermittelt lediglich für den Gruppenvergleich der Kontrollgruppe zur regionalen Agenda 21 einen signifikanten Unterschied ($p=0,034$).

Abbildung E13 : Mittelwerte nach Gruppe bezüglich Vertrauen in die Politik

Interpretation

Die Mitglieder der regionalen Agenda 21 haben ein signifikant höheres Vertrauen in die Politik und die PolitikerInnen als die Kontrollgruppe. Ein Einfluss des Geschlechts auf diese Variable ist nicht festzustellen. Für die Gruppenzugehörigkeit wird ein kleiner Effekt ermittelt ($f=0,24$).

7.3.2. Ergebnisse bezüglich Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens

Die Modalitäten des Glaubens an eine gerechte Welt und deren Ausprägungen zwischen den Gruppen und Geschlechtern sind Inhalt dieses Abschnitts. Dabei werden die Modalitäten aufgeschlüsselt in den emotionalen Bezug, die Wahrnehmung, Einflussserwartungen und den eigenen Beitrag bezüglich einer gerechten Welt. Außerdem wird die Skala der Rechtfertigung von Ungleichheit berücksichtigt.

7.3.2.1. Gerechte-Welt-Glaube - emotionaler Bezug.

H11₁: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

H12₁: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

Mit einem F-Wert von 1,523 ist der Levene-Test nicht signifikant ($p=0,187$), Varianzenhomogenität kann somit angenommen werden.

Die Ergebnisse der zweifaktoriellen Varianzanalyse sind nicht signifikant. Weder der Haupteffekt der Gruppe ($F=0,983$, $p=0,377$), des Geschlechts ($F=0,103$, $p=0,749$), noch die Wechselwirkungen ($F=0,180$, $p=0,836$) sind aussagekräftig. Tabelle E16 gibt die ähnlichen Mittelwerte der Gruppen wieder.

Tabelle E16: Deskriptivstatistik nach Gruppe von emotionalen Bezug zu Gerechte Welt Glauben

	MW	S. D.	N
KG	4,85	1,24	66
RA 21	4,46	1,49	33
LA 21	4,68	1,08	30
Gesamt	4,71	1,27	129

Interpretation:

Es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen und zwischen den Geschlechtern bezogen auf Emotionen hinsichtlich eines Glaubens an ein gerechtes Österreich. Diese Skala umfasst den Wunsch und das Bedürfnis nach, ebenso wie die empfundene Sicherheit durch und das empfundene Glück bei Bewerkstelligung eines gerechten Österreichs.

7.3.2.2. Gerechte-Welt-Glaube – Wahrnehmung.

H111: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

H121: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

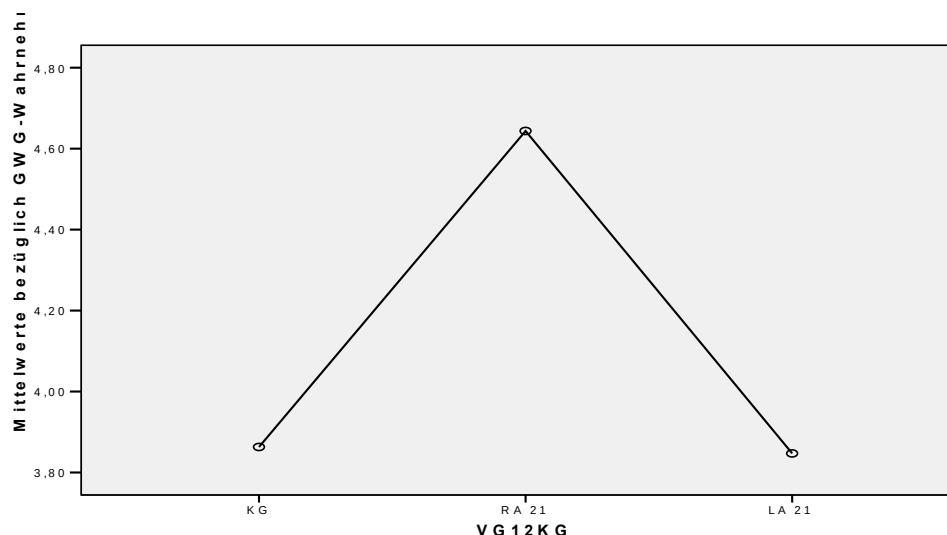
Der Levene-Test liefert mit einem F-Wert von 1,057 ein nicht-signifikantes Ergebnis ($p=,387$), die Varianzenhomogenität kann damit angenommen werden. Die zweifaktorielle Varianzanalyse ermittelt einen signifikanten Haupteffekt bei der Gruppenzugehörigkeit ($F=4,169$, $p=,0184$;). Der Haupteffekt des Geschlechts ($F=0,163$, $p=0,687$) und die Wechselwirkungen ($F=0,369$, $p=0,687$) sind nicht signifikant. Tabelle E17 listet hierzu die Gruppenmittelwerte.

Tabelle E 17: Deskriptivstatistik nach Gruppe bezüglich der Wahrnehmung einer Gerechten Welt

	MW	SD	N
KG	3,87	1,23	65
RA 21	4,58	1,40	35
LA 21	3,81	0,96	30
Gesamt	4,05	1,26	130

Der Mittelwert der regionalen Agenda 21 weicht 0,71 Punkte vom Mittelwert der Kontrollgruppe ($p=0,038$) und 0,77 Punkte vom Mittelwert der lokalen Agenda 21 ab ($p=0,030$), signifikante Unterschiede nach dem Games-Howell post hoc- Test.

Abbildung E 14: Mittelwerte nach Gruppe bezüglich der Wahrnehmung einer gerechten Welt



Interpretation

Die ProbandInnen der regionalen Agenda 21 haben signifikant höhere Ausprägungen in der Wahrnehmung eines Gerechte-Welt-Glaubens als die Kontrollgruppe oder die lokale Agenda 21. Sie sind eher der Meinung, dass es in Österreich gerecht zugeht, und jeder insgesamt bekommt was er verdient als der Rest der Stichprobe. Für die Gruppenzugehörigkeit wird ein kleiner Effekt ($f=0,27$) ermittelt.

7.3.2.3. Gerechte-Welt-Glaube – Einflussserwartungen.

H111: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

H121: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

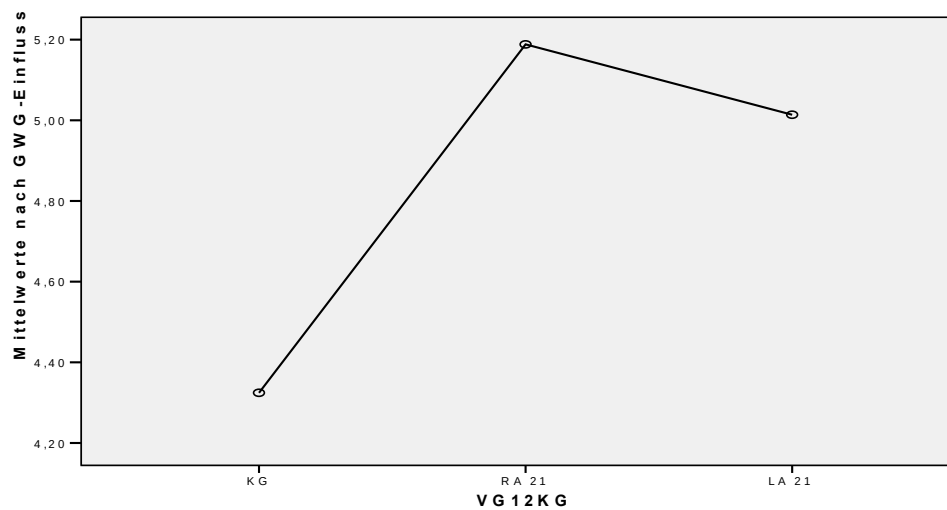
Der Levene-Test ist mit einem F-Wert von 2,057 ($p=0,075$) nicht signifikant, Varianzhomogenität kann angenommen werden. Die zweifaktorielle Varianzanalyse ermittelt einen hochsignifikanten Haupteffekt der Gruppenzugehörigkeit mit einem F-Wert von 5,25 ($p=0,006$). Für die Geschlechtszugehörigkeit ($F=0,431$, $p=0,513$) und Wechselwirkungen ($F=0,299$, $p=0,742$) werden keine signifikanten Effekte gefunden.

Tabelle E18: Deskriptivstatistik nach Gruppe bezüglich den Einflussserwartungen für eine gerechte Welt

	MW	SD	N
KG	4,32	1,46	67
RA 21	5,20	1,13	34
LA 21	5,11	1,09	30
Gesamt	4,73	1,36	131

Tabelle E18 zeigt die Mittelwerte der Gruppen. Während die Differenzen zwischen den Agenda 21 Versuchsgruppen minimal sind, ergibt der Games-Howell-Test signifikante Unterschiede zwischen Kontrollgruppe und der regionalen Agenda 21 (0,88, $p=0,004$) sowie der Kontrollgruppe und lokalen Agenda 21 (0,79, $p=0,012$).

Abbildung E15: Mittelwerte nach Gruppe bezüglich den Einflussserwartungen einer Gerechten Welt



Interpretation

Die ProbandInnen der beiden Agenda 21-Versuchsgruppen haben signifikant höhere Einflussserwartungen bezüglich eines gerechten Österreichs. Sie halten es eher für machbar, Gerechtigkeit in Österreich zu stiften und glauben mehr daran, dass sie dazu etwas beitragen können. Für die Gruppenzugehörigkeit wird ein kleiner Effekt ($f=0,30$) ermittelt.

7.3.2.4. Gerechte-Welt-Glaube – eigener Beitrag.

H11₁: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

H12₁: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens.

Da der Kolmogorov-Smirnov-Test signifikant ist (KS-Z:1,77, $p=0,004$), kann Normalverteilung nicht angenommen werden, anstelle der zweifaktoriellen Varianzanalyse muss der Kruskal-Wallis-Test für die Berechnung der Unterschiede zwischen den Gruppen verwendet werden. Für den Effekt der Geschlechtszugehörigkeit wird der U-Test verwendet. Auf die Ermittlung von Wechselwirkungen muss verzichtet werden.

Tabelle E19: Rangniveau nach Gruppe von Beitrag zu einer gerechten Welt

		N	Rangmittel
GWG- Beitrag	KG	67	52,82
	RA 21	33	78,85
	LA 21	30	79,13
	Gesamt	130	

Tabelle E20: Kruskal-Wallis-Test Ergebnisse von Beitrag zu einer gerechten Welt

	GWG- Beitrag
Chi-Quadrat	15,923
df	2
Asymp. Sig.	,000

Der Kruskal-Wallis-Test ermittelt einen hochsignifikanten Einfluss (Chi-Quadrat= 15,923, $p=,000$) der Gruppenzugehörigkeit auf den geleisteten Beitrag zu einer gerechten Welt. Tabelle E19 ist zu entnehmen, dass sich die beiden Agenda 21-Gruppen annähernd gleichen, die Unterschiede in den Rangmitteln erwachsen aus der Differenz zu der Kontrollgruppe. Der U-Test ermittelt keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen ($z=-0,661$, $p=,509$).

Interpretation

Die beiden Agenda 21-Gruppen weisen einen signifikant höheren Wert bei der Skala Gerechte-Welt-Glauben-Beitrag auf, als die Kontrollgruppe. Damit sind die ProbandInnen der Agenda 21 eher als die Kontrollgruppe davon überzeugt, einen Beitrag für ein gerechteres Österreich zu leisten.

7.3.2.5. Rechtfertigung von Ungleichheit.

H13₁: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Rechtfertigung von Ungleichheit.

H14₁: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Rechtfertigung von Ungleichheit.

Der Levene-Test ist mit einem F-Wert von 0,538 nicht signifikant ($p=0,747$), Homogenität der Varianzen in den Gruppen kann als gegeben betrachtet werden.

Die zweifaktorielle Varianzanalyse ermittelt keinen Effekt der Gruppenzugehörigkeit,

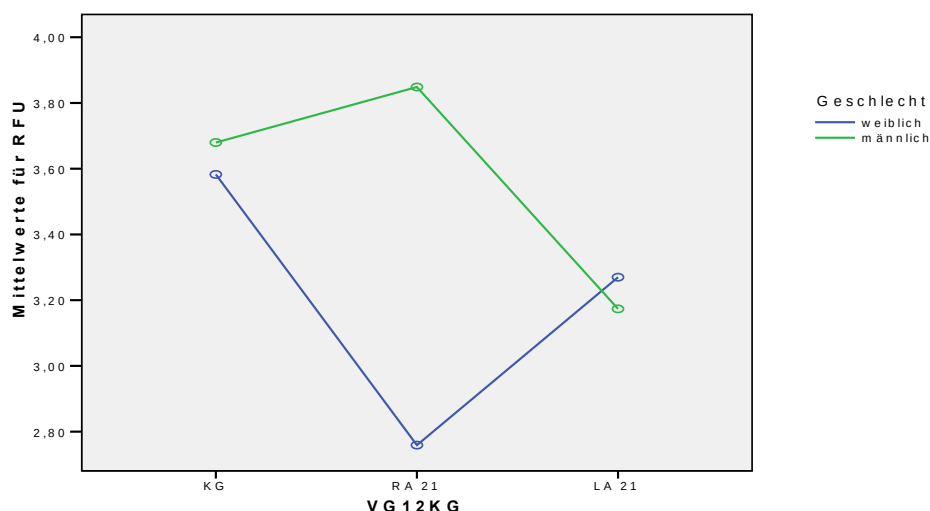
jedoch tendenzielle Effekte von Geschlecht ($F= 3,126$, $p=0,080$) und der Wechselwirkung zwischen Geschlecht und Gruppenzugehörigkeit ($F= 2,731$, $p=0,069$).

Tabelle E21: Deskriptivstatistik nach Geschlecht und Gruppe bezüglich der Rechtfertigung von Ungleichheit

		MW	SD	N
KG	weiblich	3,58	1,05	32
	männlich	3,68	0,99	35
	KG ges.	3,63	1,01	67
RA 21	weiblich	2,76	1,15	8
	männlich	3,85	0,84	25
	RA 21 ges.	3,58	1,02	33
LA 21	weiblich	3,27	1,19	9
	männlich	3,17	0,94	21
	LA 21 ges.	3,20	1,00	30
Gesamt	weiblich	3,39	1,11	49
	männlich	3,60	0,96	81
	Gesamt	3,52	1,02	130

Eine Analyse der Gruppenmittelwerte durch Tabelle E21 und Abbildung E16 zeigt, dass die Unterschiede zwischen Männern und Frauen vor allem durch die weiblichen TeilnehmerInnen der regionalen Agenda 21 entstehen. Die Frauen der regionalen Agenda 21 liegen um 0,76 Punkte unter dem Gesamtmittelwert der Stichprobe, während bei der lokalen Agenda 21 und der Kontrollgruppe nur minimale Unterschiede bestehen.

Abbildung E16: Mittelwerte nach Gruppe und Geschlecht bezüglich Rechtfertigung von Ungleichheit



Interpretation

Die weiblichen Probanden der regionalen Agenda 21 haben eine tendenziell niedrigere Ausprägung, Ungleichheiten rechtfertigen. Sie machen sich also die Existenz von Ungleichheit weniger erträglich durch Strategien wie beispielsweise Selbstverschuldungsvorwürfe an Opfer, oder Bestätigen gängiger Vorurteile. Frauen rechtfertigen tendenziell weniger Ungleichheiten als Männer. Für die Geschlechtszugehörigkeit wird ein kleiner Effekt (0,10) ermittelt.

7.3.3. Ergebnisse bezüglich der ortsbezogenen Identität

H151: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der ortsbezogenen Identität.

H161: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der ortsbezogenen Identität.

Der Levene-Test ist mit einem F-Wert von 1,591 ($p=0,144$) nicht signifikant, die Homogenität der Varianzen ist somit bestätigt. Für die lokale Identität wurde auch die mögliche Störvariable der Herkunft miteinbezogen, da angenommen wird, dass die ortsbezogene Identität am Land allgemein höher als in der Stadt ist.

Signifikante Haupteffekte finden sich bei der dreifaktoriellen Varianzanalyse für Gruppenzugehörigkeit ($F=7,830$, $p=0,001$), Geschlecht ($F=4,068$, $p=0,046$) und Wohnort ($F=5,225$, $p=0,024$), die Wechselwirkung zwischen Geschlecht und Gruppe war nicht signifikant ($F=0,968$, $p=0,383$).

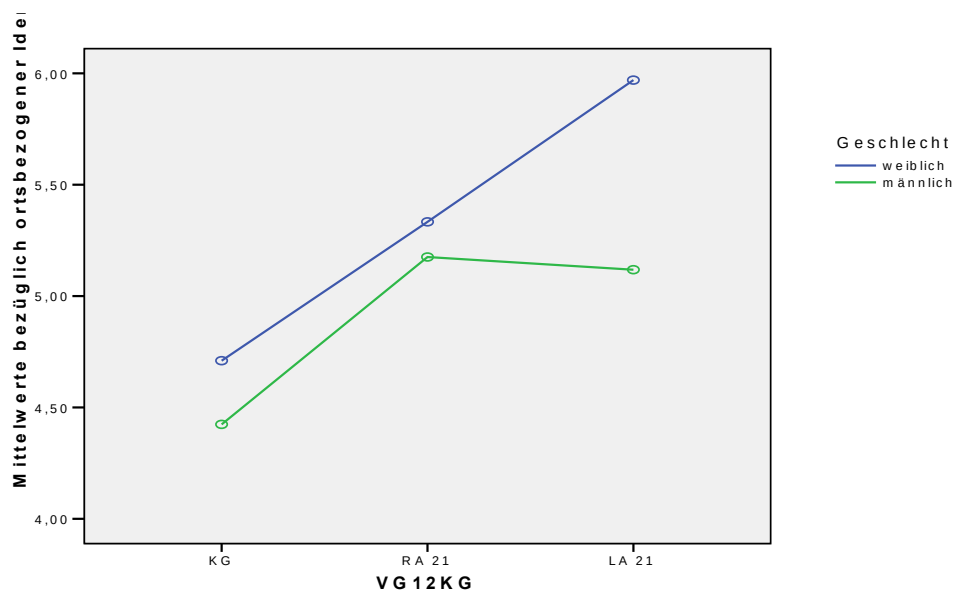
Tabelle E22: Deskriptivstatistik nach Geschlecht, Gruppe und Wohnort bezüglich ortsbezogener Identität

	MW	SD	N
KG Land	4,90	0,99	36
KG Stadt	4,20	0,98	30
KG gesamt	4,58	1,04	66
RA 21	5,53	1,29	33
LA 21	5,06	0,93	30
weiblich	5,13	0,98	49
männlich	4,82	1,23	80
Ges. Land	5,20	1,18	69
Ges. Stadt	4,63	1,04	60
Gesamt	4,94	1,15	129

Da für die Herkunft ein signifikanter Haupteffekt in der Varianzanalyse ermittelt wird, ist eine post hoc- Berechnung, welche sich auf die Kontrollgruppe im Gesamten

bezieht, nicht sinnvoll. Stattdessen werden die Mitglieder der regionalen Agenda 21 mit den Probanden der Kontrollgruppe ländlicher Herkunft und die Mitglieder der lokalen Agenda 21 mit den Wiener Probanden verglichen. Erhoben werden die Unterschiede mittels eines T-Tests für unabhängige Stichproben. Dabei wird ein hochsignifikanter Unterschied zwischen den lokalen Agenda 21 Mitgliedern und der Wiener Kontrollgruppe ($t=3,407$, $p=0,001$), sowie ein signifikanter Unterschied zwischen den regionalen Agenda 21 Mitgliedern und der Mühlviertler Kontrollgruppe ($t=2,275$, $p=0,026$) ermittelt. Die Richtung der Unterschiede lässt sich an Tabelle E 22 ablesen.

Abbildung E17: Mittelwerte nach Gruppe und Geschlecht bezüglich ortsbezogener Identität



Interpretation

Der vermutete Einfluss der Herkunft auf die Intensität der lokalen Identität bestätigt sich, die Bewohner des Mühlviertels haben signifikant höhere Werte als die Wiener Stichprobe. Bezüglich der Gruppen hat sowohl die lokale als auch die regionale Agenda 21 signifikant höhere Werte als die in ihrer Herkunft vergleichbaren Kontrollgruppen. Für die Gruppenzugehörigkeit wird ein mittlerer Effekt ($f=0,34$) ermittelt. Frauen haben eine signifikant stärker ausgeprägte lokale Identität als Männer. Der Effekt ist klein ($f=0,13$).

7.3.4. Ergebnisse bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft

H171: Die Gruppen unterscheiden sich signifikant bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft.

H181: Die Geschlechter unterscheiden sich signifikant bezüglich der Dauer der Vereinsmitgliedschaft.

Da der Kolmogorov-Smirnov-Test ein signifikantes Ergebnis liefert (KS-Z: 2,238, $p=0,000$) kann für die Stichprobe keine Normalverteilung angenommen werden.

Der Einfluss der Gruppenzugehörigkeit muss mittels Kruskal-Wallis-Test, der Einfluss des Geschlechts und der Herkunft mittels Mann-Whitney-U-Test ermittelt werden.

Für das Geschlecht wird kein signifikanter Unterschied ermittelt ($Z=-1,611$, $p=0,101$), für die Herkunft wird ein hochsignifikanter Unterschied ermittelt ($Z=6,286$, $p=0,000$).

Landbewohner haben mehr Vereinserfahrung gemessen an der Dauer der Mitgliedschaft als Stadtbewohner. Tabelle E23 gibt die Rangverteilung für den Einfluss der Gruppenzugehörigkeit wieder. Das Gesamtmodell für die Gruppenzugehörigkeit ist mit einem Chi-Quadrat von 48,813 hochsignifikant ($p=0,000$).

Tabelle E23: mittleres Rangniveau von Dauer der Vereinsmitgliedschaft

		N	mittleres Rangniveau
Dauer Vereinsmitgliedschaft	KG Stadt	29	31,00
	LA 21	29	53,00
	KG Land	35	73,66
	RA 21	35	92,63
	Total	128	

Interpretation

Die regionale Agenda 21 hat eine signifikant größere Vereinserfahrung als die zum Vergleich geeignete Mühlviertler Teilstichprobe der Kontrollgruppe, die lokale Agenda 21 hat mehr Vereinserfahrung als die Wiener Teilstichprobe der Kontrollgruppe. Für die Gruppenzugehörigkeit wird ein mittlerer Effekt ermittelt ($f=0,46$). Der Effekt wird aber wesentlich durch die Herkunft ($f=0,52$) beeinflusst, da die Mühlviertler signifikant größere Vereinserfahrung als die Wiener haben.

7.3.5. Ergebnisse bezüglich des Gesamtmodells

Inhalt dieses Abschnitts ist die Analyse der Ergebnisse bezüglich eines Gesamtmodells der Vorhersage. Ein solches wird für die Agenda 21-Teilnahme, die Bereitschaft zur Agenda 21-Partizipation und die Intensität der Beteiligung ermittelt.

7.3.5.1. Agenda 21-Teilnahme.

H191: Die Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können die Teilnahme an der Agenda 21 voraussagen.

Zur Überprüfung dieser Hypothese werden die beiden Versuchsgruppen der Agenda 21 zusammengefasst und mit der Kontrollgruppe verglichen. Die Interpretierbarkeit ist bei den meisten Skalen gut gegeben, da die Varianzanalysen zwischen den beiden Agenda 21-Gruppen kaum signifikante Unterschiede finden. Einzige Ausnahmen sind die Gerechte-Welt-Skala-Wahrnehmung und die Dauer der Vereinsmitgliedschaft.

Um die für die Voraussage zur Bereitschaft relevantesten Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten zu ermitteln, wird die logistische Regression eingesetzt. Durch die Methode Stepwise-Backward-Wald werden schrittweise jene Determinanten aus dem Gesamtmodell genommen, die keinen signifikanten Einfluss auf die Vorhersage haben. Dabei können einzelne Skalen so viel Informationsgehalt besitzen, dass andere Skalen, die vorerst für sich signifikant das Gesamtmodell verändern würden, nicht mehr benötigt werden. Tabelle E24 gibt jene Skalen an, die einen signifikanten Einfluss darauf haben, ob sich die ProbandInnen an der Agenda 21 beteiligen oder nicht.

Tabelle E24: Score-Statistik von Agenda 21 Teilnahme

			Score	df	Sig.
Schritt 0	Variablen	SKP	34,230	1	,000
		IPC-internal	23,390	1	,000
		IPC-external	21,849	1	,000
		IPC-fatalistisch	26,634	1	,000
		Vertrauen	12,125	1	,000
		lokale Identität	7,143	1	,008
		GWG- Einfluss	13,613	1	,000
		GWG- Beitrag	17,713	1	,000
		Geschlecht(1)	3,922	1	,048
		Dauer Vereinsmitgliedschaft	5,899	1	,015
	Gesamt Statistik		51,398	15	,000

Die logistische Regression benötigt schließlich 11 Schritte, um die aussagekräftigsten Variablen zu ermitteln. Das Gesamtmodell sagt 78,6 % der Fälle korrekt vorher. Das Modell besitzt nach elf Schritten ein chi-Quadrat von 62,665(df=4), damit ist die Vorhersagequalität des Gesamtmodells hochsignifikant ($p=,000$). Das Nagelkerke R Square liegt bei 0,553, der Wert “-2 Log likelihood“ bei 99,523. Der Hosmer-Lemeshow-Test ist nicht signifikant (Chi-Quadrat: 13,138, $p=0,107$), die Stichprobe ist adäquat.

Die folgende Abbildung gibt die für die Vorhersage relevanten Skalen mit Signifikanzniveau und Wald-Statistik wieder. Hochsignifikant sind der Einfluss von SKP ($p=0,001$) und IPC-external (0,001), wobei mit externalen politischen Kontrollüberzeugungen und Agenda 21-Partizipation ein negativer Zusammenhang besteht. Die übrigen Skalen, die vor dem ersten Schritt der Regression ebenfalls signifikante Vorhersagekraft besessen haben, verlieren ihren Informationswert durch die im 11. Schritt berücksichtigten Variablen.

Tabelle E25: Regressionsmodell von Agenda 21 Teilnahme

	B	S.D.	Wald	Sig.	Exp(B)
Schritt 11(a) SKP	,081	,024	11,482	,001	1,084
IPC- external	-,312	,091	11,713	,001	,732
ortsbezogene Identität	,055	,024	5,203	,023	1,057
GWG-Beitrag	,285	,130	4,767	,029	1,329
Konstante	-4,397	2,143	4,209	,040	,012

a Variable(n) eingegeben bei Schritt 1: SKP, IPC-internal, IPC-external, IPC-fatalistisch, Vertrauen, RFU, lokale Identität, GWG-affektiv, GWG-Wahrnehmung, GWG-Einfluss, GWG-Beitrag, Bildungsniveau, Geschlecht, Dauer-Vereinsmitgliedschaft.

Interpretation

Ein gutes Selbstkonzept politischer Fähigkeiten, niedrige externe politische Kontrollüberzeugungen, eine starke lokale Identität und die Überzeugung, einen Beitrag für ein gerechteres Österreich zu leisten, sagen die Agenda 21-Partizipation von allen erhobenen Variablen am besten voraus.

7.3.5.2. Bereitschaft zur Teilnahme an der Agenda 21.

H201: Die Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können die Bereitschaft zur Agenda 21 Beteiligung vorhersagen.

Zur Überprüfung dieser Hypothese wird eine Berechnung mittels multipler Regression herangezogen. 55 Versuchspersonen der Kontrollgruppe liefern vollständige Werte. Nach der schrittweisen Entfernung von Prädiktoren, deren Einfluss auf das Gesamtmodell nicht signifikant ist, verbleibt folgendes Modell: Im 11. Schritt bleibt ein signifikanter Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft von den internalen politischen Kontrollüberzeugungen ($p=0,015$) und der eigene Beitrag für ein gerechteres Österreich ($p=0,021$). Das politische Selbstkonzept hat ebenfalls tendenziellen Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft. Außerdem zeigt sich eine Tendenz, dass bezüglich des Bildungsniveaus sowohl MaturantInnen ($p=0,087$) als auch ProbandInnen ohne Maturaabschluss ($p=0,070$) höhere Bereitschaft zur Partizipation im Vergleich zur Referenzgruppe mit den UniversitätsabsolventInnen besitzen. Das Modell ist hochsignifikant mit einem F-Wert von 6,322 ($p=0,000$). Die erklärte Varianz wird mit dem Adjustierten R-Quadrat angegeben und liegt bei 0,330.

Tabelle E26: Regressionsmodell von Agenda 21-Bereitschaft

	Unstandardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	t	Sig.
	B	Std. Fehler	Beta		
Schritt 11 (Konstante)	-8,537	2,369		-3,603	,001
SKPGESAMTNEU	,084	,048	,237	1,729	,090
IPCIGesamt	,215	,085	,322	2,530	,015
GWGTaten	,347	,146	,284	2,377	,021
Matura vs. Rest	2,029	1,162	,236	1,746	,087
keine Matura vs. Rest	1,993	1,076	,259	1,853	,070

a abhängige Variable: BereitGesamt

Interpretation

Die Bereitschaft, an der lokalen/regionalen Agenda 21 teilzunehmen, lässt sich am besten durch internale politischen Kontrollüberzeugungen und durch die Überzeugung, mit eigenen Taten zu einem gerechteren Österreich beizutragen, voraussagen. Weiters besteht eine Tendenz, dass ein hoch ausgeprägtes politisches Selbstkonzept die Bereitschaft verstärkt. Bezüglich des Bildungsniveaus besteht eine Tendenz, dass Nicht-MaturantInnen und MaturantInnen eher bereit sind, an der Agenda 21 teilzunehmen.

7.3.5.3. Intensität der Beteiligung.

H211: Die Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten können die Intensität der Beteiligung vorhersagen.

Eine multiple Regression ermittelt den Einfluss der Determinanten auf das Ausmaß der Agenda 21 – Beteiligung, welche zwischen einer und sechzehn verschiedenen Aktivitäten variieren kann. Die schrittweise Methode führt in 14 Schritten zur Erklärung der Intensität der Beteiligung durch zwei Prädiktoren. Zum einen die Einflussserwartungen für die Herstellung eines gerechteren Österreich ($p=0,011$), zum anderen haben Partizipierende ohne Maturabschluss signifikant weniger Aktivitäten aufzuweisen ($p=0,026$) als jene mit höherem Bildungsniveau. Das Gesamtmodell ist mit einem F-Wert von 7,190 ($p=0,002$) hochsignifikant, der Anteil erklärter Varianz mit einem adjustierten R-Quadrat von 0,176 ist jedoch sehr gering.

Tabelle E27: Regressionsmodell von Teilnahmeintensität

	Unstandardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	t	Sig.
	B	S. D.	Beta		
Schritt 14 (Konstante)	2,630	2,065		1,27	,208
GWGkontrollierbar	,248	,094	,318	2,63	,011
keine Matura vs. Rest	-2,011	,880	-,276	-2,28	,026

Interpretation

Die Intensität der Agenda 21-Beteiligung lässt sich durch die Einflussserwartung auf eine gerechtes Österreich vorhersagen. Bezüglich des Bildungsniveaus ist festzustellen, dass ProbandInnen ohne Matura weniger Aktivitäten bei der Lokalen Agenda 21 vorweisen.

8. Interpretation und Diskussion

Die vorliegende Arbeit setzte sich zum Ziel, Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten für lokale Agenda 21 Partizipation zu eruieren. Aufgrund zahlreicher interessanter Ergebnisse der statistischen Hypothesenprüfung kann man dieses Vorhaben durchwegs als gelungen betrachten. Relevante Ergebnisse und deren Bezug zur bestehenden Forschung ist der Inhalt dieses Kapitels. Dabei wird zunächst die Deskriptivstatistik vor allem zur Analyse der Stichprobenauswahl und der Vergleichbarkeit der Versuchsgruppen mit der Kontrollgruppe verwendet. Danach werden die generalisierten Erwartungshaltungen, die Dimensionen des Gerechten Welt Glaubens, die Vereinerfahrung und die ortsbezogene Identität auf ihre Tauglichkeit als Determinanten für politische Partizipation diskutiert.

Von großer Relevanz für die Interpretierbarkeit für die Ergebnisse ist eine gleichmäßige Verteilung der Ausprägungen der soziodemographischen Merkmale auf die Gruppen der lokalen und der regionalen Agenda 21 und der Kontrollgruppe. Wie bereits Bourdieu (1983) feststellte, ist ökonomisches Kapital in Form von Einkommen und kulturelles Kapital in Form von Bildung für die Entscheidung zu politischer Partizipation bedeutsam, da diese Ausprägungen persönlichen Kapitals entscheidend die Entwicklung derartiger Handlungskompetenzen beeinflussen. Die Analyse der Gruppen hinsichtlich des Bildungsniveaus brachte keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen. Bezüglich des Einkommens hingegen lässt sich feststellen, dass die Agenda 21-Gruppen stärker im oberen Einkommensbereich vertreten sind. Sollten also bezüglich der erhobenen Determinanten Unterschiede auftreten, sind sie nicht auf das Bildungsniveau zurückzuführen. Bezüglich des Alters (MW = 44,3 Jahre) konnten ebenfalls keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden, auch die Berufsformen waren annähernd gleich verteilt. Nicht optimal gelungen ist die ProbandInnenzuweisung im Bereich der Geschlechtszugehörigkeit. In den beiden Versuchsgruppen der Agenda 21 finden sich 18 Frauen und 47 Männer, während die Kontrollgruppe diesbezüglich ausgewogener aufgeteilt ist (32 Frauen, 45 Männer). Kaase (1997) ist jedoch der Meinung, Frauen gerade die Partizipation im unkonventionellen politischen Partizipationsbereich als lohnenswert erachten. Ein Blick auf die Verteilung in dieser Stichprobe lässt das nicht vermuten, da die Anzahl männlicher Agenda 21-Teilnehmer deutlich überwiegt.

Ein zentrales Konstrukt der generalisierten Erwartungshaltungen bezüglich politischen Handels ist das Selbstkonzept politischer Handlungen. Bei den beiden

Agenda 21-Gruppen findet sich ein signifikant stärker ausgeprägtes Selbstkonzept als bei der Kontrollgruppe. Damit bestätigt sich auch das Postulat von Krampen (2000), dass das politische Selbstkonzept als ein wichtiger Bestandteil von Einflussserwartungen auf das Geschehen durch eigenes Handeln eine Determinante für politische Partizipation darstellt. Männer haben außerdem ein höher ausgeprägtes Selbstkonzept für politisches Handeln als Frauen. Dieser Effekt lässt sich sowohl in den Agenda 21-Gruppen, als auch in der Kontrollgruppe feststellen. Da die Aussagen der Skala zum Selbstkonzept politischer Fähigkeiten sehr allgemein Einstellungen zu politischer Partizipation erfassen, die nicht unbedingt auf unkonventionelle Beteiligung zu beschränken sind, widerspricht dieses Ergebnis nicht der Annahme von Kaase (1997).

Internale Kontrollüberzeugungen sind bei den beiden Agenda 21-Gruppen ebenfalls signifikant höher ausgeprägt als bei der Kontrollgruppe ausgeprägt. Frauen weisen lediglich tendenziell geringere Ausprägungen als Männer auf. Sowohl das Ergebnis bezüglich des Selbstkonzepts als auch das der internalen Kontrollüberzeugungen deckt sich mit den empirischen Befunden Krampens (1988) bei der Untersuchung politischer Handlungsorientierungen bei Jugendlichen. Überraschend ist lediglich, dass die regionale Agenda 21, die sich auch aus Vertretern der Bezirkspolitik zusammensetzt, nicht höhere Werte als die lokale Agenda 21 aufweist.

Die Analyse externaler politischer Kontrollüberzeugungen bringt ein überraschendes Ergebnis: Die Agenda 21-Gruppen haben signifikant niedrigere externale politische Kontrollüberzeugungen als die Kontrollgruppe. Die regionale Agenda 21 hat tendenziell noch niedrigere Werte als die Mitglieder der lokalen Agenda 21, obwohl Vertreter der Bezirkspolitik in den Verein eingebunden sind. Damit stehen die Ergebnisse dieser Studie im Widerspruch zu jenen von Preiser (1982), der für politisch Beteiligte hohe Kontrollerwartungen an die Parteien und Vereine ermittelt hatte. Der Autor nahm an, dass sich Partizipierende aus der Erwartungshaltung heraus, dass Vereine politische Wirkmacht besitzen würde, eher politischen Vereinen anschließen würden. Da aber die lokale/regionale Agenda 21 eher unkonventionelle Beteiligungsmöglichkeiten anbietet, ist bei diesem Verein wohl auch eher die Meinung verbreitet, dass es mehr auf den Einzelnen denn auf Institutionen und Parteien ankommt.

Erwartungsgemäß zeigen hingegen die Agenda 21-Gruppen signifikant niedrigere Ausprägungen in fatalistischen politischen Kontrollüberzeugungen als die Kontrollgruppe. Das Ergebnis bestätigt die Studie von Levenson (1972), welcher

politisch Partizipierenden niedrige Ausprägungen fatalistischer Sichtweisen auf die Kontrollierbarkeit politischer Ereignisse zuschreibt. Würden die Beteiligten konstruktive Resultate im politischen Bereich allein als ein Werk des Zufalls interpretieren, wären sie kaum motiviert, Initiative zu ergreifen.

Ein signifikant höheres Vertrauen in die Politik und die PolitikerInnen als die Kontrollgruppe weisen nur die Mitglieder der regionalen Agenda 21 auf. Das Ergebnis lässt sich auf die Zusammensetzung der regionalen Agenda 21 zurückführen, da sie auch Vertreter der Bezirkspolitik zu ihrem Verein zählt. Diese haben aufgrund ihrer Arbeit vermutlich auch mehr Vertrauen in die Politik. Ein Einfluss des Geschlechts auf diese Variable ist nicht festzustellen. Damit kann Krampens (2000) Theorie, dass unkonventionelle politische Partizipation oft aus Misstrauen an der konventionellen Politik heraus entsteht, nicht belegt werden. Allerdings hat sich in Krampens (1988) Studie das Vertrauen in die Politik ebenfalls als nicht aussagekräftig in Bezug zur Vorhersage politischer Partizipation erwiesen.

Bezüglich der Modalitäten des Glaubens an die Gerechte Welt lässt sich zusammenfassend ableiten, dass es den Mitgliedern und TeilnehmerInnen der Agenda 21 kein außerordentlich großes emotionales Bedürfnis sein dürfte, ein gerechteres Österreich zu erleben. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Agenda 21-Gruppen nicht voneinander. Allerdings nehmen die Mitglieder der regionalen Agenda 21 ein gerechtes Österreich eher wahr, als die ProbandInnen der lokalen Agenda 21 und die Kontrollgruppe. Ihre Partizipation begründet sich also nicht mit dem Ankämpfen gegen ein Unbehagen, dass das Wahrnehmen eines ungerechten Österreichs auslösen könnte. Damit stehen die Ergebnisse im Widerspruch zu jenen der Studie von Preiser (2003), welcher eine leicht gegenläufige Tendenz von Glauben an eine gerechte Welt und politischem Engagement ermittelte.

Unterschiede gibt es jedoch sehr wohl hinsichtlich Einflussserwartungen und dem eigenen Beitrag für ein gerechtes Österreich. Agenda 21-Mitglieder halten ein gerechtes Österreich eher für möglich und glauben mehr daran, selbst etwas bewirken zu können. Außerdem sind sie signifikant öfter der Meinung, auch einen eigenen Beitrag für ein gerechtes Österreich zu leisten. Ob der Glaube an die Möglichkeit eines gerechten Österreichs und die Überzeugung, selbst etwas bewirken zu können, Motivation für eine anfängliche Agenda 21 Beteiligung ist, oder erst durch die Partizipation bei der Agenda 21 entsteht, lässt sich nicht sagen. Bezüglich der Einflussserwartungen finden sich Parallelen zu den Ergebnissen von Montada und Mohiyeddini (1998). Die Autoren

ermittelten eine positive Korrelation zwischen der erlebten Selbstwirksamkeit, zu einem gerechteren Österreich beizutragen und politischem und sozialem Engagement. Eine Wechselwirkung von Gruppen- mit der Geschlechtszugehörigkeit lässt sich bei der Rechtfertigung von Ungleichheit finden, welche besonders Frauen der regionalen Agenda 21 zu vermeiden versuchen. Dass aber die Rechtfertigung von Ungleichheit in einer gegenläufigen Beziehung zu politischem Engagement stehe (Preiser, 2003), konnte nicht bestätigt werden.

Bezüglich der ortsbezogenen Identität kann sowohl die regionale Agenda 21 als auch die lokale Agenda 21 signifikant höhere Werte als die bezüglich der Herkunft in WienerInnen und MühlviertlerInnen geteilte Kontrollgruppe aufweisen. Eine Zuweisung der Agenda 21-Gruppen zu den in Herkunft übereinstimmenden Teil der Kontrollgruppe war aufgrund des signifikanten Effektes der Herkunft notwendig, da MühlviertlerInnen eine allgemein höher ausgeprägte Ortsidentität aufwiesen als WienerInnen. Frauen haben außerdem eine signifikant stärker ausgeprägte ortsbezogene Identität als Männer. Wenngleich keine Studien zum Einfluss der ortsbezogenen Identität auf politische Partizipation gefunden wurden, belegt eine Studie von Buse, Nelle und Opermann (1977), dass Menschen, die von Planungsvorhaben der Politik betroffen sind, eher am politischen Geschehen beteiligen. Götz (2000) berichtet außerdem von der Wichtigkeit der Betroffenheit für lokale Ereignisse bei der lokalen Agenda 21-Partizipation, Froessler (1994) betont den Einfluss räumlicher Distanz zu den Planungsvorhaben. Menschen, die sich mit ihrem Wohnort stark identifizieren, fühlen sich wohl auch eher von Planungsvorhaben betroffen als solche mit gering ausgeprägter ortsbezogener Identität.

Das Ausmaß der Vereinerfahrung wird wie die ortsbezogene Identität stark von der Herkunft beeinflusst. Aus diesem Grund werden die beiden Agenda 21-Gruppen wieder verglichen mit dem in punkto Herkunft vergleichbaren Teil der Kontrollgruppe. Die regionale und die lokale Agenda 21-Partizipierenden weisen signifikant mehr Vereinerfahrung auf, als die Kontrollgruppe. Dieses Ergebnis ist ganz im Sinne der Studie von Reinders und Youniss (2005), welche Vereinerfahrung als Einflussvariable für gemeinnützige Tätigkeiten und Partizipation ermittelten.

Die Teilnahme an der lokalen Agenda 21 lässt sich am besten durch ein stark ausgeprägtes Selbstkonzept politischer Fähigkeiten, durch eine stark ausgeprägte ortsbezogene Identität und durch die Überzeugung, einen Beitrag für ein gerechtes Österreich zu leisten, voraussagen. Externale politische Kontrollüberzeugungen sollten

schwach ausgeprägt sein. Diese Determinanten enthalten generellen Informationswert, weswegen andere bei den Einflussypothesen ebenfalls signifikante Determinanten nicht für die Vorhersage berücksichtigt werden müssen.

Für die Bereitschaft, an der lokalen/regionalen Agenda 21 teilzunehmen, konnte ermittelt werden, dass vor allem internale politische Kontrollüberzeugungen und die Überzeugung, mit eigenen Taten zu einem gerechteren Österreich beizutragen, relevant sind. Dass ein Konstrukt aus dem Bereich des Gerechte-Welt-Glaubens so wichtig für die Vorhersage der Bereitschaft ist, stellt eine gewisse Überraschung dar. Diese wird durch die Vorhersage der Intensität der Beteiligung noch verstärkt, da bei diesem Gesamtmodell neben dem Beleg, dass ProbandInnen ohne Matura weniger Aktivitäten bei der lokalen Agenda 21 vorweisen, allein die Einflussserwartungen bezüglich der Konstituierung eines gerechten Österreichs einen entscheidenden Beitrag zur Vorhersage leisten. Möglicherweise wäre die Vermittlung, mit der Teilnahme an einem lokalen/regionalen Agenda 21 Projekt zu einem gerechteren Österreich beizutragen, ein guter Weg, um in Zukunft neue Mitglieder anzuwerben.

Da die generalisierten Erwartungshaltungen nach Krampen (2000) sämtlich signifikant unterschiedlich zwischen der lokalen/regionalen Agenda und der Kontrollgruppe ausgeprägt waren, liegt die Vermutung nahe, dass für eine weitere Erforschung der Determinanten der Agendateilnahme die Ermittlung der im Modell relevanten Valenzen ebenfalls aufschlussreich wäre. So könnten Wertorientierungen als Ausdruck von Ergebnis- und Folge-Bewertungen von Agenda 21-Partizipation signifikanten Einfluss auf die Beteiligung haben. Die Analyse der Haltung der Partizipierenden gegenüber dem so wichtigen Aspekt der Nachhaltigkeit würde wohl auch Vorhersagekraft für die Partizipation bei der lokalen/regionalen Agenda 21 besitzen.

9. Zusammenfassung

Die vorliegende empirische Untersuchung behandelt Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten, die zur Teilnahme an den kommunalen Partizipationsprozessen der lokalen/regionalen Agenda 21 führen.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war es, zu überprüfen, ob es unterschiedliche Ausprägungen zwischen den Agenda 21-Gruppen und der Kontrollgruppe in für den politischen Bereich generalisierte Erwartungshaltungen, bei den Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens, sowie bei der Umweltdeterminante der ortsbezogenen Identität und außerdem der Vereinerfahrung gibt. Außerdem wurden die Determinanten auf ihre Vorhersagequalität für eine Agenda 21-Teilnahme, die Bereitschaft zur Partizipation, sowie die Intensität der Beteiligung geprüft.

Es wurden insgesamt 132 Personen befragt, davon 30 Partizipierende der Wiener lokalen Agenda 21, 35 Partizipierende der regionalen Agenda 21 Mühlviertler Alm und 67 Personen aus dem Mühlviertel und Wien, die die Kontrollgruppe bildeten. Der 12-seitige Fragebogen enthielt insgesamt 118 Items bestehend aus soziodemographischen Angaben und acht Skalen.

Im theoretischen Teil wurde zunächst die lokale/regionale Agenda 21 dargestellt. Danach wurde die historische Entwicklung sozialer Bewegungsforschung analysiert. Es kam weiters zu einer Auseinandersetzung mit dem Stufenmodell von Lüttringhaus (2000) und motivationspsychologischen Ansätzen sowie Determinanten, die in politischen Erklärungsmodellen nicht berücksichtigt wurden. Die Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens, ortsbezogene Identität und Geschlechtszugehörigkeit werden behandelt.

Im empirischen Teil zeigte sich, dass die für den politischen Bereich generalisierten Erwartungshaltungen nach Krampen (2000) in den Agenda 21-Gruppen im Vergleich zur Kontrollgruppe allesamt unterschiedlich ausgeprägt waren. Während das politische Selbstkonzept und die internalen Kontrollüberzeugungen in den Agenda 21-Gruppen höher ausgeprägt waren, zeigten sich niedrigere Werte in politisch externalen und fatalistischen Kontrollüberzeugungen. Die Partizipierenden der regionalen Agenda 21 hatten zudem mehr Vertrauen in die Politik und die Politikerinnen als die Kontrollgruppe.

Bezüglich der Modalitäten des Gerechte-Welt-Glaubens konnten nur teilweise signifikante Ergebnisse erzielt werden. So halten Agenda 21-Mitglieder ein gerechtes Österreich eher für möglich und glauben mehr daran, selbst etwas bewirken zu können.

Außerdem sind sie signifikant öfter der Meinung, auch einen eigenen Beitrag für ein gerechtes Österreich zu leisten.

Die Umweltdeterminante der ortsbezogenen Identität war bei den Agenda 21-Gruppen ebenfalls signifikant stärker ausgeprägt, als in der Kontrollgruppe. Außerdem haben die Agenda 21-Gruppen signifikant mehr Vereinserfahrung als die Kontrollgruppe.

Frauen haben signifikant niedrigere Ausprägungen im Selbstkonzept politischer Fähigkeiten und eine signifikant stärker entwickelte ortsbezogene Identität. Außerdem haben sie tendenziell schwächere internale politische Kontrollüberzeugungen und rechtfertigen Ungleichheiten tendenziell weniger als die männlichen Probanden.

Die Determinanten besitzen auch Vorhersagewert für die Teilnahme, Teilnahmebereitschaft und Intensität von Beteiligung. Ein stark ausgeprägtes Selbstkonzept politischer Fähigkeiten, starke ortsbezogene Identität und die Überzeugung, einen Beitrag für ein gerechtes Österreich zu leisten sagt ebenso wie schwach ausgeprägte externale politische Kontrollüberzeugungen die Teilnahme an der lokalen/regionalen Agenda 21 voraus. Große internale politische Kontrollüberzeugungen und die innere Wahrnehmung, mit eigenen Taten zu einem gerechteren Österreich beizutragen, sind relevant für die Vorhersage der Teilnahmebereitschaft. Für die Intensität der Beteiligung ist die Einflusserswartung, selbst zu einem gerechteren Österreich beitragen zu können maßgeblich. Außerdem sind Menschen ohne Maturaabschluss an weniger Projekten beteiligt also solche mit höherem Bildungsniveau.

Die Ergebnisse zeigen, dass Menschen, die sich an der lokalen/regionalen Agenda 21 beteiligen, sich im politischen Bereich als kompetent und wirksam erleben. Außerdem dürfte die Beteiligung zu der Überzeugung führen, dass man zu einem gerechteren Österreich beitrage. Von Interesse für weitere Untersuchungen sind die Valenzen im Modell von Krampen (2000), insbesondere Werthaltungen, die wohl gleich den erhobenen generalisierten Erwartungshaltungen Vorhersagekraft bezüglich der Agenda 21 Teilnahme besitzen. Die Analyse der Haltung der Partizipierenden gegenüber dem so wichtigen Aspekt der Nachhaltigkeit würde wohl auch Vorhersagekraft für die Partizipation bei der lokalen/regionalen Agenda 21 besitzen.

10. Literaturverzeichnis

Ajuba, C. (2007). *Glaube an eine gerechte Welt und soziales Engagement. Eine Studie über den Glauben an eine gerechte Welt von Flüchtlingsbetreuern*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.

Alemann, H. v. (1977). *Der Forschungsprozess. Eine Einführung in die Praxis der empirischen Sozialforschung*. Stuttgart: Kröner.

Almond, G. & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: University Press.

Antalovsky, E. (Hrsg.) (1991). *Die Bürger und ihre Stadt: direkte Demokratie in der Kommunalpolitik*. Wien: Magistrat der Stadt Wien.

Arnstein, S. R. (1972). Stufen der Bürgerbeteiligung. In: Lauritzen, L. (Hrsg.), *Mehr Demokratie im Städtebau* (S. 192-218). Hannover: Fackelträger-Verlag Schmidt-Küster.

Bahrndt, H. P. (1971). *Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft*. Hamburg: Wegner.

Balch, G. I. (1974). Multiple indicators in survey research: The concept "sense of political efficacy". *Political Methodology*, 1, 1-43.

Bandura, A. (1977). Self-efficacy: Toward a unifying theory of behavioural change. *Psychological Review*, 84, 191- 215.

Becker, H. & Keim, K. D. (1973). *Wahrnehmung in der städtischen Umwelt- möglicher Impuls für kollektives Handeln*. Berlin: Kiepert.

Bendig, C. & Bierhoff, H. W. (2003). Dimensionen und Ebenen von politischem Vertrauen. In: Schweer, M. K. W. (Hrsg.), *Vertrauen im Spannungsfeld politischen Handelns. Herausforderungen und Perspektiven für eine Politische Psychologie* (S.65-79). Frankfurt am Main: Peter Lang.

Bortz, J. & Döring, N. (2002). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. 3. Auflage. Berlin; Heidelberg: Springer Verlag.

Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten*. (Soziale Welt. Sonderband 2) (S.183-198). Göttingen: Schwartz.

Buck, L. & Bierhoff, H. W. (1986). Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit: Skalen zur Erfassung des Vertrauens in eine konkrete Person. *Zeitschrift für Differentielle und Diagnostische Psychologie*, 7, 205-223.

Bundesvorstand der SPD (Hrsg.) (1997). *SPD und Großstädte*. Bonn: Paul-Rugenstein Verlag.

Buse, M., Nelle W. & Opermann, R. (1977). *Determinanten politischer Partizipation: Band 20 von Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland*. Meisenheim: Hain Verlag.

Chombart de Lauwe, P.H. (1956). *La vie quotidienne de familles ouvrières*. Paris: Presses Universitaires de France.

Dalbert, C. (1998). Belief in a just world, well-being, and coping with an unjust fate. In L. Montada & M. J. Lerner (Eds.), *Responses to victimizations and belief in a just world* (pp. 87–105). New York: Plenum Press.

Dalbert, C. (2002). Beliefs in a just world as a buffer against anger. *Social Justice Research*, 15, 123–145.

Dalbert, C., Montada, L. & Schmitt, M. (1987). Glaube an eine gerechte Welt als Motiv: Validierungskorrelate zweier Skalen. *Psychologische Beiträge*, 29, 596-615.

Dangschat, J. S. (1996). Gesellschaft in Bewegung. *Sozial Extra*, 9, 14-17.

De Haan, G., Kuckartz, U. & Rheingans-Heintze, A. (Hrsg. vom Umweltbundesamt) (2000). *Bürgerbeteiligung in Lokale Agenda 21-Initiativen. Analysen zu Kommunikations- und Organisationsformen*. Opladen: Leske und Budrich.

Diebäcker, M. (Hrsg.) (2004). *Partizipative Stadtentwicklung und Agenda 21. Diskurse-Methoden-Praxis*. Wien: Edition Volkshochschule.

Dörenbach, W. (1982). *Bounded rationality. Problemlösen bei kognitiven Beschränkungen des Individuums und Komplexität der Umwelt*. Frankfurt/Main: Lang.

Downs, R. M. & Stevens, D. (Eds.) (1973). *Image and environment. Cognitive mapping and spatial behavior*. Chicago: Aldine.

Durkheim, E. (1893). *De la division du travail social*. Paris: Alcan.

Edlinger, R. & Botymka, H. (1989). *Bürgerbeteiligung und Planungsrealität: Erfahrungen, Methoden und Perspektiven*. Wien: Picus.

Erking, T. (2006). *Psychologische Beiträge zur Stadtentwicklung am Beispiel des Projektes „Miteinander im Lichtentalerpark“*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.

Field, A. (2005). *Discovering Statistics Using SPSS*. London: Sage Publications.

Fishbein, M. & Ajzen, I. (1975). *Belief, attitude, intention and behavior*. Reading/Mass.: Addison-Wesley.

Franz, M. (1989). *Stadtteilentwicklung von unten*. Basel; Boston; Berlin: Birkhäuser Verlag.

Froessler, R. (1994). *Stadtviertel in der Krise. Innovative Ansätze zu einer integrierten Quartiersentwicklung in Europa*. Dortmund: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Gabriel, O. W. (1986). Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske & Budrich.

Gabriel, O.W. (1988). Politische Partizipation und kommunale Politik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29, 3-29.

Gabriel, O. W., Kunz, V. (2002). Die Bedeutung des Sozialkapitals-Ansatzes für die Erklärung politischen Vertrauens. In: Schmalz-Bruns, R. & Zintl, R. (Hrsg.), *Politisches Vertrauen: soziale Grundlagen reflexiver Kooperation* (S. 255-274). Baden-Baden: Nomos.

Garcia-Sanchez & Prado-Lorenzo (2008). Determinant Factors in the Degree of Implementation of Local Agenda 21 in the European Union. *Sustainable Development*, 16 (1), 17-34.

Goffman, E. (1977): *Rahmen-Analyse: Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt: Suhrkamp.

Göschel, A., Lettko, B. (1984). *Lokale Identität als Element der Stadtentwicklung. Pilotstudie (1982.13) im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*. Bonn: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

Götz, A. (2000). *Die Lokale Agenda 21 in Wien-Alsergrund aus Sicht der Beteiligten. Evaluation eines partizipativen Projekts auf der Grundlage gemeindepsychologischer Konzepte*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.

Graumann, G. F. (1988). Der Kognitivismus in der Sozialpsychologie-Die Kehrseite der „Wende“. *Psychologische Rundschau*, 39, 83-90.

Gukenbiehl, H. (1995). Milieu. In: Kopp, J., Schäfers, B. (Hrsg), *Grundbegriffe der Soziologie. 4. Auflage* (S. 208-290). Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hafer, C. L. (2000). Investment in long-term goals and commitment to just means drive the need to believe in a just world. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 26, 1059–1073.

Haußer, K. (1983). *Identitätsentwicklung*. New York: Harper & Row (UTB).

Häußermann, H. & Siebel, W. (1987). *Neue Urbanität*. Frankfurt: Suhrkamp.

Heckhausen, H. (1977). Motivation: Kognitionspsychologische Aufspaltung eines summarischen Konstrukts. *Psychologische Rundschau*, 28, 175-189.

Herrmann, T. (1982). Über begriffliches Schwächen kognitivistischer Kognitionstheorien: Begriffsinflation und Aktuer-System- Kontamination. *Sprache und Kognition*, 1, 3-14.

Hoecker, B. (1987). *Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie*. Opladen: Leske & Budrich.

Hoecker, B. (1998). *Handbuch politischer Partizipation von Frauen in Europa*. Opladen: Leske & Budrich.

Hofmann, W. (1971). *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*. Berlin: de Gruyter.

Hoff, E. (1982). Formen des Kontrollbewusstseins. In: Preiser, S. (Hrsg.), *Kognitive und emotionale Aspekte politischen Engagements* (S. 106-124). Weinheim; Basel: Beltz.

Hollihn, F. (1978). *Partizipation und Demokratie. Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß?* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Inglehart, R. (1988). *Politische Kultur und stabile Demokratie*. Berlin: PVS.

James, W. (1890). *The principles of psychology*. New York: Holt.

Jungmeier, P., Seher, W. (2008). *LEADER 2007-2013 und Agenda 21 im regionalen Zusammenspiel. Leader und Agenda 21. Endbericht.*

Kaase, M. (1982). Partizipatorische Revolution- Ende der Parteien? In: Raschke, J. (Hrsg.), *Bürger und Parteien: Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung* (S. 173-189). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kaase, M. (1997). Politische Beteiligung / Politische Partizipation. In: Andersen, U. & Woyke, R. (Hrsg.). *Handwörterbuch des politischen Systems Deutschland* (S.444-449). Opladen: Leske und Budrich.

Kern, T. (2008). *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kirchler, E. & Rodler, C. (2001). *Motivation in Organisationen. Arbeits- und Organisationspsychologie I.* Wien: WUV.

Kitwood, T. M. (1976). On values and value systems. *Educational Research*, 18, 223-231.

Klinger, E. W. & Baumert, K. (2003). Vertrauen und Legitimität als Determinanten politischen Engagements. Theoretische Überlegungen und Forschungsperspektiven. In: Schweer, M. K. W. (Hrsg.). *Vertrauen im Spannungsfeld politischen Handelns. Herausforderungen und Perspektiven für eine Politische Psychologie* (S. 51-65). Frankfurt am Main: Peter Lang.

Kornhauser, W. (1959). *The Politics of Mass Society.* Glencoe: Free Press.

Krampen, G. (1988). Sequenzanalytische Befunde zur Entwicklung politischer Handlungsorientierungen im Jugendalter. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie u. Pädagogische Psychologie*, 32, 325-340.

Krampen, G. (1991). *Entwicklung politischer Handlungsorientierungen im Jugendalter*. Ergebnisse einer explorativen Längsschnitt-Sequenzanalyse. Göttingen: Hogrefe.

Krampen, G. (1998). Vorhersage politischer Partizipation und Entwicklung politischer Handlungsorientierungen im Übergang vom Jugend- zum frühen Erwachsenenalter: Befunde einer Nacherhebung sieben Jahre später. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, 30, 80-88.

Krampen, G. (2000). *Handlungstheoretische Persönlichkeitspsychologie. Konzeptuelle und empirische Beiträge zur Konstrukterstellung*. Hogrefe: Verlag für Psychologie.

Kushner, H.S. (2004). *When Bad Things Happen to Good People*. New York: Anchor Books.

Lalli, M. (1989). *Stadtbezogene Identität: theoretische Präzisierung und empirische Operationalisierung. Bericht 89-1*. Darmstadt: Institut für Psychologie.

Le Bon, G. (1950): *Psychologie der Massen*. Stuttgart: Kröner.

Lerner, M. J. & Simmons, C. H. (1966). The observer's reaction to the „innocent victim“: Compassion or rejection ? *Journal of Personality and Social Psychology*, 4, 203-210.

Lerner, M. J. (1977). The justice motive: Some hypotheses as to its origins and forms. *Journal of Personality*, 45, 1-52.

Lerner, M. J. (1980). *The belief in a just world: A fundamental delusion*. New York: Plenum Press.

Levenson, H. (1972). Distinctions within the concept of internal-external control: Development of a new scale. *Proceedings of the 80th Annual Convention of the American Psychological Association*, 7, 261-262.

Levenson, H. (1974). Activism and powerful others. *Journal of Personality Assessment*, 38, 377-383.

Lovejoy, A.O. (1950). Terminal and adjectival values. *J. Philos.*, 47, 593-608.

Lippert, S. (2002). *Politisches Engagement - noch immer eine Frage des Geschlechts? Geschlechtsspezifische Aspekte politischer Partizipation unter besonderer Berücksichtigung politischer Proteste*. Hamburg: Kovac.

Lovejoy, A.O. (1950). Terminal and adjectival values. *Journal of Philosophy*, 47, 593-608.

Luhmann, N. (1987). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Lüttringhaus, M. (2000). *Stadtentwicklung und Partizipation*. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Lutz, C. (1986): *Die Kommunikationsgesellschaft: Ein Leitbild für die Politik und Wirtschaft Westeuropas (Schriftenband 45)*. Rüslikon: Gottlieb Duttweiler Institut.

Maderthaner, R. (1995). Soziale Faktoren urbaner Lebensqualität. In Keul, A. G. (Hrsg.), *Wohlbefinden in der Stadt. Umwelt- und gesundheitspsychologische Perspektiven*. (S. 172-197). Weinheim: Beltz, PUV.

Maes, J. (1998). Immanent justice and ultimate justice: Two ways of believing in justice. In Montada, L. & Lerner M. J. (Eds.), *Responses to victimizations and belief in a just world (pp. 9-38)*. New York: Plenum Press.

Maes, J., Schmitt, M. & Seiler, U. (2000). Politischer Konservatismus und der Glaube an Gerechtigkeit. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 8 (1), 39-53.

Marsh, A. (1977). *Protest and political consciousness*. Beverly Hills: Sage.

Maturana, H. R. & Varela, J. F. (1987). *Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln menschlichen Erkennens*. Bern; München: Scherz Verlag.

Meyer, R. & Rüegg, W. (1979). Wertforschung im systematischen internationalen Vergleich. In: Klages, H. & Kmieciak, P. (Hrsg.), *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel* (S. 41- 60). Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Mohiyeddini, C. & Montada, L. (1998). BJW and Self-Efficacy in Coping with observed Victimization: Results from a study about unemployment. In Montada, L. Lerner, M. J. (Eds.), *Responses to victimizations and belief in a just world* (pp.41-65). New York: Plenum Press.

Möckli, S. (1994). *Direkte Demokratie : ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und Kalifornien, unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien*. Wien; Bern: Haupt.

Moises, M. (2004). *Partizipation in Vorfeldorganisationen nach dem handlungstheoretischen Partialmodell der Persönlichkeit für Analysen der politischen Partizipation (Krampen, 1987, 1991)*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.

Müller-Christ, G. (1998) (Hrsg.). Nachhaltigkeit durch Partizipation. Bürgerbeteiligung im Agendaprozeß. Sternenfels: Verlag Wissenschaft & Praxis.

Oel, H. U. (1982). *Sozialräumliche Beziehungen und Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklungsplanung*. München: Georg Müller Verlag.

Offe, C. (1996). Bewährungsproben- über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.), *Demokratie am Wendepunkt: Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*(S. 141-157). Berlin: Campus Verlag.

Opp, K. D., Roehl, W. (1990). *Der Tschernobyl- Effekt: Eine Untersuchung über die Ursachen politischen Protests. Band 83 von Studien zur Sozialwissenschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Preiser, S. (1982). Generalisierte und spezifische Kontrollüberzeugungen in ihrer Bedeutung für soziales, politisches und berufliches Engagement. In Preiser, S. (Hrsg.), *Kognitive und emotionale Aspekte politischen Engagements* (S.71-86). Weinheim; Basel: Beltz.

Preiser, S. (2003). Moralische Rechtfertigung von Ungleichheit - Psychische Mechanismen im Prozess der Entsolidarisierung. *Zeitschrift für Politische Psychologie*. 12, 3-23.

Proshansky, H. M., Fabian, A. K. & Kaminoff, R. (1983). Place-identity: Physical world socialization of the self. *Journal of Environmental Psychology*, 3, 57-83.

Pye, L. W. & Verba, S. (Eds.) (1965). *Political Culture and Political Development*. Princeton: Princeton University Press.

Reinders, H. & Youniss, J. (2005). Gemeinnützige Tätigkeit und politische Partizipationsbereitschaft bei amerikanischen und deutschen Jugendlichen. *Psychologie in Erziehung und Unterricht*. 52(1), 1-19.

Rheinberg, F. (2009). Motivation. In: Brandstätter, V. & Otto, J.H. (Hrsg.). *Handbuch der allgemeinen Psychologie – Motivation und Emotion* (S. 668-674). Göttingen: Hogrefe Verlag.

Rinke, R.G. (1984). *Partizipation und sozial-räumliche Planung öffentlicher Institutionen*. Frankfurt am Main: Haag und Herchen.

Rokeach, M. (1970). *Beliefs, attitudes and values. A theory of organisation and change*. San Francisco: Jossey-Bass, Inc., Publishers.

Rokeach, M. (1973). *The nature of human values*. New York/London: Free Press.

Rollinson, D. (2008). *Organisational behaviour and analysis. An integrated approach*. Edinburgh Gate: Pearson Education Limited.

Rommelspacher, T. (1996). Einheit in der Differenz? Überlegungen zur Zukunft des Ruhrgebiets. In: Kommunalverband Ruhrgebiet (Hrsg.), *Standorte-Jahrbuch Ruhrgebiet 1995/1996* (S.17-23). Essen: Klartext-Verlag.

Rotter, J. B. (1955). The role of the psychological situation in determining the direction of human behavior. *Nebraska Symposium on Motivation* 3, 245-268.

Rotter, J.B. (1966). Generalized expectancies for internal versus external control of reinforcement. *Psychological Monographs*, 80, 1-24.

Rotter, J. B. (1972). An introduction of social learning theory. In Rotter, J.B., Chance, J.E. & Phares, E.J. (Eds.), *Applications of a social learning theory of personality* (pp. 1-43). New York: Holt, Rinehart & Winston.

Schimank, U. (2000). *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*. Weinheim: Juventa.

Schmidt, M. G. (2004). *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Kröner.

Schmitt, M. J. (1998). Methodological Strategies in Research to Validate Measures of Belief in a Just World. In Montada, L. & Lerner, M. J. (Eds.), *Responses to an Belief in a Just World* (pp. 187-215). New York: Plenum Press.

Schnierer, T. (1996). Von der kompetitiven Gesellschaft zur Erlebnisgesellschaft? Der „Fahrstuhleffekt“, die subjektive Relevanz der sozialen Ungleichheit und die Ventilfunktion des Wertewandels. *Zeitschrift für Soziologie*, 1, 71-82.

Schulze, G. (1996). Die Wahrnehmungsblockade- Vom Verlust der Spürbarkeit der Demokratie. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.), *Demokratie am Wendepunkt: Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts* (S. 33-51). Berlin: Siedler Verlag.

Simmel, G. (1903,1995). Die Großstädte und das Geistesleben. In: Simmel G. (Hrsg.): *Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908, Band 1* (S. 116-131). Hrsg. von Kramme, R., Rammstedt A, & Rammstedt O. Gesamtausgabe Band 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Snow, D. A., & Benford, R. D. (2000). Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26, 611-639.

Spehl, H. (1999). *Nachhaltige Regionalentwicklung. Band 25 von Informationen.* Rheinhessen-Nahe: Planungsgemeinschaft.

Stadt Essen (Hrsg.) (1993): *Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet. Kleinräumige Entwicklungen der Sozialstruktur im Zeitraum 31.12.1988- 31.12.1991. Beiträge zur Stadtforschung.* Essen: Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen.

Stiksrud, H. A. (1982). Das Werte-Inventar von M. Rokeach als sozialdiagnostisches Verfahren, In: Preiser, S. (Hrsg.), *Kognitive und emotionale Aspekte politischen Engagements* (S 38-53). Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Strohmeier, K.P. (1996). *Alternativen zur politischen Partizipation durch Bürgerbeteiligung an der Aufgabenerfüllung: Kommunale Problemlösestrategien und Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips. Manuskript des Fachbereichs Soziologie der Fakultät für Sozialwissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum.* Bochum: Universität Bochum.

Tausch, N. (2005). *Kommunale Partizipationsprozesse aus persönlicher, sozialer und ökonomischer Sicht.* Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.

Thum, K. (1981). Soziale Bindungen an das Wohnviertel. In Bodzenta, E., Speiser, I. & Thum, K. (Hrsg.), *Wo sind die Großstädter daheim? Studien über Bindungen an das Wohnviertel* (S. 33- 108). Wien: Böhlau.

Treinen, H. (1965). Symbolische Ortsbezogenheit. Eine soziologische Untersuchung zum Heimatproblem. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 17, 73-97..

Verein Lokale Agenda 21 Wien, Binder-Zehetner, A., Taucher, J. (Hrsg.) (2007). *2007 Nachlese*, Linz: Friedrich VDV.

Weber, M. (1984): *Soziologische Grundbegriffe*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Siebeck)

Weth, B. (1992). *Der Regierungssprecher als Mediator zwischen Regierung und Öffentlichkeit. Rollen- und Funktionsanalyse von Regierungssprechern im Regierungs- und Massenkommunikationssystem der Bundesrepublik Deutschland (1949-1982)*. Würzburg: Ergon Verlag.

Wilson, B. M. (1980). Social space and symbolic interaction. In A. Buttner & D. Seamon (Eds.), *The human experience of space and place* (pp. 135- 147). London: Croom Helm.

Zald, M. N. (1992). Looking Backward to Look Forward. In: Morris, A. D. & McClurg Mueller C. (Eds.), *Frontiers in Social Movement Theory* (pp. 326-348). New Haven: Yale University Press.

Internetquellen

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (Hrsg.), Wien. Zugriff am 25.5.2010 unter <http://www.nachhaltigkeit.at/article/archive/25709>.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1994). *Agenda 21 Dokument*. Bonn: Köllen Druck und Verlag. Zugriff am 25.5.2010 unter <http://www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/69458/1/25728>.

World Commission on Environment and Development (Ed.) (1987). *Our Common Future, From One Earth to One World*. Zugriff am 17.5.2010 unter <http://www.un-documents.net/ocf-ov.htm#I>.

Verband Mühlviertler Alm - Verein für Regional u. Tourismusentwicklung. Zugriff am 23.5.2010 unter http://muehlviertleralm.at/at/front_content.php?idcatart=65&client=1&lang=1.

Verein lokale Agenda 21 Wien. Zugriff am 20.5.2010 unter <http://la21wien.at/projekte>.

11. Anhang

11.1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung T1: Vereinsstruktur lokale Agenda 21 Wien.....	16
Abbildung T2: Stufenmodell der Partizipation.....	22
Abbildung T3: Determinanten politischer Partizipation.....	25
Abbildung T4: Struktur des Werteinventars.....	33
Abbildung T5: Wertequadrat.....	34
Abbildung T6: Instrumentalitätstheoretisches Modell.....	36
Abbildung T7: Handlungstheoretisches Partialmodell der Persönlichkeit für politische Partizipation.....	37
Abbildung T8: Handlungstendenz resultierend aus Wertigkeit von Ereignissen und Vertrauen/Misstrauen.....	40
Abbildung E1: Alter in Jahren Gesamtstichprobe.....	66
Abbildung E2: Kreisdiagramm Geschlechtszugehörigkeit Gesamtstichprobe.....	67
Abbildung E3: Kreisdiagramm Familienstand Gesamtstichprobe.....	68
Abbildung E4 : Kreisdiagramm Bildungsniveau in Gesamtstichprobe.....	70
Abbildung E5: Verteilung Nettoeinkommen nach Agenda 21-Teilnahme.....	71
Abbildung E6: Screeplot der Faktorenlösung von Glauben an eine gerechte Welt.....	77
Abbildung E7: Screeplot Faktorenlösung von Rechtfertigung von Ungleichheit.....	80
Abbildung E8: Screeplot Faktorenlösung von ortsbezogener Identität.....	81
Abbildung E9: Mittelwerte nach Geschlecht und Gruppe vom Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.....	83
Abbildung E10: Mittelwerte nach Geschlecht und Gruppe bezüglich internalen politischen Kontrollüberzeugungen.....	85
Abbildung E11: Mittelwerte nach Gruppe von externalen politischen Kontrollüberzeugungen.....	86
Abbildung E12: Mittelwerte nach Gruppen bezüglich fatalistischen politischen Kontrollüberzeugungen.....	88
Abbildung E13 : Mittelwerte nach Gruppe bezüglich Vertrauen in die Politik.....	89
Abbildung E 14: Mittelwerte nach Gruppe bezüglich der Wahrnehmung einer gerechten Welt.....	91
Abbildung E15: Mittelwerte nach Gruppe bezüglich den Einflussserwartungen einer Gerechten Welt.....	93

Abbildung E16: Mittelwerte nach Gruppe und Geschlecht bezüglich Rechtfertigung von Ungleichheit.....	95
Abbildung E17: Mittelwerte nach Gruppe und Geschlecht bezüglich ortsbezogener Identität.....	97

11.2. Tabellenverzeichnis

Tabelle T1: Zeitverschobene multiple Regression der 1987 erfassten politischen Handlungsorientierungen auf die 1988 erfasste Häufigkeit politischer Aktivitäten im Alltag (N=139).....	62
Tabelle E1: Fragebogenrücklauf bezüglich der Herkunft nach Gruppe.....	64
Tabelle E2: Fragebogenrücklauf bezüglich Herkunft der Probanden nach Versuchsgruppen.....	65
Tabelle E3: Kreuztabelle Geschlecht und Gruppenzuordnung.....	67
Tabelle E4: Verteilung der Berufskategorien Gesamt und zwischen Versuchs- und Kontrollgruppe.....	69
Tabelle E5: Verteilung Bildungsniveau auf Versuchs- und Kontrollgruppe.....	70
Tabelle E6 : Verteilung Bildungsniveau zwischen den Agenda 21-Gruppen.....	71
Tabelle E7: Verteilung Nettoeinkommen nach Agenda 21-Teilnahme.....	72
Tabelle E8: Rotierte Faktorenmatrix der Gerechte-Welt-Glauben-Skala... ..	78
Tabelle E9: Items des Gerechte-Welt-Glauben-Fragebogen nach Faktorenanalyse.....	79
Tabelle E10: Reliabilitätsanalysen.....	82
Tabelle E11 : Deskriptivstatistik, Ergebnisse nach Gruppe und Geschlecht bezüglich Selbstkonzept politischer Fähigkeiten.....	83
Tabelle E12: Deskriptivstatistik nach Geschlecht und Gruppe von internalen politischen Kontrollüberzeugungen.....	84
Tabelle E13: Deskriptivstatistik nach Gruppe von externalen politischen Kontrollüberzeugungen.....	86
Tabelle E14: Deskriptivstatistik nach Gruppe bezüglich fatalistischen politischen Kontrollüberzeugungen.....	87
Tabelle E15: Deskriptivstatistik nach Gruppe bezüglich Vertrauen in die Politik.....	89
Tabelle E16: Deskriptivstatistik nach Gruppe von emotionalen Bezug zu Gerechte-Welt-Glauben.....	90

Tabelle E 17: Deskriptivstatistik nach Gruppe bezüglich der Wahrnehmung einer Gerechten Welt.....	91
Tabelle E18: Deskriptivstatistik nach Gruppe bezüglich den Einflusserwartungen für eine gerechte Welt.....	92
Tabelle E19: Rangniveau nach Gruppe von Beitrag zu einer gerechten Welt.....	94
Tabelle E20: Kruskal-Wallis-Test Ergebnisse von Beitrag zu einer gerechten Welt...	94
Tabelle E21: Deskriptivstatistik nach Geschlecht und Gruppe bezüglich der Rechtfertigung von Ungleichheit.....	95
Tabelle E22: Deskriptivstatistik nach Geschlecht, Gruppe und Wohnort bezüglich ortsbezogener Identität.....	96
Tabelle E23: mittleres Rangniveau von Dauer der Vereinsmitgliedschaft.....	98
Tabelle E24: Score-Statistik von Agenda 21 Teilnahme.....	99
Tabelle E25: Regressionsmodell von Agenda 21 Teilnahme.....	100
Tabelle E26: Regressionsmodell von Agenda 21 Bereitschaft.....	101
Tabelle E27: Regressionsmodell von Teilnahmeintensität.....	102

11.3. Fragebogen

Sehr geehrter Untersuchungsteilnehmer!

Im Rahme meiner Diplomarbeit ist dieser Fragebogen nach langer Vorbereitung entstanden. Erhoben werden damit Persönlichkeits- und Umweltdeterminanten, die im Zusammenhang mit der Beteiligung bei lokalen / regionalen Agenda 21 Prozessen stehen. (Infos zur La-21 auf Seite 11)

Bessere Kenntnisse über die Motivation der Teilnehmer sollen in Zukunft dabei helfen, noch mehr Menschen für den Verein zu begeistern. Dazu werden sowohl La 21- Teilnehmer, als auch eine Vergleichsgruppe befragt. Die Diplomarbeit steht im Auftrag von Prof. Dr. Maderthaner, wissenschaftlicher Beirat der lokalen Agenda 21 in Wien. Sie würden mir wirklich sehr mit dem Ausfüllen des Fragebogens helfen, damit ich mit Ihrer Unterstützung die Studie und meine Diplomarbeit zum Abschluss bringen kann!

In diesem Sinne hoffe ich auf Ihre Mitarbeit.

Vielen Dank im Voraus,
Ihr Peter Panholzer

p.s.: Der Fragebogen ist zwar relativ umfangreich (und dadurch umso informativer), bei zügigem Vorgehen liegt die Bearbeitungsdauer jedoch mit 10-20 min hoffentlich noch im grünen Bereich.

Fragebogen zu partizipativem Verhalten

Allgemeine Hinweise zur Beantwortung der Fragen:

Der vorliegende Fragebogen ist Teil einer empirischen Diplomarbeit an der Universität Wien. Das Thema der Studie ist partizipatives Verhalten und dessen Motivationshintergründe und wird über Ihre persönlichen Meinungen und Einstellungen erfasst.

Der Fragebogen besteht aus mehreren Teilen. Bearbeiten Sie die Teile der Reihe nach und beachten Sie dabei die folgenden Punkte:

1. Bitte lesen Sie die jedem Fragebogenteil vorangestellten Bearbeitungshinweise aufmerksam durch.
2. Eventuell werden sich Überlegungen einstellen, wie man den Fragebogen beantworten könnte, dass ein besonders guter Eindruck entsteht. Antworten Sie dennoch so, wie es für Sie persönlich gilt.
3. Da es alleine um Ihre persönliche Meinung geht, ist es wichtig, dass Sie den Fragebogen unabhängig von anderen Personen beantworten. Bitten Sie also niemanden um Hilfe bei der Bearbeitung des Fragebogens; fragen Sie niemanden um Rat. Es geht alleine um Ihre ganz persönliche Sichtweise.
4. Denken Sie bitte nicht allzu lange über die einzelnen Fragen nach, sondern geben Sie die Antwort, die Ihnen unmittelbar in den Sinn kommt. Wenn Sie eine Ankreuzung oder Eintragung verbessern wollen, so streichen Sie diese bitte deutlich durch.
5. Bitte lassen Sie keine Frage aus. Unvollständig ausgefüllte Fragebögen können nicht in die Auswertung einbezogen werden.
6. Selbstverständlich werden die Daten vertraulich und anonym behandelt und an niemanden weitergegeben.

Fragen zur Person:

1. Ihr Alter _____ Jahre
2. Ihr Geschlecht: ☐ weiblich ☐ männlich (Bitte ankreuzen)
3. Sind Sie derzeit berufstätig/ in Ausbildung (Mehrfachnennungen möglich)?
 - ☐ Angestellte/r
 - ☐ ArbeiterIn
 - ☐ Selbständig
 - ☐ SchülerIn
 - ☐ StudentIn
 - ☐ FachhochschülerIn
 - ☐ Hausfrau / mann
 - ☐ Arbeitslos
 - ☐ PensionistIn
4. Ihre höchste abgeschlossene Schulbildung?
 - ☐ Volksschule
 - ☐ Hauptschule
 - ☐ Berufsschule / Fachschule
 - ☐ AHS
 - ☐ BHS/HTL
 - ☐ Fachhochschule
 - ☐ Studium
5. Welcher Nationalität gehören Sie an? :
 - ☐ österreichisch
 - ☐ andere (welche?): _____
6. Familienstand:
 - ☐ allein stehend
 - ☐ verheiratet
 - ☐ Lebensgemeinschaft
 - ☐ verwitwet
 - ☐ geschieden

7. Sind oder waren Sie schon einmal in einem Verein Mitglied? ja ☐ nein ☐

8. Wie lange sind Sie schon Mitglied?

(bei mehreren Vereinen bitte Mitgliedsdauer addieren): _____ Jahre

9. Über welches Nettoeinkommen verfügen Sie monatlich?

0- 500 €	☐
500-1000 €	☐
1000- 1500 €	☐
1500- 2000 €	☐
2000- 2500 €	☐
2500-3000 €	☐
3000-3500 €	☐
4000 € -	☐

10. In welchem/r Ort/ Stadt wohnen Sie?

11. Wie viele Stunden an Freizeit stehen Ihnen wöchentlich zur Verfügung? (exkl. Schlaf)

_____ h

Lokale / regionale Agenda 21

Der Verein Lokale / regionale Agenda 21 fördert Bürgerbeteiligungsprozesse. An oberster Stelle steht die Sicherstellung einer gemeinsamen und zukunftsbeständigen Entwicklung für das 21. Jahrhundert unter Beteiligung von Regierungsvertretern aus 180 Staaten, darunter auch Österreich. Die Regierungen sind aufgefordert, nationale Programme im Sinne der Prinzipien der Zukunftsbeständigkeit/Nachhaltigkeit unter intensiver Einbeziehung der Öffentlichkeit zu entwerfen.

Die Lokale Agenda 21 ist ein Prozess, der die Partizipation, aller interessierten Bezirks- und GemeindebürgerInnen braucht. Die LA 21 ersetzt keine bestehenden Programme und Konzepte auf Bezirks- und Gemeindeebene, sondern ergänzt diese auf einem gemeinsamen Weg der nachhaltigen Entwicklung bzw. trägt zu deren Umsetzung bei. Die Projekte sind in den Bereichen Soziales, Verkehr, Raumplanung, Ökologie, Wirtschaft und einer neuen Beziehungsfindung zwischen Bürgern und dem politisch-administrativen System angesiedelt.

Im Folgenden werden repräsentativ einige Möglichkeiten zur Partizipation innerhalb der LA 21 angeführt. Bitte denken sie an einen oben genannten Bereich und an Möglichkeiten, wie Projekte in ihrer Stadt/Gemeinde aussehen könnten. Geben Sie danach bitte an, ob sie unten genannte Tätigkeiten für Projekte der Lokalen Agenda 21 schon tatsächlich ausgeführt haben. Falls Sie sich konkret vorstellen könnten, bei genannten Aktivitäten der LA 21 teilzunehmen, kreuzen Sie bitte das für Bereitschaft stehende Kästchen an. Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage <http://www.la21wien.at>.

	nein	ja
Haben sie schon einmal an Aktivitäten der Lokalen / regionalen Agenda 21 teilgenommen?	☐	☐

AKTIVITÄTEN BEI DER LA 21

Art der Aktivität	Schon gemacht?		Dazu bereit?	
	nein	ja	nein	ja
1. Teilnahme an Informationsabenden.	☐	☐	☐	☐
2. Teilnahme an Diskussionsreihen.	☐	☐	☐	☐
3. Teilnahme an Workshops.	☐	☐	☐	☐
4. Flyer verteilen.	☐	☐	☐	☐
5. Broschüren gestalten.	☐	☐	☐	☐
6. Cafes und gesellschaftliche Zusammenkünfte vorbereiten(z.B. Thema interkulturelles Zusammenleben).	☐	☐	☐	☐
7. Feste veranstalten.	☐	☐	☐	☐
8. Freiwillige Sprachhilfe zur Unterstützung von MigrantInnen	☐	☐	☐	☐
9. Gestalten von Fernsehbeiträgen der Agenda 21 Tätigkeiten.	☐	☐	☐	☐

Art der Aktivität	Schon gemacht?			Dazu bereit?	
	nein	ja		nein	ja
10. Ästhetische Gestaltung von Umgebung durch Mitarbeit in Kunstgruppen.	☐	☐		☐	☐
11. Empfehlungen für Gestaltungsmaßnahmen des öffentlichen Raums geben.	☐	☐		☐	☐
12. Runder Tisch mit Bezirksvorstehern und Fachleuten zur gemeinsamen Entscheidungsfindung bei Projekten.	☐	☐		☐	☐
13. Organisation von Vorträgen, Workshops oder Diskussionsreihen.	☐	☐		☐	☐
14. Mitarbeit bei Erstellung von Gesamtkonzepten (z.B. für Wiederbelebung eines Stadtteils).	☐	☐		☐	☐
15. Ins Leben rufen einer eigenen Projektgruppe.	☐	☐		☐	☐
16. Sonstiges:	☐	☐		☐	☐

VIELEN DANK FÜR IHRE MITARBEIT!!!

Lebenslauf

Persönliches:

Peter Panholzer

Geboren am 6.9.1980

Familienstand: ledig

Staatsbürgerschaft: Österreich

Schulbildung:

- 1986-1990: Volksschule Bad Leonfelden
- 1990-1994: Hauptschule Bad Leonfelden
- 1994-1998: BORG Bad Leonfelden
- Seit 2000: Diplomstudium Psychologie
- WS 2005/06: Erasmussemester an der ISCTE- Universität in Lissabon

Tätigkeiten:

- 1998/99: St. Isidor Leonding(sonder- und heilpädagogischer Hort und Kindergarten): Freiwilliges soziales Jahr
- Februar 2004 – Oktober 06: Kinderfreunde: Sonderbetreuung
- August 2005 Kinderfreunde: Tagesbetreuung für mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche am Himmelhof
- Juni-Oktober 2006: Stadtpsychologin Mag. Cornelia Ehmayr: Mitarbeit bei qualitativer Studie über die Beziehung der Wiener zum Donaukanal
- September-Dezember 2006: FEM: Kinderbetreuungsprojekt
Oktober- Dezember 2007: Volksschulhort Nepomukgasse: Horthilfe
- Dezember 2007- April 08: Rainman`s home: Beschäftigungstherapie Intensivgruppe
- Oktober 2007- Juni 08: MEN: Workshopleitung zum Thema Sexualität, Verhütung und Partnerschaft für Jugendliche

Zusatzqualifikationen:

- Seminare von Dr. Alois Saurugg:
 - Selbstwert und Kommunikation (Teil 1)
 - Systemerkennung (Teil 2)
 - Heilung (Teil 1)
- Windhorse Akademie:
 - Gesunder Geist- Verrückter Geist: Umgang mit psychischen Krisen aus Sicht der kontemplativen Psychologie